



Masterarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades eines Diplom-Ingenieurs

*Studienrichtung*

Architektur

Tobias Gruber

Technische Universität Graz  
Erzherzog-Johann-Universität  
Fakultät für Architektur

*Betreuer*

Ass.Prof. Dipl.-Ing. Dr.techn. Andreas Lechner | Institut für Gebäudelehre

April 2015





## Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre an Eides statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen/Hilfsmittel nicht benutzt, und die den benutzten Quellen wörtlich und inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe.

.....

*Ort*

*Datum*

.....

*Unterschrift*

## Statutory Declaration

I declare that I have authored this thesis independently, that I have not used other than the declared sources / resources, and that I have explicitly marked all material which has been quoted either literally or by content from the used sources.

.....

*location*

*date*

.....

*signature*



**Naš Dom**  
PARLAMENTSGEBÄUDE für BOSNIEN & HERZEGOWINA



*Für Philantropen und alle, die es noch werden wollen...*

## Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b>	19
1.1 Ein Parlamentsgebäude für Bosnien und Herzegowina?	21
<b>2. Geschichte</b>	25
2.1 Die Geschichte als (ethno)politisches Gesellschaftsspiel	27
2.1.1 Mythensammlung Balkan	29
2.2 Entwicklung vor 1878	
2.2.1 „Homogene Ursprünge“	33
2.2.2 Bosnien und das Amselfeld	35
2.2.3 Christianisierung	36
2.2.4 Islamisierung	37
2.2.5 Religion baut Nation	39
2.3 Entwicklung von 1878 bis 1939	41
2.3.1 „Ich bin ein südslawischer Nationalist...“	43
2.3.2 Serbokroatisches Tauziehen	47
2.4 Entwicklung nach 1939	51
2.4.1 „Brüderlichkeit und Einheit“	53
2.4.2 „Ich bin Jugoslawe, ich zerfalle also.“	58
2.4.3 Zurück ins Mittelalter	61
2.4.4 Im Westen nichts Nützliches	65
2.4.5 „This is not a civil war. This is a war against civilians.“	67
2.4.6 „Friedenspläne“	69
2.4.7 „Der ungerechteste Frieden ist besser als der gerechteste Krieg.“	75

<b>3. Soziologie   Politik   Philosophie</b>	<b>83</b>
3.1 Komšiluk, Građanstvo und der Traum vom friedlichen Staat	85
3.2 Was ist eine Ethnie?	89
3.2.1 Primordiales versus Situatives Konzept	90
3.2.2 Wie baut man eine Nation?	91
3.3 Was ist eine Nation?	92
3.3.1 Kulturnation versus Staatsnation	93
3.4 Was ist „Nationalismus“?	94
3.4.1 Funktion und Inhalt	95
3.4.2 Integraler Nationalismus (Funktion)	96
3.4.3 Ethnonationalismus (Inhalt)	97
3.5 Was ist ein Staat?	98
3.5.1 <i>Nationalstaat</i> : Das unerreichte Ideal	99
3.6 Der Staat Bosnien und Herzegowina	100
3.7 Drei	102
3.8 Von der Konstruktion einer fiktiven Realität bis zur Notwendigkeit ihrer Demontage	103
3.9 Bürgerlichkeit als kulturelles System	106

<b>4. Architektur</b>	<b>113</b>
4.1 Utopie	114
4.1.2 Die Utopie einer „normalen“ Gesellschaft	115
4.1.3 Innovation	117
4.1.4 Hintergrund	119
4.1.5 Das Dynamische und das Statische	120
4.2 Parlamente	123
4.2.1 „Der nationale Stil“	124
4.2.2 Parlamentsgeschichte	126
4.3 Referenzprojekte	129



<b>5. Projekt</b>	<b>145</b>
5.1 Ein offenes Monument für eine transethnische Gesellschaft	147
5.1.1 Monument	148
5.2 Das Gebäude	149
5.3 Regierungssitz Brčko	151
5.4 Plansammlung	152
<b>6. Zusatz</b>	<b>183</b>
6.1 Quellenverzeichnis	184
6.2 Abbildungsverzeichnis	187



## Vorwort

„Wir müssen jetzt zerstören um wieder aufbauen zu können.“

Demonstrant aus Sarajevo



## Das Prinzip Hoffnung

Brennende Regierungsgebäude, Steinhagel und Tränengas - die Bilder, die anlässlich der jüngsten Bevölkerungsproteste im Februar 2014 aus Bosnien und Herzegowina in die Welt gestrahlt wurden, erwecken, fast zwanzig Jahre nach Ende des Balkankrieges, böse Erinnerungen in den Köpfen zahlreicher Betrachter. Was durch einzelne Arbeiterproteste im nordöstlichen Tuzla initiiert wurde und sich innerhalb weniger Tage wie ein Lauffeuer über weitere Städte Bosniens in Gestalt teils gewalttätiger Demonstrationen verbreitete, stellt jedoch einen exorbitant wichtigen inhaltlichen Unterschied zu den Ereignissen des Krieges dar: es ist nicht ethnisch motiviert.

Der Aufschrei der Bevölkerung richtet sich nicht gegen etwaige Volksgruppen, wie es ethno-nationalistische Eliten im Angesicht ihres Machtverlusts propagieren, sondern gegen Misswirtschaft, Arbeitslosigkeit und Armut, die bedingt durch Korruption und Vetternwirtschaft ihren Zenit längst überschritten hat. Bestärkt wird diese These durch die offensichtlich inter-ethnische Solidarität zahlreicher Bürger, die sich durch verschiedene gesellschaftliche Klassen zieht und sich in Form von Bewegungen im Internet und auf den Straßen der ethnisch-geteilten Landesentitäten ausbildet. In der Stadt Mostar standen bosniakische und kroatische Bosnier in einer gemeinsamen Kundgebung gegen die dortige Regierung auf und auch aus Städten der serbischen Republik wurden Solidaritätsbekundungen laut. In Frage stellen die Menschen nun endlich eine Verfassung, die ausgestattet mit Grundzügen der ethnischen Trennung und basierend auf den Macht- und Reinigungsbedürfnissen teils verstorbener nationalistischer Führer fast zwanzig Jahre nach ihrem Beschluss durch den Friedensvertrag von Dayton in selber Form Gültigkeit trägt. „Zerstören“ müsse man daher den Machtapparat, der zur Bereicherung einiger weniger und zum Leid vieler beigetragen habe.<sup>1+2+3</sup>

Die Dynamik dieser Tage inspirierte die vorliegende Arbeit in ihrem Drang zu einer grundsätzlichen Untersuchung der turbulenten bosnischen Vergangenheit, zur Analyse soziologischer Konstellationen, zur Auseinandersetzung mit staats-philosophischen Fragen, sowie zur gesellschaftlichen und politischen Kontextualität der Architektur in einer heutigen Gesellschaft. Den Abschluss bildet ein architektonisches Projekt. Ein Parlament. Eine Utopie. Denn...

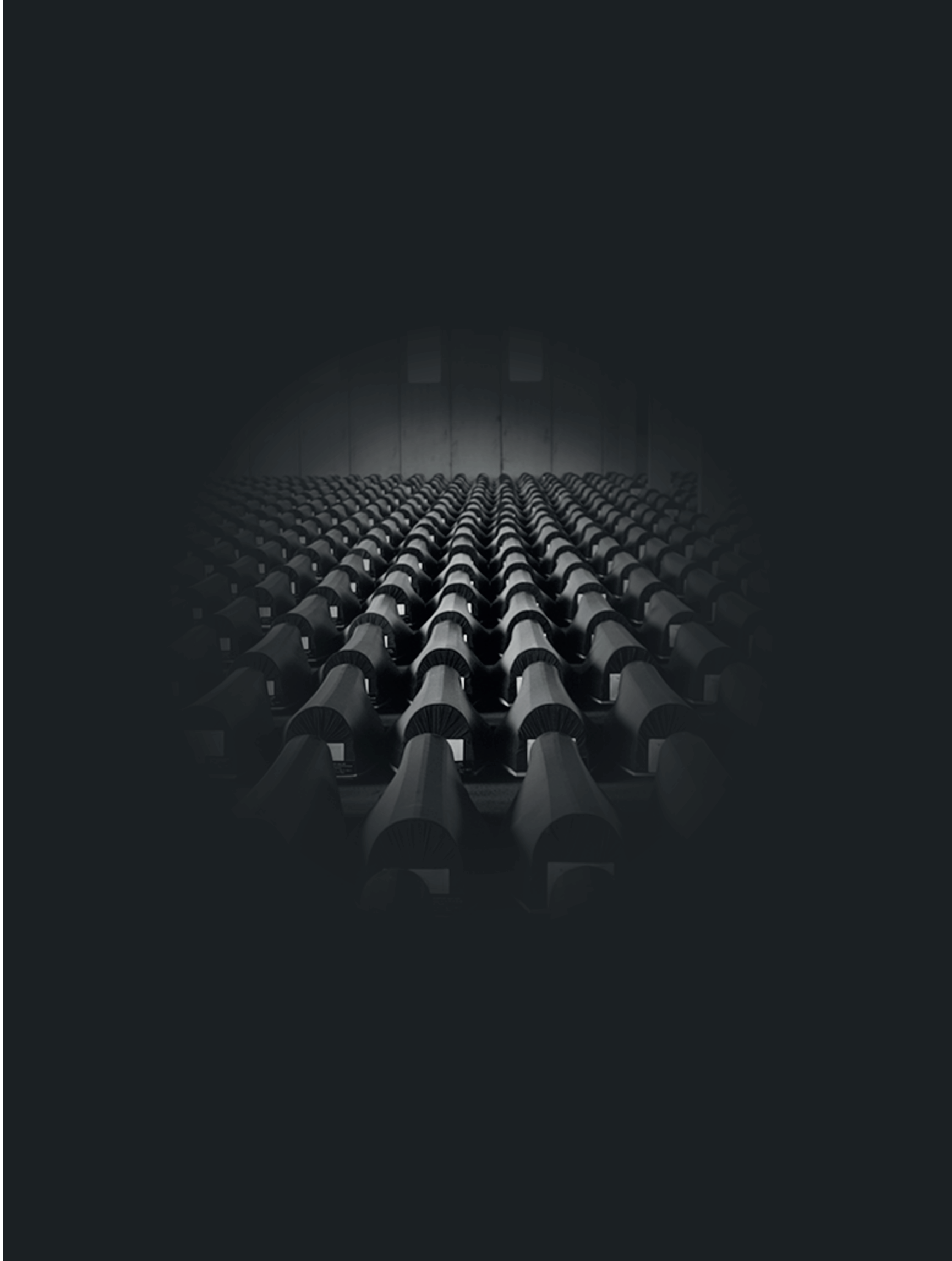
*Architektur ist (zwangsläufig) zum Optimismus gezwungen.  
Ohne Glaube an die Machbarkeit einer besseren Welt gibt's kein Projekt! <sup>4</sup>*



## Fußnoten

### Vorwort

1. Vgl. Rathfelder 2014
2. Vgl. Rathfelder 2014
3. Vgl. Rathfelder 2014
4. Vgl. Becker | Kuhnert | Koolhaas | Ngo 2005, 16-17.





## 1. Einleitung

„Ah! Wenn ich einen mehr in Euch gefunden hätte, dem es genügt, ein Mensch Zu heißen!“

Gotthold Ephraim Lessing  
aus „Nathan der Weise“



## 1.1 Ein Parlamentsgebäude für Bosnien und Herzegowina?

Der bosnische Staat steckt fast 20 Jahre nach seiner „de facto“- Gründung in einer tiefen Krise. Fehlende nationale Identifikation verbunden mit einer ebenso maroden wie vertrackten Staats- und Verwaltungsstruktur samt ethnischer Trennung, lähmen die Entwicklung des 4 Millionen Einwohnerlandes am westlichen Balkan.

Die Fehlinterventionen des Friedensvertrags von Dayton – ohnehin mehr zur Beschwichtigung der kriegesrischen Parteien und zur Beruhigung einer von den schockierenden Kriegsbildern aufgeschreckten Weltöffentlichkeit inszeniert – konnten die Frage um die Daseinsberechtigung Bosniens und Herzegowinas nicht beantworten, geschweige denn diesen für den Bosnienkrieg der Neunziger Jahre maßgeblichen Faktor angemessen verarbeiten und zu einer klaren Zukunftsvision um- und ausbauen. Vielmehr verankerte die Diplomatie der in Dayton entworfenen Kompromisse das ethnische Gegeneinander als Langzeitsymptome im Staat. Die ungeklärte Frage, ob es den Staat Bosnien und Herzegowina geben soll und wenn wie, bedarf also nach wie vor einer – in jedem Fall anspruchsvollen – Klärung.

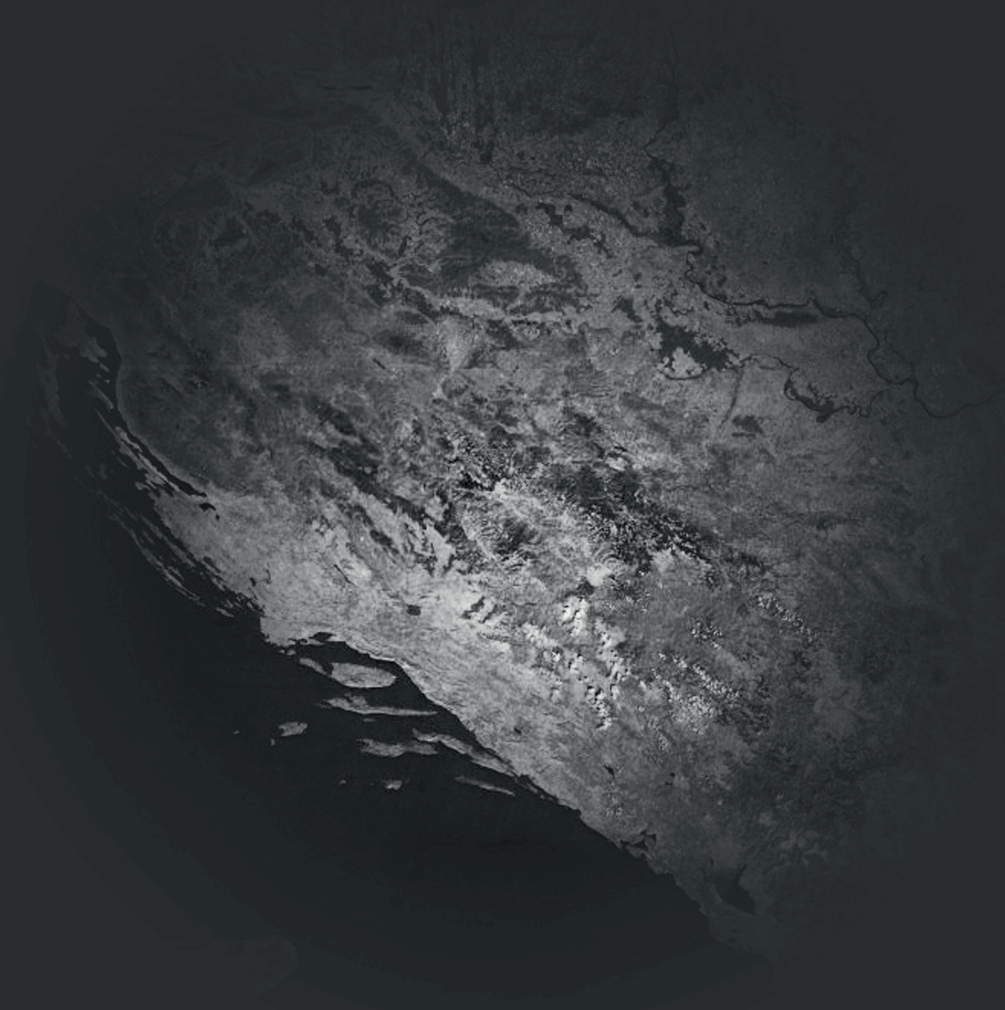
Während die einen Stimmen bereits vor dem Krieg behauptet hatten, Bosnien und Herzegowina könne nicht als Staat bestehen, da es von drei nationalen Gruppen bewohnt, keine Einheit bilden könne und in diesem Sinne auf die immer wiederkehrenden ethnischen Konflikte der Region verwiesen, stützten sich anderen Stimmen gerade auf die lange multikulturelle Tradition eines Landes, das in ausgedehnten geschichtliche Perioden nicht nur mit diesen Unterschieden gelebt, sondern vielfach aus ihnen geschöpft hatte. Im Zeichen beider Anliegen, der Auflösung sowie der Erhaltung Bosniens, häuften sich in Folge geschichtliche Interpretationen und abstruse Argumentationsketten.

Vor diesem Hintergrund versucht die hier vorliegende Arbeit den zahlreichen und widersprüchlichen Schilderungen nachzugehen und die Frage nach der „Daseinsberechtigung“ Bosniens und Herzegowinas zu erkunden. Dies geschieht entlang der Geschichte Bosniens und ihrer Mythen nationaler Ursprünglichkeit. Ich gehe dabei bis zur Anfangsbesiedelung des Balkans zurück und stelle die Entwicklung und Fremdherrschaftsperioden sowie die Entstehungen religiöser und nationaler Vergemeinschaftungen nach. Mit dem Völkerbund Jugoslawiens erreiche ich so die jüngste Vergangenheit und dessen zentrales und nach wie vor gesellschaftsprägendes Ereignis: dem Balkankrieg von 1991 bis 1995. Dabei stütze ich mich auf die grundlegende, erste und einzige deutschsprachig erhältliche Bosnienbetrachtung des Historikers Noel Malcolms und seines Buches „die Geschichte Bosniens“ (Frankfurt: 1996) und vergleiche dieses mit der kanonischen Gesamtdarstellung jugoslawischer Geschichte der Historikerin Marie-Janine Calics (Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München: 2010) sowie mit den soziokulturellen Geschichtsanalyse des Politikwissenschaftlers Vedran Džihic's, vor

allem in seinem Essay (Ethnonationalismus und Ethno-Politik als bosnisches Schicksal?, Wien: 2009) Wie sich herausstellen wird gibt es keinen mythisch-vorzeitlichen Ursprung absoluten Hasses oder natürlicher Abneigung. Das dritte Kapitel befragt hierfür weitergehend psychologische und philosophische Perspektiven auf die Gesellschaftskonstellationen Bosniens und ihrer Veränderungen. Rund um die Begriffe Ethnie, Nation und Staat und natürlich der Idealisierung der Nationalstaatlichkeit befrage ich Carsten Wielands „Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik“ (Frankfurt: 2000) und Mirjana Hennings „Identitätsbegrenzungen in Bosnien und Herzegowina“ (Norderstedt: 2013), die ich abschließend erneut mit Džihic's historischer Gesamtbetrachtung verknüpfe.

Mit der aktuellen Situation Bosniens konfrontiert und im Wissen um die Trägheit kultureller Setzungen, versucht die Arbeit im dritten Kapitel außerdem eine Betrachtung der „Bürgerlichkeit als kulturelles System“ von Manfred Hettling als analoge Leitlinie für den Bewusstseinswandel und die gleichzeitige Identitätsfindung im Rahmen einer notwendigen Sinn- und Identitätssuche einer bosnischen Gesellschaft zu formulieren. Das durch die Aufklärung und die französische Revolution hervorgerufene Prinzip der „Bürgerlichkeit“, das sich mit ähnlichen Problematiken der sozialen Neuordnung zurechtfinden musste und sich zum kulturellen „Standardrepertoire“ moderner demokratischer Gesellschaften und liberaler politischer Systeme entwickelte, soll somit als neutrales Rahmenwerkzeug die Vorbildwirkung für eine bosnische Gesellschaft übernehmen. Soll es einen Staat Bosnien und Herzegowina in einer transethnischen oder supranationalen Ausformulierung geben, benötigt dieser Staat einen Repräsentationsraum – in Form eines Parlaments – Nach der Geschichte, Soziologie und politischer Theorie beginnt hier eine räumlich-symbolische Dimension die politisch-territoriale zu überlagern, wodurch wir zur Architektur kommen und zu ihren eindeutigen Stärken gelangen. Den wenigen im internationalen Stil erbauten Parlamentsgebäude der 176 Nationen gehe ich im Übergang zum Entwurf nach und beziehe mich dabei auf den letztjährigen Beitrag Österreichs zur Architekturbiennale 2014 in Venedig – „Plenum.Places of Power“. Mit drei Referenzprojekten – die Parlamente in Chandigarh und Brasilia sowie das Dokumentationszentrum des Grazer Architekten Günther Domenig beende ich schließlich das vierte Kapitel und formuliere im letzten Kapitel einen Entwurf aus, der als architektonisches Projekt meiner Erkenntnisse transportiert und transzendiert. Im fiktiv-designierten Regierungssitz der Stadt Brčko bildet das Parlament ein offenes Monument für eine transethnische Gesellschaft Bosniens und Herzegowinas und wird zur Bühne für Leben, Politik und Hoffnung.





## 2. Geschichte

“Die Historiker verfälschen die Vergangenheit, die Ideologen die Zukunft.”

Žarko Petan



Bosnien & Herzegowina



## 2.1 Die Geschichte als (ethno)politisches Gesellschaftsspiel

Die Geschichte Bosnien und Herzegowinas offenbart sich ihrem Betrachter als kontroverses Bühnenstück repetitiver Akte und wechselnder Protagonisten in einem subtilen Spannungsfeld sich anziehender und abstoßender Bevölkerungspole. Tolerante Anteilnahme am gegenseitigen Alltag verkommt zu vernichtender Brutalität am jeweils Anderen. Die Akzeptanz weicht der Aggression. Einendes wird zu Trennendem.

Zahlreiche Geschichtsinterpretationen des Balkans sehen die Wiederkehr blutiger Konflikte einem Völker innewohnenden Hass verschuldet. Bei genauerer Betrachtung entblößt sich der fatalistisch anmutende Wandel jedoch immer mehr als (ethno)politisches Gesellschaftsspiel elitärer Machtgier und verblendender Rassenideologie.

Die historische Faszination und gleichzeitige Tragik des Landes erwächst dabei der einzigartigen Vielfalt einer Region in Europa, deren multikulturelle Bevölkerung aus häufiger Zuwanderung geformt, durch wechselnde Fremdherrschaft geprägt und von politischem Treiben in die Irre geführt wurde. Der geschichtliche Weg von den Ursprungsvölkern der Balkanhalbinsel bis zu den ethnonational gespaltenen Staatsbewohnern Bosnien und Herzegowinas bot dafür über Jahrhunderte reichlich Platz an interpretativem Spielraum.

Speziell der Umstand immer wiederkehrender „ethnischer“ Konflikte erlag im Laufe einer bosnischen Vergangenheit stets der Versuchung, gedeutet, als absolute Wahrheit erachtet und für zukünftige Entwicklungen missbraucht zu werden. Regelmäßig beschwor man die Geschichte als „self-fulfilling prophecy“<sup>1</sup> in selektiver Form mit verschwindender Chronologie und mythischer Kausalität herauf und rief damit jene Frage zurück ins Gedächtnis, die jegliche Eintracht in wiederkehrender Weise entzweien sollte: „Čija je Bosna? Wem gehört Bosnien?“

*„Paradoxerweise ist der wichtigste Grund für das Studium der Geschichte Bosniens, daß es uns zu folgender Erkenntnis verhilft: Die Geschichte Bosniens an sich erklärt die Entstehung des Krieges nicht.“<sup>2</sup>*

Sie rechtfertigt weder die Kämpfe, noch vermag sie ein Urteil über die Einteilung des Landes zu treffen. Die Geschichte führt die alleinigen Besitzansprüche jeglicher Nation vielmehr ad Absurdum. Gerade deswegen ist es essentiell, einen historischen Abriss der Geschehnisse vorzunehmen und dabei auch einen Fokus auf gesellschaftspolitische Inhalte zu legen. In diesem Zusammenhang soll die Diskrepanz zwischen elitärem Machtstreben und alltäglicher Bevölkerungsinteressen Ethnien übergreifend aufgearbeitet werden um einen Zusammenhang zwischen den komplexen und widersprüchlichen Geschichtsverläufen und der gegenwärtigen Problematik des Staates Bosnien und Herzegowina verstehen zu können.



Nachbarstaaten

## 2.1.1 Mythensammlung Balkan

Als Ausgangspunkt einer bis heute andauernden Kohärenz historischer Entwicklung müssen im Laufe des 19. Jahrhunderts aufkeimende „Nationalgedanken“ betrachtet werden, die sich in Bosnien und Herzegowina auf religiöser Basis formten. Dabei vollzog sich die nationale Bewusstseinsbildung der drei vorherrschenden Glaubensgemeinschaften, der Orthodoxen, der Katholiken und der Muslime (als Serben, Kroaten und Bosniaken) in eben genannter Reihenfolge mit äußerst unterschiedlicher Geschwindigkeit und Intensität.<sup>3</sup>

*„Die Unnatürlichkeit liegt in den Schritten, die die orthodoxen oder katholischen Bosnier unternahmen, als sie sich im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert das ethnische Etikett Serben und Kroaten anklebten. Daß sie das taten, ist historisch verständlich. Aber als sie diesen Schritt unternommen hatten, wurde es für die Muslime unmöglich, ihnen auf diesem Wege zu folgen.“<sup>4</sup>*

Von diesem Zeitpunkt weg zieht sich das Prinzip der Nation wie ein (blut)roter Faden durch die weitere Evolution Bosniens und Herzegowinas und schlägt dabei zwei Richtungen ein, die sich je nach politischer Führung des Landes annähern oder distanzieren würden. Die beiden christlichen Konfessionsgruppen kokettierten in ihrer fortschreitenden Nationalentwicklung meist mit den Interessen ihrer selbsternannten Mutterländer, die das bosnische Territorium und deren Bewohner als ihrer jeweiligen Nation immanent verstanden. Die Muslime, in ständiger Reaktion auf das nationale Drängen ihrer christlichen Mitstreiter begriffen, folgten einerseits dem Konzept nationaler Exklusivität, widmeten ihre Bemühungen andererseits dem Erhalt eines pluralistischen Bosniens und Herzegowinas. Die Mythensammlung, die zur Rechtfertigung der jeweiligen Anliegen erstellt wurde, findet dabei kaum ein Ende. Sie trennt den Mythos eines exklusiven Anspruchs auf Bosnien und Herzegowina „als ‚Kernland‘ und ‚Herz‘ des serbischen [oder kroatischen] Volkes“<sup>5</sup> und den Mythos des ewigen Kampfes vom Mythos eines vereinten Bosniens, dem Mythos von ständigem Frieden und Harmonie und dem Mythos Tito.<sup>6</sup>

*„ Es ist (...) nicht möglich, sich zwischen all diesen konkurrierenden Mythen einen Weg zu bahnen, ohne bei fast allen Gruppierungen ideologisch Anstoß zu erregen(...)Gleichzeitig bedeutet die Tatsache, daß es ein fast symmetrisches Muster von einander ausschließenden Forderungen und Rechtfertigungen gibt, nicht, daß man zu einer exakten Beurteilung kommen kann, wenn man alle Behauptungen als gleichwertig behandelt und alles auszugleichen und glattzubügeln versucht.“<sup>7</sup>*



## 2.2 Entwicklung vor 1878





Römisches Reich | 12 n. Chr.

## 2.2.1 „Homogene Ursprünge“

Um ein nationales Selbstverständnis auf eine unantastbare ideologische Basis zu stellen, begannen Vertreter beider christlicher Konfessionen im Wettlauf der Nationen eine primordiale Herkunft ihrer Völker als kroatisch beziehungsweise serbisch zu verbreiten.<sup>8</sup> Demzufolge kam es zur Geburt einiger homogener Rassentheorien und abstruser Wirklichkeiten, denen sich Nationalisten bis zum gegenwärtigen Tage bedienen. Es stellt sich jedoch als evident heraus, dass aufgrund ständiger Zuströme von außen, keine eindeutigen Abstammungsverhältnisse der Mitglieder damaliger und heutiger Nationen definiert werden können.

Die jahrhunderte lange Kultur und Sprache legitimiert uns, die Gebiete auf der westlichen Balkanhalbinsel und deren Bewohner heute als slawisch bezeichnen zu können.<sup>9</sup> Dennoch war die Region lange vor der Ankunft der Slawen bereits ab dem 12. Jahrhundert v. Chr. durch das Volk der Illyrer besiedelt, die ab Christi Geburt in den Provinzen Dalmatien und Pannonien unter römischer Kolonialherrschaft lebten.<sup>10</sup> Im Zuge der Völkerwanderung gab es Schilderungen vom Eindringen der Goten, asiatischer Hunnen und dem Volk der Awaren. Die Awaren kamen im 6. Jahrhundert mit den ersten slawischen Stämmen, von denen sie einige befehligten und an den Balkan führten.<sup>11</sup> Bosnien schien durch sein unwegsames Gelände und seine unruhige Topographie, mit einer Mischung aus gebirgigem und bewaldeten Land, zwar im Gegensatz zum heutigen Serbien und Kroatien weniger von direkten Invasionen betroffen gewesen zu sein, diente jedoch häufig als Zuflucht vertriebener Völker.<sup>12</sup> Die slawischen Stämme der Kroaten und Serben, die sich als getrennte Einheiten definierten, aber zusammen lebten und wanderten, kamen im 7. Jahrhundert unter der vermeintlichen Führung iranischer Sarmaten in das Gebiet, lange nachdem die ersten Slawen die Balkanhalbinsel erreicht und sich auf ihr niedergelassen hatten.<sup>13</sup>

*„Diese starke slawische Ursprungsbevölkerung lässt sich nicht in verschiedene ethnische Gruppen aufspalten, deshalb ist der Versuch, alte ethnische Unterteilungen zu erfinden, einfach sinnlos. Sie muss ihrerseits die Reste einer Bevölkerung absorbiert haben, deren Vorfahren Illyrer, Kelten, Römer, Leute aus allen Teilen des römischen Weltreichs, Goten, Alanen, Awaren oder Hunnen waren.“<sup>14</sup>*

Die subjektive Geschichtsschreibung hingegen erfand Kroaten, Serben und Bosnier im Laufe der Zeit je nach Lust und Laune, Interesse und Nutzen neu. In der romantischen Darstellung des 19. Jahrhunderts wurden Serben und Kroaten einmal als die einzige, besondere und uralte Rasse der Illyrer bezeichnet, ein andermal deklarierten sich Kroaten und Bosnier als Goten<sup>15</sup> zum Zwecke der Abgrenzung oder beriefen sich im zweiten Weltkrieg auf ihre iranische oder gotische Herkunft und der daraus resultierenden Überlegenheit gegenüber den Slawen im arischen Rassenlexikon.<sup>16</sup>



Bosnien | 12. - 14. Jahrhundert



## 2.2.2 Bosnien und das Amselfeld

Die historische Periode zwischen dem 7. und 11. Jahrhundert bildete sich im Wesentlichen durch das Machtzerren kroatischer und serbischer Fürstentümer aus, die den größeren ungarischen und byzantinischen Imperien zeitweilig einverleibt waren. Speziell die ungarisch-kroatische Verbindung würde von diesem Zeitpunkt an in teils untertäniger teils kollaborativer Weise mit Ausnahme einiger Unterbrechungen bis 1918 Bestand haben.<sup>17</sup>

Aus dieser Zeit datiert auch die erste Erwähnung eines Gebietes mit dem Namen Bosnien, einer kleinen Region um den namensgebenden Fluss Bosna im Westen des heutigen Sarajevos gelegen, die jedoch nur geografisch, nicht politisch mit den ersten Ausformungen bosnischer Territorialherrschaft Ende des 11. Jahrhunderts in Verbindung stand.<sup>18</sup> Diese Anfänge bosnischer Gebietsobrigkeit beziehen sich vorwiegend auf drei Herrschaftsperioden: Als bosnisches Fürstentum unter Ban Kulin von 1180 bis 1204, der die Menschen seines Volkes auch zum ersten Mal als „Bošnjani“ sprich als „Bosnier“ proklamierte, die Wiederherstellung und Erweiterung des Banats auf Hum (Herzegowina) unter Ban Stjepan II. Kotromanić von 1322 bis 1353 und dessen finale Ausdehnung mit Gebieten der dalmatischen Küste als unabhängiges Königreich Bosnien unter König Tvrtko von 1353 bis 1391. Mit Ausnahme des Gebietes im Nordwesten um die Stadt Bihać, das unter ungarisch-kroatischer Führung stand, schloss es damit das gesamte heutige Staatsterritorium mitein.<sup>19</sup>

In die Endphase von König Tvrtkos Herrschaft im 14. Jahrhundert fällt der unbestritten wichtigste Bezugspunkt serbischer Nationalismen: „Kosovo Polje“ - Die Schlacht am Amselfeld, die sich 1389 ereignete, wird in der serbisch-orthodoxen Mythologie als das letzte Aufbäumen serbischer Fürstentümer gegen die Vereinnahmung durch die Osmanenherrschaft dargestellt, bei dem Lazar Hrebeljanović als Anführer einer für die Freiheit der Serben kämpfenden Armee dem Märtyrertod erlag. Der Tag der Schlacht, der 28. Juni, ein „im mystischen Kalender serbischer Nationalisten hochheilige(r) Tag“<sup>20</sup>, wird nicht nur jährlich von Serbien und der Serbischen Republik (BiH) als Nationalfeiertag begangen, der sogenannte „Vidovdan“ sollte in der Geschichte noch das ein oder andere Mal als schicksalsträchtiges Datum einspringen müssen und in Verbindung mit der Schlacht selbst die symbolische Referenz einer nie enden wollenden Animosität gegenüber Muslimen werden. Die „verheerenden Niederlage“, die in Wahrheit eher einem Pattergebnisse entsprochen hatte, besiegelte nicht den unmittelbaren Verlust serbischer Landeshoheit, die schwer dezimierten Truppen würden einem in Folge jährlich wiederkehrenden Osmanischem Herr dennoch bald untertänig werden.<sup>21</sup> Für ein unabhängiges bosnisches Königtum folgte nach dem Tode Tvrtkos, dessen Heer Lazar noch bei der Schlacht zur Seite gestanden war, ein Jahrhundert zersplitterter Herrschaftsverhältnisse unter dem Einfluss ungarischer und türkischer Machtgelüste, welches die Osmanen siegreich beschließen und damit ihre Regentschaft am Balkan antreten sollten.<sup>22</sup>

### 2.2.3 Christianisierung

Eine weitere, wenn nicht noch stärkere Brisanz löste neben den anachronistischen Abstammungstheorien des Balkans die Entwicklung des Glaubens in der bosnischen Gesellschaft aus.

Die gezielte Christianisierung der slawischen Bevölkerung begann im 7. Jahrhundert von der dalmatischen Küste ausgehend und erreichte in ihrer finalen Ausdehnung erst im späten 9. und frühen 10. Jahrhundert Bosnien und die Herzegowina.<sup>23</sup> Zu gleicher Zeit formierte sich durch das „Große Schisma“ von Ost und Westkirche eine „unsichtbare kirchlich-kulturelle Grenze“ auf der westlichen Balkanhalbinsel.<sup>24</sup> Bosnien blieb in seiner Entwicklung dabei vorwiegend katholisch, die Herzegowina orthodox geprägt.<sup>25</sup> Den beiden Konfessionen sollte sich jedoch bald eine weitere anschließen, die ein besonderes Kapitel bosnischer Eigentümlichkeit in der Glaubensgeschichte einläutete. In die Ära Ban Kulins fällt die Ausbildung einer autonomen „bosnischen Kirche“, die Zeit ihres Bestehens bis zum „Vorabend der türkischen Eroberung“ vor allem von Seiten der Katholiken immer wieder dem dualistischen Manichäismus und der Häresie bezichtigt wurde und dabei temporärer Verfolgung und Vertreibung ausgesetzt war.<sup>26</sup>

*„Über kein Kapitel in der bosnischen Geschichte ist mehr gestritten worden als über die schismatische bosnische Kirche im Mittelalter.(...)für viele Historiker ist dieses eigentümlich bosnische Phänomen der Kern der bosnischen Eigenstaatlichkeit.“<sup>27</sup>*

Zahlreiche Theorien, die die bosnische Geschichtsschreibung teilweise bis heute verinnerlicht hat, beruhen trotz neuerer wissenschaftlicher Gegenargumente auf der vermeintlichen Verbindung der bosnischen Kirche zur Bogomilensekte, einer dualistisch manichäischen Religionsbewegung des Frühmittelalters, die sich von Bulgarien aus über den Balkan verbreitete. Wichtigster Fürsprecher dieser Annahme war Franjo Rački, der bedeutendste kroatische Historiker des 19. Jahrhunderts.<sup>28</sup> Essentieller Umstand seiner These war, dass sich durch seine Erläuterungen, die bosnische Kirche posthum einer gewissen Eigenständigkeit bezichtigen ließ und sich somit der Abzweigung aus katholischem und orthodoxem Glauben entsagte. Dies sollte in weiterer Folge für viele, aber im Speziellen für die Muslime im 20. Jahrhundert, die Entschlüsselung für „das entscheidende Charakteristikum der Geschichte Bosniens in der Neuzeit“ werden: Die „Islamisierung“ der Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina. In keinem anderen Balkanstaat war die Konvertierung von Christen zum Islam in einer derartige Anzahl von statten gegangen. Das Phänomen begann man somit im Kontext bogomilischer Ursprünglichkeit als Reaktion der Mitglieder bosnischer Kirche auf den „Konkurrenzdruck und die Verfolgung“ durch die christlichen Kirchen zu interpretieren.<sup>29</sup>

## 2.2.4 Islamisierung

Diese Argumente autonomer Glaubensgrundsätze durch die Bogomilen und der Theorie der freiwilligen Massenkonzertierung haben sich heute ebenso als Wunschdenken entpuppt, wie die Behauptung, bei den Muslimen Bosniens handle es sich eigentlich um konvertierte Kroaten oder Serben, welche Muslime und andere Fürsprecher bosnischer Staatlichkeit teilweise erst zur Kreation dieser bogomilischen Argumentationskette verleitet hatte.<sup>30 + 31</sup> Die Vertreter ewiger serbokroatischer Stammesetikette<sup>32</sup> entwarfen in diesem Zusammenhang auch eigene Interpretationen der Verbreitung des Islams in Bosnien und Herzegowina. Diese reichten von einer Massenansiedlung der Türken, über die opportunistische Gruppenkonzertierung des bosnischen Adels zum Erhalt ihrer Ländereien, hin zu sämtlichen Formen des erzwungenen Übertritts.<sup>33</sup>

Die moderne Wissenschaft widerspricht all diesen Thesen und bestätigt uns heute, dass es in Bosnien und Herzegowinas keine allgemeine und breite Konvertierungswelle gegeben hat, weder auf freiwilliger noch auf erzwungener Basis. Im Gegenteil entfaltete sich der Islam unter der 400-jähriger Regenschaft des Osmanischen Reiches erst über Generationen. Übertritte stellten vor allem zu Beginn der Osmanenherrschaft keine unmittelbare Notwendigkeit dar.<sup>34</sup>

Einzig Form gezielter Assimilation war die „Devşirme“ („Knabenlese“). Dabei handelte es sich um eine Zwangsrekrutierung der Jugendlichen im Osmanischen Reich, die in den meisten Fällen zum Islam übertreten mussten und in Konstantinopel ausgebildet wurden um später dem Militärdienst der Osmanen unterstellt zu werden, der wie im Falle Bosniens die wichtigen Grenzposten sicherte. Dies bedeutete einerseits brutale Entwurzelung andererseits die Möglichkeit gesellschaftlichen Aufstieges im Osmanischen Reich.<sup>35</sup>

Die Mehrheit der Konversionen kann hingegen nicht auf einen einzelnen Faktor subsummiert werden. Wesentliches Versäumnis zur Sicherung der eigenen Glaubensinhalte und dementsprechenden Beitrag zur Ausdehnung des Islams leisteten die christlichen Kirchen selbst. Gerade im ländlichen Bereich führte eine labile Verankerung des Glaubens zu zahlreichen Übertritten. Die sporadisch vorhandenen örtlichen Einrichtungen erhielten kaum Unterstützung von Kirchenorganisationen. Der Glaube manifestierte sich lediglich anhand einiger „volkstümlicher Bräuche und Zeremonien“ und wurde zusehends auch einer Vermischung christlichen und islamischer Inhalte ausgesetzt. Dies bedingte gegenseitige Anteilnahme, sowie simultane Traditionen in den Glaubenssträngen Bosniens, die über Jahrhunderte Bestand haben sollten.<sup>36</sup>

Zweckdienliche Übertritte können angesichts sozioökonomischer und rechtlicher Rahmenbedingungen dennoch nicht ausgeschlossen werden. Muslime mussten keine Kopfsteuer entrichten und genossen gegenüber Nicht-Muslimen eine privilegierte Rechtsstellung.

Nicht zuletzt zeichnete sich die allgemeine Expansion und Entstehung osmanischer Städte, wie Sarajevo, für die Ausbreitung des Islams und seiner Mitglieder verantwortlich.<sup>37</sup>



Osmanisches Reich | 1815 - 1859

## 2.2.5 Religion baut Nation

Die Osmanen duldeten die Religionsvielfalt der unter ihrer Herrschaft lebenden Völker. Der orthodoxen Kirche wurde dabei weniger Misstrauen entgegengebracht als der katholischen, da sie einerseits nicht per se mit dem größten Opponenten in diesem Erdteil, dem Habsburgerreich, in Verbindung gebracht werden konnte, ihre Mitglieder andererseits bis zu einer späteren Zeitpunkt während der Osmanenherrschaft (mit Ausnahme der Herzegowina) relativ rar im Lande blieben.<sup>38</sup> Entgegen den Erläuterungen kroatischer und serbischer Geschichtsschreibung, welche die Osmanenherrschaft als „Völkerkerker“<sup>39</sup> oder das „dunkle Zeitalter“<sup>40</sup> brandmarkten, kam es neben „passiven und aktiven Widerstand“<sup>41</sup> auch zur Zusammenarbeit zwischen Orthodoxen und Katholiken Bosniens mit den Osmanen. Die Mitglieder der beiden christlichen, sowie der jüdischen Religion konnten sich bereits Mitte des 18. Jahrhunderts in religiösen Gemeinschaften sogenannten „Millets“ organisieren. Hierbei durften sie in gewissen Bereichen autonom agieren und verwaltende Funktionen des Staates übernehmen. Davor hatte es keine systematische Gruppenbildung von Religionen in Bosnien und Herzegowina gegeben.<sup>42</sup> Der Umstand konfessioneller Vergemeinschaftung bedingte im 19. Jahrhundert, einer Zeit in der das osmanische Reich Zerfallerscheinungen offenbarte und die christlichen Kirchen einen deutlichen Aufschwung verspürten<sup>43</sup>, dass sich bosnische Orthodoxe und Katholiken mit Nationalströmungen der konfessionell gleichgesinnten Nachbarregionen Kroatien und Serbien zu identifizieren begannen. Dabei fungierte die nationale Komponente als klare Gegenposition zu den Osmanen und diente dazu sich von der ungeliebten Fremdherrschaft loszusagen.<sup>44</sup> Eine tragende Rolle bei der Politisierung religiöser Gruppen zur Nation spielte der Klerus, dem die Aufgabe der Bildung unterlag und der im regen Kontakt zu Würdenträgern der Nachbarländer stand.<sup>45</sup> Aus Sarajevo und Banja Luka wurden Beispiele bekannt, wo den Menschen beigespflichtet wurde, sich von nun an nicht mehr „Orthodoxe“ sondern „Serben“ zu nennen.<sup>46</sup> Den Osmanen blieb das Prinzip der Nation Zeit ihrer Regentschaft fremd. Unter ihnen lebende Volksgruppen hatten nie gelernt sich mit ihren „Besatzern“ zu identifizieren. Selbst die konfessionelle Konformität, welche die Muslime Bosniens mit den Osmanen verband, verhinderte nicht vom jeweils anderen als „Bosniake“ beziehungsweise „Türke“ differenziert zu werden. Im Allgemeinen entwickelte sich der „nationale Geist“ bei den Serben am schnellsten, da es den Kroaten durch ihre ländlich geprägte Bevölkerung anfangs an bürgerlichen Ideologieträgern mangelte. Den bosnischen Muslimen fehlte im Gegensatz zu ihren christlichen Mitstreitern nicht nur ein „Homeland“, das den nationalen Gedanken vorantrieb, sondern auch die Notwendigkeit, ihre religiöse Identität bis zur Übernahme des Landes durch das österreich-ungarische Kaiserreich politisieren zu müssen.<sup>47</sup>



## 2.3 Entwicklung von 1878 bis 1939





Österreich-Ungarn | 1899



### 2.3.1 „Ich bin ein südslawischer Nationalist...“

Der Berliner Kongress besiegelte die Okkupation des Gebietes Bosnien und Herzegowinas durch die österreich-ungarische Monarchie im Jahre 1878. Die Herrschaft der Habsburger, deren Machtübernahme Teile der Bevölkerung zu anfänglicher Gegenwehr animiert hatte, war durch opportunistisches Handeln geprägt. Der kaiserlichen Regierungsphilosophie der „Kontinuität und Beschränkung auf Reparaturen“<sup>48</sup> entsprechend, wurden grundlegende Reformen verhindert und lediglich partiell interveniert. Generell wurde es tunlichst vermieden, soziale Konflikte durch intensive Veränderungen des Systems hervorzurufen.<sup>49</sup> Dies äußerte sich in Form der weitgehenden Beibehaltung der Verwaltungsstrukturen der Osmanen und einer langsamen Anpassung der Gesetzeslage. Lediglich die Verzehnfachung der Beamtenstellen spiegelte die Bürokratieaffinität der Habsburger wieder.

Im Bereich der Bildung setzte man auf respektvolles und unterstützendes Eingreifen in Form der Expansion separater Einrichtungen bezogen auf die jeweiligen Wünsche der Glaubensgemeinschaften. So wurde eine Vielzahl neuer Schulinstitutionen implementiert und 1909 die allgemeine Schulpflicht eingeführt. Derartige Kooperationsbereitschaft im Bereich der Lehre hatte den Hintergedanken, das Vertrauen und Mitspracherecht der drei tonangebenden Religionsgemeinschaften zu gewinnen. Dem Kaiser wurde seitens des orthodoxen Patriarchen und des Papstes gestattet die jeweiligen Vertreter der Religionen vor Ort selbst zu bestimmen und seitens der Muslime wurde eine Abspaltung von Istanbul anvisiert und in Form der kaiserlichen Ernennung eines örtlichen Oberhauptes ( Reis ul-Ulema) erwirkt.<sup>50</sup>

Den stärksten Bevölkerungszuwachs verzeichneten die Katholiken. Dennoch war die Regierung darum bemüht ein ausgewogenes Gleichgewicht zu bewahren und die eigene Religionskommune nicht augenscheinlich zu bevorzugen, wie ein Zitat William Millers um 1898 deutlich macht:

*„Die Katholiken... die immer auf Hilfe aus Österreich gewartet und es natürlich als die katholische Großmacht begrüßt hätten, sind ein bisschen enttäuscht, daß sie, gut ein Fünftel der Bevölkerung, nicht als tonangebender Partner in dem Unternehmen Bosnien anerkannt wurden. Für mein Gefühl kann es keinen besseren Beweis für die Unparteilichkeit geben, mit der die Regierung die verschiedenen Konfessionen behandelt, als diese Enttäuschung.“<sup>51</sup>*

Aufgrund immer stärker werdender nationalistischer Bewegungen in Kroatien und Serbien, sah sich die österreich-ungarische Führungselite zudem veranlasst einen bosnischen Nationalgedanken zu politisieren: Benjámín Kállay, der von 1882 bis 1903 als K. u. K. – Finanzminister, die politische Führung Bosnien und Herzegowinas innehatte, musste mit

seinem bosnischen Vereinigungsbegriff aller Religionsangehöriger der Region als Maßnahme der Abschottung gegenüber Kroatien und Serbien, zuallererst die Muslime gewinnen, die sich nicht wie Orthodoxe oder Christen auf einen slawischen Nachbarstaat beziehen konnten.<sup>52</sup> Unterstützung fand er bei den liberal eingestellten Muslimen Sarajevos und ihrem Führer Mehmed-Beg Kapetanović, der in der eigens gegründeten Zeitschrift „Bošnjak“(Der Bosnier) folgendes schrieb:

*„Wo die Kroaten behaupten, die Orthodoxen seien unsere größten Feinde und das Serbentum sei dasselbe wie die Orthodoxie, geben sich die Serben alle erdenkliche Mühe, uns auf eine schwindelhafte Geschichte festzulegen, mit der sie die ganze Welt serbisieren wollen. Wir werden nie leugnen, daß wir zu den Südslawen gehören, aber wir werden Bosnier bleiben, wie unsere Väter, nichts anderes.“<sup>53</sup>*

Da eine Isolierung von den Entwicklungen der Nachbarregionen missglückte, schien auch das Forcieren einer modernen Nationalität als „Bosnier“ bald als undurchführbar gescheitert. Österreich-Ungarn verhärtete die Fronten, in dem man dem Serbischen Königreich, dessen Handelsabhängigkeit von der Donaumonarchie es zu neuen wirtschaftlichen Beziehung drängte, die Schranken vorschob (Schweinekrieg). Der in Folge aufkommende Großmut führte zur Idee, einer österreichischen Übernahme des serbischen Reiches (die unter der österreichisch-ungarischen Belegschaft in Bosnien diskutiert wurde) und resultierte gepaart mit der Revolution der Jungtürken in Istanbul, in einem erzwungenen Machtbeweis in Form der Annektierung Bosniens Ende des Jahres 1908. Dieser Umstand bewirkte einen Aufschrei in Serbien, welcher sich in Massenversammlungen und die Gründung von Geheimbünden umwälzte, die bald auch bosnisches Territorium erreichen sollten.<sup>54</sup>

Abgesehen von derartigen Agitationen von außen, verbesserten sich durch innerpolitische Autonomisierungsprozesse die Alltagsumstände in Bosnien und der Herzegowina und führten 1910 zum ersten eigenen Parlament mit beschränkten Rechten. Die Regierung zeichnete sich durch die Gründung einer Parteienlandschaft in Form von Gruppen der drei Hauptkonfessionen aus, die sich als Sprachrohr des Volkes geltend machen wollten, was größtenteils nur in Eigeninteresse der elitär besetzten Parteien ausartete und sich nicht mit Wünschen des einfachen Volkes deckte. Generell war das Machtspiel im Parlament von politischer Arithmetik bestimmt, die sich in Form eines „Buhlens um die Muslime“ abzeichnete, welche durch ihre Anzahl an Abgeordnetensitzen beiden christlichen Parteien die Möglichkeit auf absolute Mehrheit boten. Diese Methodik deckte sich auch mit katholischen und

orthodoxen Bemühungen vergangener Jahrzehnte, die Muslime einer der beiden Nationen der Kroaten oder der Serben einzuverleiben. In einzelnen Fällen verzeichneten derartige Vereinnahmungsversuche Erfolge oder führten zu temporären meist themenspezifischen Zuneigungen zu einer der beiden Nationen, ließen jedoch durch eine über die Jahre gestärkte muslimische Identität keine breiten Überläufe zu.<sup>55</sup>

Die einzelnen nationalistischen Strömungen der Nachbarländer, die sich bald zu einer Gemeinsamen vereinen sollten, setzten einer Fortsetzung der jungen bosnischen Autonomiepolitik bald ein jähes Ende. Besonders unter Studenten jeglicher Konfession fand der Tenor einer Verbrüderung der südslawischen Völker hohen Anklang. So verlautbarte das wohl prominenteste serbischstämmige Mitglied der Schüler- und Studentenverbindung Mlada Bosna (Junges Bosnien) mit dem Namen Gavrilo Princip in einem Verhör:<sup>56</sup>

*„Ich bin ein südslawischer Nationalist, ich arbeite für die Einheit aller Südslawen, und ich kümmere mich nicht um die Staatsform, wenn sie nur alle frei von Österreich sind.“<sup>57</sup>*

Starke Euphorie unter den Verfechtern eines gesamtjugoslawischen Staates löste schlussendlich 1912 die Kriegserklärung Montenegros und Serbiens an das Osmanische Reich aus und die darauf folgenden rapiden Landgewinne die selbige auf den Gebieten von Sandschak Novi Pazar, Kosovo und Makedonien für sich verzeichnen konnten. Die Solidarität ging sogar soweit, dass sich viele junge Bosnier, unter ihnen auch Muslime, freiwillig für das serbische Heer meldeten und damit in den eroberten Gebieten zu Mittätern an Vertreibungen und Morden konfessionell Gleichgesinnter wurden.

Die Situation für die Habsburgermonarchie spitzte sich durch die Bodengewinne Serbiens zu, die ihr Land bereits um ein Territorium doppelter Größe expandiert hatten und nun zur akuten Bedrohung werden konnten. Als Resolution initiierte der befehlende Militärgouverneur von Bosnien General Potiorek eine vehement anti-serbische Politik mit einer Auflösung des Parlaments und Außerkraftsetzung der Zivilgerichte.<sup>58</sup> Als aus der Sicht Österreich-Ungarns die Gefahr gebannt zu sein schien, wurde im Sommer 1914 ein Manöver der kaiserlichen Armee in Bosnien abgehalten, die mit der Beobachtung durch den Generalinspekteur der Truppen Franz Ferdinand gekrönt werden sollte. Der Besuch des Kronprinzen wurde mit „überwältigender Dämlichkeit auf den 28. Juni festgelegt, den Jahrestag der Schlacht auf dem Amselfeld“<sup>59</sup>. Es kam zum Attentat an Kronprinz Franz Ferdinand und seiner Gattin in Sarajevo durch Gavrilo Princip und einen Monat später folgte die darauf basierende Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien, die den Beginn des ersten Weltkrieges besiegeln sollte.<sup>60</sup>



### 2.3.2 Serbokroatisches Tauziehen

Die Schuldzuweisungen hinsichtlich einer serbischen Verantwortung für den Ausbruch des ersten Weltkrieges müssen relativiert und mit gewissem Argwohn betrachtet werden. Die Ermordung Franz Ferdinands in Sarajevo fungierte dabei sicherlich als Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte, wurde jedoch vor allem seitens Deutschlands instrumentalisiert, das sich trachtete einer wachsenden russischen Vormachtstellung entgegenzutreten.

Nichtsdestotrotz hatte sich Serbien pro-nationalen Entwicklungen auf bosnischem Landesgebiet nie entgegen gestellt, sondern sie vielmehr indirekt unterstützt. Dies wurde auch als einer der Hauptanklagepunkte der Donaumonarchie gegen das Königreich vorgebracht und sollte große Teile der Bevölkerung Bosniens unter Einfluss der Habsburgermonarchie zu anti-serbischen Maßnahmen animieren. In der Armee, die gegen Serbien in den Krieg zog, kämpften Orthodoxe, Muslime und Katholiken Bosniens und Kroatiens gegen ihre vermeintlichen „Brüder“.<sup>61</sup>

Ebenso fand die serbische Armee viele Sympathisanten auf bosnischer Seite, die ihr beitraten und damit eine weitere Verschärfung der österreich-ungarischen Methoden gegen serbische Bevölkerungsgruppen mit sich zog. Umsiedlungen und Vertreibungen wurden vorgenommen. „Bosnische Verdächtige“ wurden zu tausenden in Internierungslager gesteckt und gegen Mitglieder proserbischer Organisation, wie der „Mlada Bosna“ oder „Narodna Odbrana“, wurden Verhaftungen und sogar Hinrichtungen durchgeführt. Allesamt Maßnahmen, die ein bosnisches Volk immer mehr in Richtung eines jugoslawischen Gedankens vereinte.<sup>62</sup>

Nichtsdestotrotz verliefen Meinungen zu den Eventualitäten zukünftiger politischer Entwicklungen nicht bloß bei den verschiedenen konfessionellen Gruppierungen in diverse Richtungen, sondern schieden auch im innerethnischen Diskurs die Geister.

Bei den Muslimen beispielsweise reichten die Tendenzen von einer autonomen Einbindung Bosniens in das österreich-ungarische Kaiserreich (Šerif Arnautović), die, gepaart mit den Ängsten einer großserbischen Vereinahmung, breite Teile der muslimischen Bevölkerung mit der Donaumonarchie solidarisch stimmten, über ein Bündnis mit Kroatien (Safvet beg Bašagić), hin zu einer Beteiligung an einem jugoslawisch autonomen Staat. (Džemaludin Čaušević)<sup>63</sup>

Letztere Meinung vertrat auch ein Mann mit dem Namen Mehmed Spaho, der für die Muslime eine autonome Stellung Bosniens innerhalb eines südslawischen Staates ersehnte und in der Zwischenkriegszeit zu der bedeutsamsten muslimischen Politfigur avancieren sollte.

Die Vielzahl an Möglichkeiten ließ das Kaiserreich betreffend seiner Positionierung häufig umschwenken und damit konkrete Ambitionen immer wieder stagnieren, wodurch die Habsburger einen Erfolg anhand von klaren Entscheidungen versäumten und demzufolge als Verlierer des Krieges auch auf bosnischem Landesgebiet zu kapitulieren hatten. Im Oktober 1918 wurde schließlich das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ ausgerufen.<sup>64</sup>



Königreich Jugoslawien | 1929

Die Anfangszeit der Übernahme stand im Zeichen der Anarchie und war von zahlreichen Aufständen und Plünderungen geprägt. Durch das Bewusstsein, als Siegermacht zu agieren, fühlte vor allem der serbische Teil der Bevölkerung eine deutliche Überlegenheit gegenüber anderer Ethnien, was sich in teils brutalen Übergriffen gegen Muslime äußerte, die seit den Osmanen den Großteil des Agrarlandes besessen hatten.

Im Gegensatz zu Soldaten aus Serbien, die in Bosnien stationiert wurden, ein friedliches Zusammenleben mit Muslimen nicht kannten und den Islam mit einer jahrhundertelangen Feindseligkeit zum Osmanentum assoziierten, waren derartige Ausuferungen bosnischer Serben weniger auf „uralten Hass“ zurückzuführen als auf einen Ausdruck von Rache, die sich im konkreten gegen die muslimische Loyalität zum österreich-ungarischen Regime während des Krieges und den damit verbundenen Grausamkeiten gegen serbischstämmige Einwohner gerichtet hatte.<sup>65</sup> Solche Vorfälle bedingten ein Umdenken muslimischer Eliten und Ideologieträger, die vor dem Krieg noch tendenziell mit serbischen Interessen geliebäugelt hatten.

Generell hieß es für die Muslime in politischer Hinsicht nicht im neugegründeten Staatsgefüge unterzugehen. Mehmed Spaho konnte die „Erhaltung der regionalen und administrativen Identität Bosniens“ durchsetzen, musste den Erfolg jedoch entgegen seinem Wunsch nach bosnischer Autonomie in Anlehnung an kroatische Regionalisierungsbestrebungen, unter der Bedingung eines zentralistischen Staatssystems mit serbischer Schirmherrschaft hinnehmen.<sup>67</sup>

Das Machtzerren der Zwanzigerjahre zwischen serbischem Zentralismus und kroatischem Regionalismus stellte die muslimischen Politiker Bosniens neuerdings vor eine nationale Identitätsfrage. Auf der einen Seite schuf die interessenbedingte Orientierung zu einer der beiden Seiten das Paradoxon, dass sich muslimische Vertreter im Parlament als „muslimische Kroaten oder Serben“ proklamierten, auf der anderen Seite führten die Vereinahmungsversuche zu einer Stärkung des nationalen Gefüges der Muslime. So sehr sich die Muslime dabei als politische Einheit festigten, so sehr begannen sie sich in religiösen Belangen zu säkularisieren. Die ständigen Spannungen zwischen serbischer und kroatischer Seite mündeten 1929 in der Auflösung der Verfassung, des Parlaments und des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ durch König Alexander, der eine stark serbisch-zentralistische Königsdiktatur mit dem Namen „Königreich Jugoslawien“ einführte. Bosnien verlor dabei seine seit über 400 Jahren bestehenden territorialen Grenzen und wurde gemeinsam mit anderen Teilen des Reiches unter sechs von neun Einheiten, sogenannte Banaten, welche ihre Namen von Flüssen erhielten, aufgeteilt.<sup>67</sup> Nach der Ermordung Alexanders 1934 lockerte sich der starke Zentralismus, konnte jedoch die Eskalation der konfliktgeladenen Beziehungen zwischen Serben und Kroaten im 2. Weltkrieg nicht mehr verhindern.<sup>68</sup>





## 2.4 Entwicklung nach 1939



Unabhängiger Staat Kroatien | 1929

## 2.4.1 „Brüderlichkeit und Einheit“

Der 2. Weltkrieg sollte sich auf jugoslawischen Landesgebiet in Form diverser Kämpfe, zeitweilig wechselnder Kontrahenten und sich verändernder Bündnisse austragen, die einer Million Jugoslawen das Leben kosteten. Neben dem Wüten der Achsenmächte sind in diesem Zusammenhang vor allem zwei „Bürgerkriege“ in den Vordergrund zu stellen. Auf der einen Seite der Kampf kroatisch-nationalistischer Extremisten, der „Ustaše“(Ustascha), gegen die serbische Bevölkerung in den Gebieten Kroatiens und Bosniens, auf der anderen Seite der Krieg der zwei bekanntesten Widerstandsgruppen der serbisch-nationalistischen „Četniks“ (Tschetniks) und der kommunistischen „Partisanen“ gegeneinander.<sup>69</sup>

Im April 1941 begannen die Achsenmächte Deutschland und Italien ein im Zusammenbruch begriffenes Jugoslawien aufzuspalten, indem sie den „Unabhängigen Staat Kroatien“, eine faschistische Diktatur, die aus heutiger Sicht ganz Kroatien, ganz Bosnien und Teile Serbiens in Beschlag nahm, unter der Leitung des kroatischen Extremisten Ante Pavelić ausriefen. Die von Pavelić bereits 1929 als Geheimbund gegründete kroatisch-nationalistische Bewegung der „Ustaše“ sorgte in Folge für eine Woge des Terrors, die durch Völkermord an der serbischstämmigen Bevölkerung und durch „ethnische Säuberungen“ gegen Juden und Roma unter dem Einfluss der Deutschen gewaltsame Realität wurde.<sup>70</sup>

Viele Serben verübten Vergeltungsmaßnahmen und schlossen sich Widerstandsbewegungen wie jener von Draža Mihailović, einem Offizier der jugoslawischen Armee, gegründeten serbisch-nationalistischen Bewegung mit den Namen „Četniks“ an. Mihailović war überzeugter Nationalist und offenbarte zusehends panserbische Ambitionen, war aber ursprünglich royalistisch verankert und kämpfte für die Wiederherstellung des Königreiches Jugoslawiens unter serbischer Krone. Damit unterschied er sich grundsätzlich von Josip Broz „Tito“ und seinen kommunistischen Partisanen, die nach dem Vorbild Stalins, zerstörerisch gegen eine von der Bourgeoisie bestimmte Staatsstruktur vorgehen wollten, um in Folge bei der zukünftigen Planung jugoslawischer Staatlichkeit, selbst die Ruder in die Hände nehmen zu können.

Aber auch bezüglich der Frage Bosniens und der Muslime differenzierte sich die Ideologie der Partisanen deutlich von jener der „Četniks“, deren teils fanatische Anführer feindliches Gedankengut gegenüber nicht-serbischen Gruppierungen im Allgemeinen und Muslimen im Speziellen offen bekundeten und dies durch ethnische Massenmorde während des Krieges bestätigen sollten. Die Partisanen strebten hingegen, vor allem unter anfänglichem sowjetischer Einfluss, nach der Entstehung eines kommunistischen Arbeiterstaates, den sie durch die Internalisierung eines supranationalen Volksgedankens von „Bratstvo i jedinstvo“ (Brüderlichkeit und Einheit) umsetzen wollten und würden. Dieser sollte nicht bloß im Krieg, sondern auch in der späteren Staatsführung alle in Jugoslawien lebenden Volksgruppen miteinschließen.<sup>71</sup>



Jugoslawien | 1945 - 1991



Nicht nur der Umstand eines integrativen Jugoslawentums kam nach Beendigung des Krieges und der Neuordnung des jugoslawischen Staates durch die siegreichen Partisanen einem heterogen bevölkerten Bosnien und Herzegowina zu Gute.

Bosnien, das aufgrund seiner Unwegsamkeit als Rückzugsort und Schauplatz zahlreicher Kämpfe und bedeutender Siege gedient hatte, wurde zentraler Bestandteil der kommunistischen Mythenbildung. Partisanenlegenden forcierten einen regelrechten „Bosnien-Patriotismus“. Zudem fungierte der autonome Status Bosniens und der Muslime als willkommene Austarierung serbokroatischer Territorialbegierden und Vereinahmungstendenzen, die durch „Četniks“ und „Ustaše“ vorerst einen radikalen Höhepunkt erreicht hatten.<sup>72</sup>

Bosnien und Herzegowinas historische Grenzen wurden wiederhergestellt und es wurde als eine von sechs Verwaltungseinheiten in das staatliche Gefüge der „Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien“ eingebunden. Damit konnte die Stellung des Landes, das auch vom Volksmund den Namen „Kleines Jugoslawien“ auferlegt bekam, als einem Staat nationaler Diversions untermauert, der von nun an offiziell und verfassungsrechtlich verankert wurde. Im Gegensatz zu den übrigen Einheiten Jugoslawiens, die als singuläre Nationalstaaten ausgeformt wurden, verkündete der Beschluss des „antifaschistischen Komitees der Volksbefreiung BiH.“ am 25. November 1943 Bosnien und Herzegowina als ein Land, das

*„weder den Serben noch den Kroaten und noch den Muslimen gehört, sondern Serben, Kroaten und Muslimen gemeinsam“.<sup>73</sup>*

Dieses Datum fixierte den Startpunkt moderner bosnischer Staatlichkeit und wird noch heute unter allen Befürwortern eines Gesamtstaates Bosnien und Herzegowina als Staatsfeiertag begangen. Der inhaltliche Konsens der „gemeinsamen Teilhabe“ unter einer bosnischen Staatsnation folgte somit der bürgerlichen Tradition eines supranational multiethnischen Verständnisses und versuchte auf diese Weise nationalistische Tendenzen einzudämmen.

Der 2. Weltkrieg hinterließ nichts desto trotz teils offene Wunden ethnischer Beziehungen, die bis zu den achtziger Jahren unbehandelt bleiben sollten und in Folge mit dem Krieg der Neunziger in den schwersten ethnischen Konflikt eine grausame Aufarbeitung finden würden.<sup>74</sup> Titos symbolische Rolle als bindendes Glied bei der Vereinigung der jugoslawischen Völker scheint unumstritten, seine politische Marschroute wird in und außerhalb der südslawischen Gesellschaft kontrovers diskutiert. Sie muss in Hinsicht seiner eigenen Machtinteressen und anfänglicher Vehemenz entgegen allumfassender Bewunderung und „*Titostalgie*“<sup>75</sup> relativiert werden, kann ironischerweise bis heute hinsichtlich ihrer späteren Liberalisierung

und Blockfreiheit als das „*Vielversprechendste aller demokratischen Versprechen*“<sup>76</sup> in einer bosnischen Sozialpolitik verstanden werden.

Titos Regierungsphilosophie zeugte bis zum Bruch mit Stalin und dem Ausschluss aus der Komintern, von stark kommunistischen Anwendungen und war deutlich zentralistisch ausgerichtet. Nach dem 2. Weltkrieg entledigte man sich in brutaler Manier und rapider Gangart sämtlicher Kriegs- und Regimegegner. Nationalistische Märchen wurden unterbunden und durch Partisanenmythen ersetzt. Im Bezug auf die Religion, die man als trennendes Subjekt der jugoslawischen Völkergemeinschaft ansah, wurde ein strenger Kurs verfolgt. Die christlichen Kirchen wurden aufgrund ihrer Kollaboration mit dem Kriegsfeind (und dabei vor allem die katholische Kirche durch ihre Verbindung zu den „Ustaše“) mit besonderer Härte behandelt. Aber auch der Islam negierte in doppelter Hinsicht den sozialistischen Glaubenskodex, da er einerseits als regressiv galt andererseits Einzug ins öffentliche Leben hielt.<sup>77</sup>

Angesichts der Trennung von der kommunistischen Welt und der Notwendigkeit neuer Handelskontakte wurden die ohnehin verweltlichten Muslime Jugoslawiens, im Kontext der selbstkreierten „Blockfreiheit“, jedoch bald zu wirksamen Vermittlern neuer nächstlicher Beziehungen. Generell liberalisierte sich die Lage in religiösen Belangen zunehmend, was nach 1954 durch das Gesetz der Religionsfreiheit unterstrichen wurde, änderte aber nichts an einer starken Säkularisierung der Bevölkerung. Auch die Politik beschritt einen neuen Weg von einem integrativen Jugoslawentum hin zu einer intensiven Forcierung der Gleichstellung aller Völker Jugoslawiens. Vor allem die kleinen Nation erfuhren durch diese Maßnahmen einen immensen Aufschwung ihres ethnischen Selbstverständnisses und ihrer kulturellen Identität.<sup>78</sup>

Dies galt auch für die Muslime Bosniens, die befreit von serbokroatischen Vereinhaltungstendenzen, den Prozess ihrer ethnischen Exklusivität durch die Anerkennung als Volksgruppe 1963 und der Deklaration als Nation 1968 politisch verankern konnten. In der Erklärung dazu hieß es:

*„Die Freiheit des Individuums und der Äußerung nationaler Gefühle und Zugehörigkeit ist eines der wesentlichen Elemente der Gleichberechtigung der Menschen und Völker. Die Praxis hat gezeigt, dass die unterschiedlichen Arten des Drucks und der Insistierung darauf, dass sich Muslime in nationaler Hinsicht als Serben bzw. Kroaten deklarieren müssen, schädlich war, da sich auch schon früher gezeigt hat und dies beweist auch die heutige sozialistische Praxis, dass die Muslime ein eigenes Volk sind.“<sup>79</sup>*

In der Verfassung von 1974 finden die „Muslime im Sinne einer Nation“ auch die erste Erwähnung neben den anderen beiden konstituierenden Nationen der Serben und Kroaten.<sup>80</sup> Um Missverständnissen vorzubeugen, die immer wieder durch die Behauptung ausgelöst wurde, es habe sich bei der Konstituierung der Muslime zur Nation um eine religiöse islamische Bewegung gehandelt, ist es an dieser Stelle wichtig zwischen zwei Entwicklungen zu unterscheiden, die sich zu selber Zeit in Bosnien ereigneten:

*„(Die) Bewegung des säkulären ‚muslimischen Nationalismus‘, und davon unterschieden eine Wiederbelebung islamischen Glaubens.“<sup>81</sup>*

Die eine Entwicklung ergab sich durch den Aufstieg und das Streben kommunistisch-bosnischer Politiker und Intellektueller muslimischer Konfession, wie Atif Purivatra oder Prof. Muhamed Filipović, die die bosnisch-muslimische Identität als etwas klar säkulares verstanden. Sie wollten durch die offizielle Transformation des kleinen „m“ (für „muslimisch“ als religiöse Bezeichnung) zum großen „M“ (für „Muslimisch“ als nationaler Terminus) nicht nur den Umstand ihrer Existenz als „Nichtvolk“ in Bosnien beenden, sondern auch ihr politisches Mitspracherecht als autonome Gruppe im jugoslawischen Staat stärken. Ihr Bedürfnis, den Glauben aus politischem und öffentlichen Leben fernzuhalten, bestätigten diese muslimischen Politiker immer wieder im Rahmen der sozialistischen Exekutive gegen Versuche islamischer Glaubensintensivierung. Dieses Wiederaufleben des Glaubens war paradoxerweise überhaupt erst als Folge der Liberalisierung des kommunistischen Systems entstanden und hatte zahlreiche junge Muslime zum Studium ihrer eigenen Glaubensinhalte verleitet, aber selbst hier selten zu fanatischen Ansichten geführt.<sup>82</sup>

Mit der nationalen Institutionalisierung der Muslime 1974 geht der neuerliche Aufschwung der bosnischen Wirtschaft einher, die bereits nach dem 2. Weltkrieg durch eine starke Industrialisierung in Form der Errichtung zahlreicher Standorte der Rüstungsindustrie gewachsen war. Anhand fehlender Infrastruktur waren viele Bemühungen zu dieser Zeit jedoch bald zum Scheitern verurteilt gewesen. Zusätzlich hatte Bosnien und Herzegowina die anderen Bundesstaaten mit Ausnahme des Kosovos in einer Vielzahl negativer Belange übertroffen, wie der höchsten Säuglingssterblichkeit, dem starkem Analphabetismus, der Bildung im Generellen, sowie einem geringen städtischen Zuwachs durch Landbewohner. Dieser Umstand bewegte viele bosnische Serben nach Serbien zu emigrieren, wodurch sie von den Muslimen Bosniens Mitte der Sechziger Jahre als bevölkerungsstärkste Gruppe im Land abgelöst wurden. In den siebziger Jahren ergab sich eine Wende der misslichen Lage, die einen regelrechten Bauboom auslöste, der sich durch eine Vielzahl industrieller Projekte und der Errichtung zahlreicher Hochhaussiedlungen äußerte. Sarajevo gewann vor allem in kulturellen Belangen zusehends an Bedeutung. Der positive Trend erfuhr seinen Höhepunkt schließlich in der Vergabe der Olympischen Winterspiele 1984.<sup>83</sup>

## 2.4.2 „Ich bin Jugoslawe ich zerfalle also.“<sup>84</sup>

Das Ende Jugoslawiens manifestierte sich in Form dreier Entwicklungen, deren tendenzielle Umrisse sich nach Titos Tod 1980 im Laufe des folgenden Jahrzehnts konkretisierten:

*„Die Aktualisierung nationaler Fragen, die Schwäche der ideologischen Klammer des Jugoslawismus und des Konzepts der „Brüderlichkeit und Einheit“ sowie die wirtschaftlichen Schwierigkeiten trugen zur zunehmenden Delegitimierung des sozialistischen Regimes bei.“<sup>85</sup>*

Bereits Ende der sechziger Jahre war es durch die Anhäufung zahlreicher Klagen der Kroaten über den jugoslawischen Zentralismus aus Belgrad zum ersten deutlicheren Zeichen wiederkehrender nationalistischer Strömungen gekommen. Der Aufstand, der unter dem Namen „Kroatischer Frühling“ in die Geschichte einging, entstand auf der Basis ökonomischer und bevölkerungspolitischer Probleme.<sup>86</sup> Die Aggression, die sich dabei in Richtung Serbien entlud, erreichte auch bald bosnischen Boden, wo sich die ansässigen Kroaten vor allem in der bosnischen Regierung unterrepräsentiert sahen. Als Lösung des Problems forcierte die kommunistische Riege um Tito, die bis dato bereits jegliche Form der nationalen Unausgewogenheit mit „pedantischer Gleichstellung“ behandelt hatte, die Austarierung ethnischer Gelüste:

*„[Man entwickelte] ein schwerfälliges Quotensystem (...), wo nach dem Proporz „je einer“ in öffentliche Ämter eingesetzt wurde. Auch ein Beitrag zur ökonomischen und Administrativen Sklerose.“<sup>87</sup>*

Abgesehen davon begegnete man dem neuerlichen Ungleichgewicht mit dezentralisierenden Maßnahmen, die sich in steigender Autonomie der Bundesstaaten widerspiegelten.

Der Dezentralismus sollte dabei nicht nur von den regionalen Einheiten Jugoslawiens „wie ein Löschblatt“ aufgesogen werden und den machtpolitischen Appetit steigern, sondern im Gegenzug auch die antisozialistischen Gefühle serbischer Ideologen wecken, die von da an sämtliche Entscheidungen Titos seit dem zweiten Weltkrieg als eine gegen Serbien gerichtete Strategie interpretieren würden.<sup>88</sup> Dazu zählten die Unabhängigkeit Mazedoniens als jugoslawische Teilrepublik oder die Autonomie der Vojvodina und des Kosovos innerhalb Serbiens.<sup>89</sup>

Mit der Bundesverfassung von 1974 erlangten die Autonomiebestrebungen der Nationen ihren Höhepunkt. Besondere Brisanz bekam die Thematik im Hinblick auf den Kosovo, wo der serbische Anteil der Bevölkerung durch die Autonomie, die der einer Republik bereits nahe kam, zur Minderheit geraten war.<sup>90 + 91</sup>



Die spezielle Bedeutung des Kosovo für die Serben, die sich auch später bei schweren Konflikten Ende der neunziger Jahre offenbaren sollte, gründete auf der historisch-mythischen Relevanz einer Region, die auf der einen Seite einige der ältesten orthodoxen Kirchen beheimatete, auf der anderen Seite als Schauplatz des bedeutsamen Kampfes am „Kosovo Plotje“ (Schlacht auf dem Amselfeld) gedient hatte.<sup>92</sup>

Besondere Stimmgewalt bekam der Nationalismus in diesem Zusammenhang durch den Kreis serbischer Intellektueller, die der „Serbischen Akademie der Wissenschaften“ angehörten. Der spätere Staatspräsident Jugoslawiens und Schriftsteller Dobrica Ćosić, der bereits seinerzeit als einer der vehementesten Gegner der Erhebung der Muslime zur Nation hervorgetreten und wegen „Chauvinismus“ im Bezug auf die Kosovo-Frage aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war, sollte dabei eine tragende Rolle spielen. Das von ihm unterstützte aber offiziell nicht mitverfasste „SANU-Memorandum“ propagierte neben der These eines von Albanern verübten Genozides an der serbischen Bevölkerung im Kosovo, vor allem die Forderung „serbischer Integrität“ in Gesamt-Jugoslawien.<sup>93</sup>

*Die wesentliche Behauptung des Memorandums war, daß das ‚serbische Volk‘ in ganz Jugoslawien eine Art von elementärem Gebilde sei, das mit eigenen Rechten und Ansprüchen ausgestattet sei, die weit über alle bloß politischen oder geographischen Trennungen hinausgingen.“<sup>94</sup>*

Da gut ein Viertel der serbischen Bevölkerung außerhalb der Grenzen Serbiens lebte, versuchte man durch „griffige Parolen“ wie „Alle Serben in einem Staat“ oder „Nur Einigkeit rettet den Serben!“ das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken.

Einen Beitrag zur nationalistischen Reanimation hatte die kommunistische Regierung anhand der Zensur und kategorischen Diffamierung des Nationalen dabei lange Zeit selbst beigesteuert. Verbotene Themen aus dem zweiten Weltkrieg, wie die „Četniks“, wurden plötzlich literarisch neu aufgegriffen und interpretiert. Dabei wurde auf ebenso generalisierte Weise, wie zuvor unter Tito alle Nationalisten im zweiten Weltkrieg als potentielle Massenmörder abgeschrieben worden waren, sämtliche Extremisten auf verklärende Weise als Nationalhelden hochstilisiert. Somit entwickelte sich die „serbischen Frage“ mit spezieller Referenz auf die Situation im Kosovo der achtziger Jahre zum *„Brennpunkt für die Wiederbelebung [und späteren Radikalisierung] des (...) Nationalismus“*<sup>95</sup> und sollte, da es sich bei den Kosovo-Albanern um Muslime handelte, auch eine Rückkehr der starken Animosität gegenüber dem ewigen Feindbild des Islam schüren.<sup>96</sup>

Die Politik Bosniens blieb dem Sozialismus währenddessen weiterhin verbunden und verpflichtete sich dabei nicht nur gegen den steigenden Nationalismus anzukämpfen, sondern bemühte sich durch ein Entgegenwirken diverser störender und anti-sozialistischer Faktoren die Lage auszutarieren.

Sokames im Jahre 1983 zum Prozess gegen 13 Muslime, denen „feindselige konterrevolutionäre Handlungen“ unterstellt wurden. Unter ihnen befand sich der spätere Präsident Bosniens und Herzegowinas Alija Izetbegović als einer der Hauptangeklagten, der als Verfasser der „Islamischen Deklaration“ in Folge elf Jahre in Haft verbüßen musste.<sup>97</sup>

Misstrauen entstand bei den Muslimen jedoch erst durch die Aufdeckung des bedeutsamsten Wirtschaftsskandals der achtziger Jahre um den Geflügelkonzern „Agrokommerz“. Durch die Veruntreuung von geliehenen Geldern in Höhe von hunderten Millionen Dollar wurde der 13 000 Mann starke Betrieb zur Schließung gezwungen. Den damit in Verbindung stehenden Rücktritt des wichtigsten bosnisch-muslimischen Politikers dieser Zeit, Vizepräsidenten Jugoslawiens und logischen Nachfolger auf das Präsidentenamt Hamdija Pozderac im Jahre 1987, interpretierten viele in Bosnien als von Serbien inszeniert.<sup>98</sup>

Die Vorfälle in Nordwestbosnien standen in zweierlei Hinsicht sinnbildlich für ganz Jugoslawien. Einerseits war das sozialistische Wirtschaftssystem, das sich jahrelang durch Kredite und Subventionen anderer Staaten am Leben erhalten hatte, im Einsturz begriffen. Der amtierende Premierminister Branko Mikulić versprach leere Wirtschaftsreformen. Die Staatsverschuldung stieg dabei auf 33 Milliarden Dollar an.<sup>99</sup>

Andererseits enthüllte es die Realität eines korrupten Machtgeflechts alteingesessener kommunistischer Eliten, welches das Land wie „ein System von sich überlappenden mittelalterlichen Herzogtümern“<sup>100</sup> überzog.

Die Nachwehen der Wirtschafts- und Hegemonialpolitik Titos hinterließen eine unzufriedene verarmte Bevölkerung. Resignation und Politverdrossenheit machte sich breit, die ein neuer Mann in der Riege der serbischen Kommunisten in seiner erlernten Methodik kommunistischer Praxis verbunden mit nationalistischer Rhetorik zu nutzen wissen würde.<sup>101</sup>

Slobodan Milošević stellte im März 1989 einen Antrag, welcher die politische Autonomie der Vojvodina und des Kosovo beenden wollte und konnte diesen Wunsch in weiterer Folge durch eine Verfassungsänderung erwirken. Daraus resultierten Massenaufstände und Generalstreiks im Kosovo, die durch die serbische Exekutive brutal niedergeschlagen wurde.

Mit seinen Aktionen gewann Milošević doppeltes Ansehen bei großen Teilen der Bevölkerung Serbiens. Er erfüllte nicht nur das Bedürfnis nach starker politischer Führung, sondern befriedigte gleichzeitig einen über Jahre unterdrücktem und frustrierten serbischen Nationalismus.<sup>102</sup>

### 2.4.3 Zurück ins Mittelalter

Milošević hatte seinen nächsten Schachzug bereits geplant. Schon Wochen vor dem 28. Juni 1989 ließ man die sterblichen Überreste des heiligen Fürsten Lazar zur Wiederbelebung nationaler Gefühle durch serbisches Land hieven. Seinem Aufruf sollten hunderttausende Serben in den Kosovo folgen, wo mit der 600 Jahr Feier der „Schlacht am Amselfeld“ und der bekannten „Amselfeld-Rede“ Miloševićs ein „symbolischer Wendepunkt“ von statten gehen würde.

Ab diesem Zeitpunkt schien sein Status nicht nur bei der serbischen Bevölkerung als unumstößlich gefestigt. Im Staatspräsidium beherrschte er durch die von ihm initiierte Neubesetzung der Entscheidungsträger in der Vojvodina und dem Kosovo bereits vier der acht Stimmen.<sup>103</sup>

Weiters förderte er die Wiederbelebung nationalistischer Rhetorik in den serbischen Medien. Terminologien wurden forciert, die seit dem 2. Weltkrieg und während dem Sozialismus Titos zensiert gewesen waren. Die föderalistischen Tendenzen Kroatiens wurden mit dem extrem-nationalistischen Treiben der „Ustaše“ im 2. Weltkrieg gleichsetzt. Dies provozierte im Gegenzug den Nationalstolz der Kroaten und begünstigte das Auftreten nationalistischer Politiker wie dem Ex-Partisanen und General der jugoslawischen Armee Franjo Tuđman. Umstände, wie die Wiedereinführung der Schachbrettflagge, die zwar bereits seit Jahrhunderten Kroatien repräsentiert, aber vor allem unter den „Ustaša“ als wichtiges Symbol gedient hatte und nach dem zweiten Weltkrieg abgeschafft worden war, intensivierten die Spannungen zwischen den beiden Nationen.

Auch im benachbarten Slowenien, das sich nicht nur geographisch sondern auch gesellschaftspolitisch am nächsten an den Westen angliederte, kündigten sich Tendenzen einer Distanzierung von einem wiederkehrenden und durch Milošević vorangetrieben serbischen Zentralismus an. Eine neue Verfassung wurde daher verabschiedet, welche die legislative Souveränität Sloweniens und das Recht auf Sezession vom Bunde Jugoslawiens verstärkte.<sup>104</sup> Als Begleiterscheinung des weltpolitischen Untergangs des Kommunismus kam es auch in großen Teilen Jugoslawiens zur Auflösung der kommunistischen Partei und daraus resultierenden Neuparteigründungen, die sich im überwiegenden Maße wieder auf ethnonationalem Schema aufbauten.

Erste Anzeichen sich anbahnender größerer Konflikte sollten unterdessen im kroatischen Landesgebiet in der Region Krajina um die Stadt Knin entstehen, wo die mehrheitlich serbische Bevölkerung im Zuge separatistischer Anwandlungen im Januar 1991 die „Serbisch autonome Region Krajina“ proklamierte. Gegen den Willen Kroatiens, das die Unabhängigkeit nicht anerkennen wollte, wurde die jugoslawische Armee, von Belgrad befehligt, zur scheinbaren Schlichtung der Verhältnisse vor Ort stationiert. Bei den Ursachen für die Abspaltung stellten die ansässigen Serben ihr Handeln als logische Folge der Bedrohung durch das „Ustaše“-Regime der Kroaten dar. Allgemein fehlende Sensibilität und vereinzelte Vehemenz kam auf Seiten der Kroaten

mit Sicherheit zum Vorschein, generell wurde die Lage jedoch durch die Medien stark polarisiert.<sup>105</sup> Die Methode, die Bevölkerung durch falsche Informationen zu ködern, in dem man das Gegenüber als radikale Bedrohung darstellte, wurde von serbischer Seite in weiterer Folge auch in Bosnien angewandt, mit dem einzigen Unterschied, dass die „Ustaša“ durch „Islamische Fundamentalisten“ ersetzt wurden. In Wahrheit hatten die Muslime Bosniens seit jeher liberale Ansichten gepflegt. Arthur Evans schrieb bereits im 19. Jahrhundert reichlich sarkastisch:

*„Was ist mit dem Verbot des Propheten, lebende Wesen abzubilden? Es wird in Bosnien ähnlich rigoros eingehalten wie das Weinverbot.“<sup>106</sup>*

Als Folge des Sozialismus waren die Muslime Bosniens zu einer der „am stärksten säkularisierte muslimischen Bevölkerung der Welt“ geworden, aus der sich nur 17 Prozent als streng gläubig bezeichneten:<sup>107</sup> Ungefähr ein Drittel der Eheschließungen im städtischen Raum waren Mischehen. Das Muslimsein bezog sich in den meisten Fällen auf wenige religiöse Bräuche. Einen konkreten Angriffspunkt für die serbische Agitation bot hingegen der Umstand dass Alija Izetbegović, der „Hauptangeklagte(r) im berühmtesten Prozeß des Jahrzehnts“, als Oberhaupt der neugegründeten muslimischen Partei (Partei der demokratischen Aktion) auserkört wurde, die in weiterer Folge das Rennen um das Staatspräsidium in Bosnien und Herzegowina für sich entscheiden konnte. Seine „Islamische Deklaration“, einer der Hauptanklagepunkte Izetbegovićs, wurde in diesem Sinne oftmals von gegnerischer Seite benutzt, um ihr die Klammer des radikalen Islamismus anzuheften.<sup>108</sup> Lediglich eine Behauptung Izetbegovićs kann darin im gesellschaftspolitisch auf Bosnien ausgelegt werden und bestätigt sich auch geschichtlich:

*„Die muslimischen Minderheiten verhalten sich in der Struktur nichtmuslimischer Gemeinschaften loyal unter der Bedingung der Garantie ihrer religiösen Freiheiten, der Normalität ihres Lebens und ihrer Entwicklung. Sie sind gehalten, alle Verpflichtungen gegenüber dieser Gemeinschaft zu erfüllen, mit Ausnahme solcher, die dem Islam und den Muslimen Schaden zufügen.“<sup>109</sup>*

Die Widersprüchlichkeit seiner Person sollte Izetbegović anhand einiger opportunistischer Umstände dennoch zum Vorschein kommen lassen. In seiner „Islamischen Deklaration“ hatte er nicht nur den Kommunismus als mangelhaftes System beschrieben, sondern auch den Nationalismus als trennendes Subjekt der Völkervereinigung verstanden. Diese Kritik hinderte ihn allerdings nicht daran, Funktion und Stärken des Nationalismus zur Umsetzung eigener

Interessen sowie zum Zwecke des Machterlangens und der Machtsicherung einzusetzen:

*„Wenn du zu einer öffentlichen Diskussion über Demokratie aufrufst, kommen einige hunderte Intellektuelle. Wenn es um den Nationalismus geht, bekommst du Zehntausende aus allen Schichten auf die Straße.“<sup>110</sup>*

Dennoch beteuerte er die Methodik der partikularen nationalen Parteienpolitik eher als vorübergehende Notwendigkeit als dass er sie als Teil seiner eigenen Philosophie verstand:

*„Durch den Druck schuffen die Kommunisten bei den Leuten das Verlangen, ihre religiöse oder nationale Identität zum Ausdruck zu bringen. Vielleicht haben wir in vier oder fünf Jahren das Minenfeld hinter uns gelassen und den Horizont einer bürgerlichen Gesellschaft erreicht.“<sup>111</sup>*

Der Ausgang der Wahlen im Dezember 1990 gestaltete sich gemäß der ethnischen Bevölkerungsaufteilung. An zweiter Stelle rangierte der aus Montenegro stammende Sarajevoer Psychiater Radovan Karadžić mit seiner serbischen Partei (SDS). Izetbegović bildete entgegen einer mehrheitlichen Notwendigkeit und im Sinne eines „nationalen Bündnisses“ von Muslimen, Serben und Kroaten eine Koalition mit den drei stimmenstärksten Parteien. Auch diese Aktion bestätigte sein Anliegen einer Erhaltung Bosniens und Herzegowinas in Form der gemeinsamen und gleichberechtigten Stimmengewalt der einzelnen Nationen, sollte sich aber durch weitere Entwicklungen als äußerst gutgläubig herausstellen.<sup>112</sup>

Milošević, der sich in der Zwischenzeit weiterhin als der Retter eines vereinten Jugoslawiens gebrüstet hatte, während er sukzessive daran arbeitete den Staat selbst zu kontaminieren, zeigte keinen Reformwillen oder Interesse in Richtung eines föderalen Staatenbündnisses mit Kroatien oder Slowenien, geschweige denn einer Abspaltung beider Republiken.<sup>113</sup>

Bosniens Meinung zu eventuellen Austritten Kroatiens und Sloweniens entwickelte sich in zweierlei Richtung. Einerseits verstand man den Wunsch der Unabhängigkeit unter den gegebenen Umständen, andererseits konnte man ihn, auf die Gefahr der serbischer Dominanz als einzig größeres Überbleibsel im Bundesstaat ausgeliefert zu sein, nicht unterstützen. In Nord- und Westbosnien sollte währenddessen dieselbe Taktik serbischer Führung angewandt werden, die sich bereits in der Krajina bei Knin als erfolgreich erwiesen hatte. Die SDS proklamierte 3 Gebiete Bosniens zu autonomem serbischen Territorium. Die Separatisten wurden dabei in Form von Waffenladungen durch die serbische Seite tatkräftig unterstützt.<sup>114</sup> Der Vorfall, der die Lage endgültig eskalieren lassen sollte, war die Weigerung Serbiens, den

Kroaten Stjepan Mesić als rechtmäßig designierten Staatspräsidenten Jugoslawiens anzuerkennen. Am 19. Mai 1991 wurde dem Unabhängigkeitsstreben Kroatiens von Seiten der Bevölkerung mit 92 prozentiger Mehrheit zugestimmt. Slowenien hatte bereits Monate zuvor in einem Referendum den Wunsch nach Abspaltung bestätigt. Am 25. Juni kam es zur Unabhängigkeit.<sup>115</sup> Einen Tag nach der Verkündung der Souveränität der beiden Länder zog die Volksarmee in Slowenien ein. Miloševićs Pläne, die es beabsichtigten, „ein Exempel zu statuieren“, das auch die übrigen Einheiten Jugoslawiens entmutigen hätte sollen, eventuelle Abspaltungstendenzen in die Tat umzusetzen, wurde von der internationalen Gemeinschaft im Sinne der „Einheit und territorialen Integrität Jugoslawiens“ unterstützt, jedoch von gut vorbereiteten militärischen Einheiten Sloweniens erfolgreich abgewehrt. Der Abzug der jugoslawischen Truppen nach zehn Tagen und die daraus resultierende Kürze des Konflikts an der slowenisch-kroatischen Grenze war dabei dennoch weniger auf strategische Finesse des 2 Millionen Staates zurückzuführen, sondern vielmehr dem Umstand verschuldet, dass dessen Abspaltung Belgrad in seinem Streben nach „serbischer Integrität“ wenig Interesse schenkte. Wegen dem Fehlen großer serbischer Völkergruppen in Slowenien maß man dieser Trennung weniger Bedeutung zu als es in Kroatien der Fall war, wohin man ab diesem Zeitpunkt sämtliche Kräfte konzentrierte.<sup>116 + 117</sup> Neben anfänglichen Einschüchterungsversuchen seitens der serbischen Riege stand dabei die Konsolidierung serbischer Enklaven in Kroatien im Vordergrund. Nach und nach intensivierten sich die Kämpfe in den Gebieten Ostslawoniens und in und um Dubrovnik. Die Taktik einer systematischen Verknüpfung serbisch dominierter Gebiete kam zum Vorschein. Die Strategie, die in und um die Stadt Vukovar zum Einsatz kam und später in gleicher Weise in Bosnien angewandt werden sollte, bestand aus einer Kombination des Beschusses durch die Volksarmee von außen und dem Einsatz irregulärer paramilitärischer Streitkräfte vor Ort. Besonders der Einsatz der Paramilitärs stellte eine der extremsten und brutalsten Formen der angewandten Kriegsführung dar. In Form ihres Terrors wurde die zivile Bevölkerung systematisch vertrieben oder ermordet. Angeführt von Kriminellen und Extremisten zwangen Gruppen wie „Arkans Tiger“, „Tschetniks“ oder „Weiße Adler“ eine halbe Million Kroaten zur Flucht. Die Stadt Vukovar, die dem heftigen Beschuss lange Zeit Widerstand leisten hatte können, fiel schließlich so wie einige andere umkämpfte Regionen den aufständischen Serben in die Hände.<sup>118</sup> Begünstigt wurde dieser Umstand durch das im September 1991 über Jugoslawien verhängte Waffenembargo des Westens, der sich nach wie vor, in einer Anwendung politischen Leichtsinns, versprach, die kriegerischen Konflikte eindämmen und zu einer ursprünglichen Form Jugoslawiens zurückkehren zu können. Das Waffenembargo wirkte sich jedoch lediglich negativ auf die kroatische Verteidigung in Städten wie Vukovar, weniger auf die jugoslawische Volksarmee und die paramilitärischen Gruppen aus, die eine starke Rüstungsindustrie im Rücken hatte.<sup>119</sup>

## 2.4.4 Im Westen nichts Nützliches

Die Unabhängigkeitserklärung Kroatiens und Sloweniens legte brisante Fragen offen: War es eine völkerrechtswidrige Trennung von administrativen Einheiten gewesen oder war Jugoslawien in seine logischen nationalstaatlichen Einzelteile zersprungen? War es ein interner Konflikt oder sollte von internationaler Seite interveniert werden?

Die Rolle des Westens, sprich der Uno, der Staaten, der „in den Kinderschuhen steckenden“ EG, sowie der USA im Zusammenhang mit einer Lösungssuche des „Jugoslawienproblems“ sollte sich dabei als zwangsläufig kontrovers, hilflos und in einigen Fällen vor allem negativ erweisen. Die Vereinten Nationen besaßen zu diesem Zeitpunkt noch wenig adäquate Mittel einen Konflikt dieser Art lösen zu können und erachteten es zudem eher als „unzulässige Einmischung von Drittstaaten“ der Krise aktiv entgegenzuschreiten.

Ihre eigenen, in der Charta der UN verfassten Grundsätze, ermöglichten den beiden Konfliktparteien, sich die Legitimation für ihre Handeln praktisch per se abzuholen. Slowenen und Kroaten bezogen sich dabei auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“, ungeachtet der Tatsache, das dieses Argument ebenso den Serben in Kroatien zugestanden wäre, während Serbiens Riege, die sich nach wie vor als die Vertreter eines Gesamt-Jugoslawiens tarnte, auf die „Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität von Staaten“ verwies.<sup>120</sup>

Dementsprechend zwiegespalten zeigte sich auch die internationale Gemeinschaft. In einer, mit den Bündnissen des ersten Weltkrieges assoziierbaren, Weise, untermauerte Deutschland, das Jugoslawien bereits geraume Zeit als „in seine föderalen Bestandteile zerfallen“ gesehen hatte, seine parteiische Zustimmung zur Abspaltung Kroatiens und Sloweniens durch einen Sololauf bei der Anerkennung der beiden Staaten am 23. Dezember 1991.

Die Deutschen sahen in einer Internationalisierung des Konfliktes eine Möglichkeit, das jugoslawische Heer von weiteren militärischen Interventionen abzuhalten. Das Gegenteil vermutete die Fraktion rund um den UN-Generalsekretär, sowie die französische, britische und amerikanische Regierungsgilde. Sie fürchteten, dass eine Zustimmung zur Unabhängigkeit Kroatiens und Sloweniens die Aggressionen von Seiten Serbiens weiter steigern würde und in Folge „als Präzedenzfall eine Kettenreaktion an Unabhängigkeitserklärungen auslösen würde“. Eine Wiedervereinigung wäre im Angesicht der Vorfälle von Vukovar äußerst unrealistisch gewesen. Dennoch waren der Zeitpunkt und die Umstände der Anerkennung durchaus diskutabel. Die Unabhängigkeit fungierte zum gewählten Zeitpunkt mehr auf beschwichtigende Weise und bot lediglich Aufschub, vor allem, da den jungen Staaten weder militärische noch diplomatische Sicherstellung geboten werden konnte. Frankreich und England zogen schließlich im Sinne europäischer Geschlossenheit bei der Anerkennung mit, woraufhin Kroatien und Slowenien am 25. Jänner 1992 als souveräne Staaten seitens der EG bestätigt wurden.<sup>121</sup>

Die Unabhängigkeit Bosnien und Herzegowinas sollte sich als logische Folge an die Entwicklungen in Kroatien und Slowenien angliedern. Vor allem kroatische und muslimische Bevölkerungsteile verspürten kein Verlangen als Überbleibsel in einem serbisch diktierten Restjugoslawien unterzugehen.<sup>122</sup>

Sonderbeauftragter Lord Carrington sah sich durch sämtliche Aktionen der EG seiner Vision beraubt, Jugoslawien noch einmal in seiner Gesamtheit vereinen zu können. Sein konkreter Plan, der weder die „abtrünnigen“ Kroaten und Slowenen zurückgeholt, noch dem Appetit nach „serbischer Integrität“ getilgt hätte, war bereits zuvor in unerreichbare Ferne gerückt.<sup>123</sup> Die Problematik lag vielmehr in dem Umstand, dass sich der Westen nicht der Mühe wert gewesen war, einen Notfallplan für Bosnien & Herzegowina vorab auszudenken, wo alle Anzeichen bereits seit Herbst 1991 auf Krieg gedeutet hatten.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die jugoslawische Volksarmee auf bosnischem Territorium bereits wichtige Kommunikationszentren und rundum die Städte zahlreiche Stellungen für schwere Artillerie errichtet. Als Anfang 1992 die Stellungen in Kroatien aufgrund der Anerkennung und der Errichtung von UN-Schutzzonen für serbische Bevölkerungsteile verlassen worden war, wanderten die jugoslawischen Streitkräfte in Bosnien ein.

Präsident Izetbegović gestattete den Einmarsch zusätzlichen Militärs aus einer Kombination von gutem Willen und der Tatsache, durch die, von der Volksarmee vorgenommenen Verhaftungen serbischer Paramilitaristen geblendet worden zu sein. Die Parteilichkeit der Volksarmee würde jedoch bald wieder zum Vorschein kommen, als sie, den von Radovan Karadžić ausgerufenen Boykott zum Referendum für die Unabhängigkeit Bosnien & Herzegowinas durch das Abwerfen von Flugblättern unterstützte.<sup>124</sup> Diejenigen, die sich trotz zusätzlich aufgebauten Straßensperren, den Weg durch und hin zur Abstimmung bahnten, sollten fast einstimmig mit ja zum Austritt plädieren. Unter den 64 Prozent Angetretener befanden sich vor allem in den Städten auch zahlreiche bosnische Serben. Am Tag der Verkündung des Resultats errichteten illegale serbische Milizen Straßensperren um das Parlament in Sarajevo und positionierten Scharfschützen. Der Ausbruch des Krieges konnte durch die zu tausendst auf die Straße strömende Bevölkerung Sarajevos noch aufgeschoben werden.<sup>125</sup>

Am Tag der Anerkennung Bosnien und Herzegowinas als unabhängiger Staat, dem 6. April 1992, wiederholte sich das Schauspiel dass sich bereits einige Wochen zuvor zugetragen hatte. Scharfschützen und Straßensperren besetzten Sarajevo. Zwischen fünfzig- und hunderttausend Menschen diverser Nationalitäten stämmten sich ihnen entgegen, konnten aber den Ausbruch dessen nicht mehr verhindern, was mit „44 qualvollen Monaten“<sup>126</sup> als die längste feindliche Belagerung einer Stadt in die jüngere Weltgeschichte eingehen sollte.<sup>127</sup>



## 2.4.5 „This is not a civil war. This is a war against civilians.“<sup>128</sup>

Der Krieg erreichte das bosnische Volk in blitzartiger Geschwindigkeit. Innerhalb von 6 Wochen fielen zwei Drittel des bosnischen Territoriums an die serbischen Streitkräfte, die in Kooperation mit der jugoslawischen Volksarmee agierten. Der Eroberungszug bewegte sich erst sukzessive entlang der Drina in ostbosnischem Gebiete bis in die Herzegowina, um die Möglichkeit einer Angliederung der, an der Grenze liegenden Landstriche zu Serbien zu einem späteren Zeitpunkt zu gewährleisten, umklammerte Zentralbosnien später entlang der Save.<sup>129</sup>

In einer Methodik, die sich äquivalent zu jener bereits in Kroatien angewandten gestaltete, erledigte die jugoslawische Volksarmee in Städten wie Bijeljina, Zvornik, Foča oder Višegrad den Beschuss mit schweren Waffen von sicherer Entfernung, während die paramilitärischen Gruppen aus Serbien die Bevölkerung vor Ort infiltrierte.<sup>130</sup>

Zu ethnischen Säuberungen, sprich der systematischen Eliminierung muslimischen Daseins anhand von Vertreibungen, Hinrichtungen und der Zerstörung muslimischen Kulturguts gesellte sich dieses Mal außerdem die strategische Radikalisierung bosnisch-serbischer Bewohner hinzu, denen alles „nicht-serbische“ als akute Lebensbedrohung eingebläut wurde. Ohne Zweifel hatten zahlreiche serbische Medien bereits die Vorarbeit für die Psychose der Bevölkerung geleistet.<sup>131</sup>

Milošević negierte weiterhin mit den militärischen Gräueltaten in Verbindung zu stehen, geschweige denn sie jemals befehligt zu haben und rechtfertigte die Anwesenheit der jugoslawischen Armee durch ihrer Funktion als überwachende Instanz. Zur Beschwichtigung des Westens veranlasste er im Zuge der Verkündung des Fortbestehens Jugoslawiens aus den Teilrepubliken Serbien und Montenegro am 27. April, den offiziellen Abzug der Truppen der Volksarmee mit Ausnahme ihrer bosnisch-serbischen Mitglieder, die von nun an unter die Führung Ratko Mladić gestellt wurden.

Dieses „kosmetische Manöver“ tat seinen Zweck. Der Westen behandelte die Ereignisse in Bosnien und Herzegowina von nun an nur mehr als einen reinen Bürgerkrieg, dessen beide Seiten auf gleichberechtigte Art und Weise im Zustand vollkommener Recht- und Ordnungslosigkeit gegeneinander antraten.<sup>132</sup>

*„Die westlichen Politiker versagten grundsätzlich, weil sie nur auf die Symptome des Krieges starteten nicht auf seine Ursachen: so als wollten sie nicht verstehen, welcher Art Miloševićs Pläne waren. Sie versteiften sich darauf, den Krieg als ein militärisches, nicht als ein politisches Problem zu betrachten. Man wies Verantwortung zu und machte Vorwürfe, um mit dem Finger auf die Leute zeigen zu können, die da schossen, und da jetzt von zwei Seiten geschossen wurde, wurden beide getadelt.“<sup>133</sup>*

Die Möglichkeit, dass die Truppen der bosnischen Regierung überhaupt noch schießen, sprich das übriggebliebene Territorium halten und verteidigen konnten, wurde nur durch ein vorläufiges Bündnis mit den bosnischen Kroaten erreicht, die mit der inoffiziellen Unterstützung Zagrebs agierten. Natürlich hatte auch die Kooperation Tuđmans, wenn auch in abwartenderer Manier, aber auf simultane Weise wie bei Milošević das Ziel, sich irgendwann ein „Stück vom Kuchen“ Bosnien einverleiben zu können. Darüber hätte sich die Weltöffentlichkeit bereits durch die ab 1991 stattfindenden Treffen der beiden Staatsoberhäupter im Klaren sein müssen, wo die Aufteilung Bosniens rege diskutiert worden war.

Da internationale Politiker die kriegerischen Handlungen beider Seiten jedoch gleichermaßen aufwogen, beharrten sie auch weiterhin darauf, das seit den Kroatienkonflikten verhängte Waffenembargo aufrechtzuerhalten. Das Verhältnis von Mannstärke und Waffengewalt zwischen serbischen Streitkräften, denen die Rüstungsindustrie und die Soldaten Exjugoslawiens zur Verfügung standen und jenen der Muslime und Kroaten gestaltete sich dementsprechend unausgeglichen, was für sie auf kurz oder lang als „Todesurteil“ zu werten war. Die Unparteilichkeit in Form des Waffenembargos war der erste Fehler westlicher Politik, dem sie bald einen zweiten hinzufügen sollten.

Eine erste Kehrtwende signalisierte sich, als Berichte und Bilder über serbische Internierungslager im August 1992 an die Weltöffentlichkeit gelangten. Die entsetzten westlichen Verantwortlichen dachten erstmals laut über ein aggressiveres Eingreifen des Westens in Form militärischer Interventionen nach, würden aber weitere Maßnahmen bald außer Acht lassen, da sich die Theorie des gleichberechtigten gewaltsamen Gegeneinanders aller beteiligten Kriegsparteien in den Köpfen zahlreicher abendländischer Politiker festgesetzt hatte.<sup>134</sup>

Zwei Interventionen wurden seitens der EG vorerst als vordergründig erachtet. Auf der einen Seite die diplomatische Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen durch Waffenstillstände, auf der anderen Seite humanitäre Unterstützung für die Zivilbevölkerung durch die Vereinten Nationen. Diese Hilfe sicherte auf der einen Seite das Überleben vieler Menschen, gefährdete auf der anderen Seite aber zusehends die Lage der UN-Helfer, die von jugoslawischen Streitkräften zahlreich abgefangen und gezeißelt wurden und somit jegliche Androhung auf eine militärische Aktion der Nato als sinnlos gestalteten.

Der Begriff der „Ethnische Säuberungen“ hatte sich zwar in das internationale Gewissen eingeschlichen, dennoch verstand man diese „Verbrechen an der Menschheit“ innerhalb der EG-Beauftragten eher als ein Produkt des Krieges und nicht als eine gezielte Methode zur nationalen Homogenisierung ganzer Gebiete für eine spätere Eingliederung in den jeweiligen Mutterstaat oder das jeweilige „Homeland“.<sup>135</sup>

## 2.4.6 „Friedenspläne“

Ende Oktober 1992 wurde seitens des Vermittlers der EG Lord Owen und der UNO Cyrus Vance ein Friedensplan zur Kantonalisierung Bosniens vorgelegt. Dabei sollte das Land in gleichberechtigter Manier unter den beiden kriegführenden Opponenten in autonome Provinzen eingeteilt werden, die sich in den wichtigsten Bereichen selbst verwalten und sich lediglich in Fragen der Verteidigungs- und Außenpolitik einem Zentralstaat unterordnen sollten. Zwei positive Aspekte des Vance-Owen Plans waren einerseits die Möglichkeit einer Rückkehr der vertriebenen Bevölkerungsteile in ihre Heimatregionen andererseits die Forderung, dass die serbischen Kantone getrennt voneinander und nicht an Serbien grenzend zugeteilt werden würden. Die beiden Punkte widersprachen aber nicht nur der Realität, da die serbischen Streitkräfte, die von ihnen bereits verbundenen Landesteile nie aufgegeben hätten, sondern stellten den Vorschlag der kantonalimmanenten Polizeigewalt, auch eine akute Gefährdung rückkehrender Flüchtlinge dar.

Bei seiner endgültigen Fassung im Jänner 1993 enthielt sich der Vance Owen Plan aber einer anderen ganz wesentliche Aussage, die zum Brennpunkt verheerenden Entwicklungen werden sollte. Die Einteilungsvorschläge, die nun für alle drei Nationen eigene Kantone vorsahen, ließen eine „genaue Grenzziehungen“ vorerst noch außen vor. Dieser Umstand verwandelte die ohnehin bereits krisengeschüttelte Beziehung bosnischer Kroaten und Muslime in ein gewaltsames Gegeneinander in einem heterogen gemischten Zentralbosnien, wo nun ein Kampf um jeden Flecken Land entbrannte. EG und UNO hatten durch ihr diplomatisches Intervenieren damit nicht nur die letzte Verbündigung gegen die serbischen Angreifer komplett zerschlagen, sondern den von ihnen lang zuvor verkündeten Bürgerkrieg praktisch selbst gestartet.

Die Vorgehensweisen, die nun ans Licht kamen, waren ebenso skrupellos, wie man es bereits zuvor auf serbischer Seite betrachten hatte können. Aus Gebieten wie Vitez und Kiseljak kamen Berichte über „ethnische Säuberungen“ beider Seiten, von Kroaten und Muslimen zum Vorschein. Ein UN-Beauftragter wies ein Monat später noch auf die fatale Rolle des Vance Owen Planes in Zusammenhang mit derartigen Entwicklungen hin, aber die beiden wesentlichen Fehlinterventionen des Westens, der Vance-Owen Plan und das Waffenembargo, hatten ihren Schuldigkeit bereits getan.

Die bosnische Regierung konnte mit ihren Truppen die muslimischen Enklaven aufgrund sich erschöpfender Waffenlage kaum noch verteidigen, was sie im März und April dazu zwang dem Vance-Owen Plan allmählich zuzustimmen. Auch die serbische Seite lenkte mit dem Hintergedanken ein, den Plan als eine vorübergehende Zwischenstation auf dem Weg zur Annexion zu Serbien zu sehen. Dies versicherte Milošević zumindest Karadžić, der den Vertrag bei einer extra einberufenen internationalen Konferenz am 2. Mai 1993 unterschreiben sollte.<sup>136</sup>



Vance-Owen-Plan für **M**uslime, **K**roaten, **S**erben | 1993

Zahlreiche serbische „Warlords“ (unter ihnen auch General Mladić) sahen keine Notwendigkeit diesen Umweg gehen und die bereits eroberten Gebiete aufgeben zu müssen. Sie hielten ein Referendum ab, das sich gegen die Entscheidung des Athener Beschlusses richtete. Milošević brüstete sich daraufhin die Grenzen von Serbien schließen zu wollen, gestattete für deren Überwachung aber keine Aufsicht der UNO und bald sollte die Unterstützung wieder fließen.<sup>137</sup> Anstatt derartigen Vertragsbrüchen mit den vorab angedrohten Luftangriffen entgegenzuwirken, kam man unter den wichtigsten Außenministern Europas, der USA und Russlands am 22. Mai zu dem Beschluss, anstelle der Einteilung des Vance-Owen Plans, nun die muslimische Bevölkerung Bosniens und Herzegowinas in UN-Schutzzonen einzukesseln, wo man ihnen weder ihre Sicherheit, noch ihr Überleben gewährleisten konnte, da sich die Blauhelme lediglich selbst und nur bei Angriff des Gegners militärisch verteidigen durften.

*„Die Tragik bestand letztlich darin, dass der Begriff safe area der Bevölkerung einen Schutzraum vorgaukelte, der faktisch nie bestand. Ziele und Ressourcen der UNO-Truppe standen im krassen Missverhältnis.“<sup>138</sup>*

Diese Fahrlässigkeit sollte tragische Auswirkungen nehmen und vor allem durch die Ereignisse von Srebrenica im Juli 1995 einen traurigen Höhepunkt erfahren.<sup>139</sup> Neue Friedenspläne zielten inzwischen in die Richtung Bosnien und Herzegowina vollkommen unter den Nationen aufzuteilen. Diese fatale Logik hätte damit nicht nur die Aggressionen nationalistischer Agitatoren belohnt, die von außerhalb der Grenzen an ihr Ziel herangetreten waren, sondern für all jene, die von Anfang an einem gemeinsamen Staat aller Nationen beigepflichtet hatten, ein bosnisches „Bantustan“ übriggelassen. Einer dieser Pläne, der Owen-Stoltenberg Plan, der zwar noch eine bosnische Gesamtstaatlichkeit gewährte, der serbischen Seite für 25 Prozent der Bevölkerung 53 Prozent verbundenen Landesterritoriums zusprach, was Muslime lediglich mit 33,3 Prozent und Kroaten mit 17,5 Prozent entschädigt hätte, scheiterte an der Zustimmung der bosnischen Regierung. Inzwischen setzten sich die Kämpfe während des gesamten Jahres 1993 fort. Mit besonderer Vehemenz zeigten sich die Gefechte muslimischer und kroatischer Streitkräfte in und um Mostar. Wieder wurde von Internierungslagern und „ethnischer Säuberungen“ auf beiden Seiten dokumentiert.<sup>140</sup> Am Ende des Jahres schien auch die Zukunft eines bosnischen Staates am Ende zu sein. Im Winter 1993 wurde der Entschluss gefasst die UNPROFOR - Truppen von Bosnien abziehen zu wollen. Gerade als alles in Richtung gezwungener Resignation deutete, sollten zwei wesentliche Entwicklungen einen Umschwung der aussichtslosen Lage bieten.

Die Eine war ein von der Nato neu eingeschlagener Kurs als Reaktion auf die Anschläge des 5. Februars in Sarajevo, bei dem 68 Zivilisten getötet worden waren. Das Gebiet um Sarajevo wurde zur militärischen Ausschlusszone erklärt und unter der Androhung von Luftangriffen mussten die schweren Geschütze der Truppen Ratko Mladićs vorerst abziehen.

Die zweite Entwicklung war die Beendigung der Kämpfe zwischen Muslimen und Kroaten, und die neuerliche Verbündung der beiden Kontrahenten. In diesem Kontext wurde eine Föderation geschaffen, die in Form dezentral regierter Kantone festgelegt wurde, aber dennoch die Integrität Bosnien und Herzegowinas zumindest in all jenen Gebieten schützen sollte, wo beide Volksgruppen vor Kriegsbeginn die Bevölkerungsmehrheit dargestellt hatten. Im Mai 1994 präsentierten Vertreter der USA, Russlands, Frankreichs und Englands in einer eigens gegründeten Kontaktgruppe einen neuen Friedensplan, der Bosnien und Herzegowina in 49 Prozent Serbische Republik und 51 Prozent Föderation zweigeteilt, darstellte. Aber auch dieser Plan wurde trotz der Zuneigung Miloševićs, der darin alle serbischen Wünsche erfüllt sah, von Karadžić und der serbischen Nationalistenhochburg Pale in den Hügeln Sarajevos via eines scheinbar abgehaltenen Volksentscheids abgeblockt. Milošević drohte daraufhin ein Embargo gegen die Serbische Republik vor der Weltöffentlichkeit an, um nicht zuletzt auch die gegen Serbien verhängten Sanktionen zu mildern.<sup>141</sup>

In der zweiten Hälfte des Jahres 1994 konnte das bosnische Militär die Enklave Bihać in Westbosnien zurückgewinnen, sollte aber bald darauf von serbischen Truppen darin eingekesselt werden. Im Oktober gelang der Ausbruch. Im Mai 1995 eroberten kroatische Streitkräfte, die von Serben gehaltenen Gebiete Westslawoniens, wobei sie in die Schutzzone eindrangen und die serbischer Zivilbevölkerung vertrieben.<sup>142</sup> Ende Mai erwirkte die NATO von der UNO die Genehmigung Luftangriffe auf die Besetzer Sarajevos zu tätigen, die noch am selben Tag durchgeführt wurden. Die serbische Riege in Pale konterte mit einem Vergeltungsschlag auf Tuzla und der Geiselnahme zahlreicher UNO-Soldaten und Beobachter. Als im serbisch-bosnischen Fernsehen Bilder der, an die Zäune serbischer Munitionslager geketteten, Geiseln veröffentlicht wurden, stoppte die NATO ihre Luftangriffe wieder.

Die ursprüngliche Annahme der Vereinten Nationen, der Einsatz ihrer eigenen Truppen könne die von ihnen ausgerufenen Schutzzonen zwar nicht vollends beschützen, dennoch aber als Barriere für die serbischen Streitkräfte wirken, wurde in das Gegenteil umgekehrt.

Die Geiselnahme von Blauhelmen bot der serbischen Riege immer wieder die Möglichkeit, militärisches Eingreifen der NATO abzuwehren.<sup>143</sup>

Ein ähnliches Szenario sollte sich eineinhalb Monate später ereilen, als am 9. Juli serbische Truppen in die Schutzzone Srebrenica eindrangen und 32 UN-Soldaten zu Geiseln machten.

Die angeforderte Unterstützung kam zwei Tage später in Form von Luftangriffen gegen die Serben, wurde aber nach Androhung auf Ermordung der Geiseln wieder eingestellt. Zwei Tage später, am Morgen des 11. Juli 1995, sollte sich schließlich jener Wahnsinn zutragen, der mit 8000 getöteten Männern als der „erste juristisch anerkannte(n) Genozid auf europäischen Boden nach 1945“ in die Annalen des Bosnienkrieges eingehen würde. Die serbischen Truppen rundum Ratko Mladić vertrieben 13 000 Frauen, Kinder, sowie alte und kranke Menschen. Sie verschleppten sämtliche männliche Muslime zwischen 13 und 78 Jahren. All dies geschah unter Beobachtung der handlungsunfähigen Soldaten der Vereinten Nationen.

*„Tausende wurden in Bussen abtransportiert, zunächst in leere Schulgebäude oder Lagerhallen gepfercht, dann wie Vieh geschlachtet oder systematisch exekutiert.“<sup>144</sup>*

Durch amerikanische Luftaufnahmen wurden wenig später vier Massengräber identifiziert. Entsetzen und Unverständnis machte sich in der Weltöffentlichkeit breit, wie sich in einer eigens von der UNO ausgerufenen Schutzzone dieser Vorfall ereignen hatte können.<sup>145</sup> Kurz darauf wurden auch die Schutzzonen Žepa und Bihać von serbischen Streitkräften eingenommen. Besonders die Rückeroberung der Enklave Bihać durch die Serben führte angesichts der Besorgnis der Kroaten um die Gebiete Westslawoniens zu neuen Entwicklungen. Es kam zum Bündnis zwischen Franjo Tuđmans und Alija Izetbegović. Bosnische wurden durch kroatische Regierungstruppen verstärkt. Im Zuge der Bodengewinne der muslimisch-kroatischen Fraktion konnte der wichtigste Versorgungsweg der Serben Richtung Knin abgetrennt werden, wodurch Anfang August 1995 die langersehnte Rückeroberung der Krajina sichergestellt wurde. Serbische Flucht und Demoralisierung der Truppen waren die Folge. Meinungsverschiedenheiten zwischen Mladić und Karadžić kamen zum Vorschein. Für die Internationale Gemeinschaft bot sich nun unter den Anzeichen serbischer Resignation, die Möglichkeit diplomatisch zu intervenieren. Die USA, die sich seit Kriegsbeginn bei sämtlichen internationalen Entscheidungen im Hintergrund bewegt hatte, trat nun als leitende Instanz in den Vordergrund. Sie drohten nach dem wiederholten Angriff auf Zivilisten in Sarajevo, General Mladić mit Vergeltungsschlägen, sollte er nicht die Ausschlusszone verlassen. Mladić entschied abzuwarten und wurde in Folge einem wochenlangen Beschuss der Nato ausgesetzt. Das dabei zerstörte Kommunikationssystem und die fehlende Kampfmoral halfen den bosnisch-kroatischen Truppen schließlich 15 Prozent der Landesfläche zurückzuerobern. Unter Druck der englischen und amerikanischen Führung wurden sie an dieser Stelle zurückgepfiffen.





„Dayton“ - Bosnien & Herzegowina | 1993



## 2.4.7 „Der ungerechteste Frieden ist besser als der gerechteste Krieg.“<sup>146</sup>

Die internationalen Verantwortlichen versäumten bewusst die Möglichkeit durch weitere militärische Interventionen eindeutige Verhältnisse wiederherzustellen und die Trennung des Landes aufzuheben. Anstelle dessen entschieden sie sich, geblendet vom Paradigma des „Uralten Hasses“ der Völker, für die diplomatische Kompromisslösung der ethnische Trennung und damit für die indirekte Belohnung und Legitimation des Krieges und seiner Initiatoren. Anfang und Ende September wurden bei Treffen in Genf und New York die Weichen für weitere Verhandlungen gestellt. Die Konfliktparteien wurden dabei von der offiziellen Führungselite der Staaten Serbien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina vertreten, mitunter weil Radovan Karadžić unterdessen vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag verurteilt worden war. Nach Wochen der diplomatischen Vermittlungsversuche seitens der USA, die von den Forderungen einer „De Facto-Teilung“ und einer „De Jure-Erhaltung“ geprägt waren, kam es schließlich Anfang November zur Friedenskonferenz im Luftwaffenstützpunkt Dayton in Ohio. Nach drei Wochen intensiven Verhandlungen wurde das Friedens-Abkommen am 21. November in Dayton und der daraus resultierende Friedens-Vertrag am 14. Dezember in Paris unterfertigt. Die Neuordnung des Landes wurde in Form einer Verfassung beschlossen, die territoriale sowie administrative Veränderungen vorsah. Zudem wurden Vorkehrungen zum Schutz der Menschenrechte getroffen, sowie eine Vereinbarung für die Rückkehr der Flüchtlinge ausgehandelt. Zur friedlichen Gewährleistung dieses Bestrebens stationierte man 60 000 UN-Soldaten vor Ort.<sup>147</sup> Der Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina wurde in zwei Entitäten geteilt, die Serbische Republik mit 49 Prozent, die Föderation Bosnien und Herzegowina mit 50 Prozent der Landesfläche. Ein Prozent des Staatsareals, der Distrikt Brčko im Nordosten Bosniens, wurde als Kondominium zwischen die beiden anderen Bundeseinheiten implementiert. Sarajevo wurde ungeteilt als Regierungssitz in die Föderation eingebunden und behielt ihren Status als Hauptstadt des Gesamtstaates bei. Banja Luka wurde zur Hauptstadt der Serbischen Republik. Der Nachdruck mit der auf die territoriale Trennung und ethnische Zuteilung bestanden worden war, negierte das offizielle Bild administrativer Landeseinteilung durch die Realität, zweier Kleinstaaten, die auf autonome Existenz und eigene Rechte pochten. In diesem Sinne wurden auch die Kernkompetenzen des Gesamtstaates auf die Entitäten verteilt. Um kroatischen Autonomiebestrebungen nachzukommen, wurde die Föderation zusätzlich kantonalisiert. Jede Bundeseinheit erhielt eine eigene Legislative, Exekutive und Judikative, durch Parlaments-, Regierungs- und Polizeieinrichtungen. Ein hochkomplizierter Staats- und Verwaltungsapparat wurde in Form der ethischen Dreiteilung geschaffen, der das Land nicht nur arbeits- und handlungsunfähig machte, sondern anhand seiner Intransparenz Korruption und Misswirtschaft als staatliche Langzeitsymptome festsetzte.

Essentielle Bereiche wie der Medien- und Bildungssektor, die als Vermittler einer Aussöhnung und Wiederentdeckung verbindender Identitätsmerkmale fungieren hätten können, wurden ebenfalls segregiert und damit subjektiviert.<sup>148</sup> Im Schulsektor spiegelt sich diese Problematik bis heute durch die Diskreditierung des „ethnischen“ Gegenübers in Form von individuellen Schulunterlagen wieder. Zum „Darüberstreuen“ veräußern teils getrennte Schulinstitutionen den Tenor der Unvereinbarkeit multiethnischen Daseins. Die Macht der Medien als „vierte Gewalt“ im Staat, hatte sich bereits in ihrer leitenden Rolle als Kriegsantrieb bewährt:

*„Radio, Fernsehen und Presse konstruierten Feindbilder und Stereotype, verbreiteten Gerüchte und Unwahrheiten, schürten Ängste, Hass und Rachegefühle, rissen moralische Barrieren nieder. Sie bedienten sich altbekannter Propagandastrategien, um den Krieg psychologisch zu begleiten, besonders durch Schwarzmalerei, durch die Dämonisierung des Gegners, durch Verschweigen, Übertreiben, und Verfälschen von Informationen, durch Parallelisierungen mit historischen Ereignissen und Mythen, durch Hasssprache und die permanente Wiederholung immer derselben Botschaften.“<sup>149</sup>*

Anfänglicher Enthusiasmus über das Kriegsende wich bald der Ernüchterung über die faktische Fortsetzung der Konflikte in verstaatlichter Form. Fehlende Kooperationsbereitschaft und politische Radikalismen standen nach wie vor auf der Tagesordnung. Vehemente wirtschaftliche Probleme und fehlende Identifikation mit dem neugeschaffenen Staat hatten sich als Folge der kriegerischen Handlungen eingestellet. Der Krieg hatte ein heterogen besiedeltes Bosnien und Herzegowina nachhaltig verändert und durch „ethnische Säuberungen“ gewaltsam homogenisiert. Hunderttausend waren getötet worden, zwei Millionen geflüchtet. Rückholaktionen der Geflohenen konnten die Ethnoterritorialisierung nicht mehr ungeschehen machen. Ein ethnien-trennender Einheitsstaat sollte in weiterer Folge nationale Exklusivität als staatliches Grundprinzip festsetzen und ein bosnisches Gesellschaftsbild bis in ungewisse Zukunft spalten.<sup>150</sup> Die Schriftstellerin Slavenka Drakulić schrieb 1991 noch vor Ausbruch des Krieges:

*„Der Krieg ist schon da. Ich weiß es jetzt. Er hat mich hereingelegt - er hat uns alle hereingelegt. Sein Beginn liegt schon darin, dass wir ihn erwarten.“<sup>151</sup>*

Die Psychose, die sich bereits vor dem Krieg in das Bewusstsein der Bevölkerung eingeschlichen hatte, fand auch nach Dayton keinen Frieden. Sie konnte weder durch das Händeschütteln noch das Schulterklopfen der Politiker vertrieben werden. Der Krieg begann in den Köpfen. Dort muss er heute auch beendet werden.





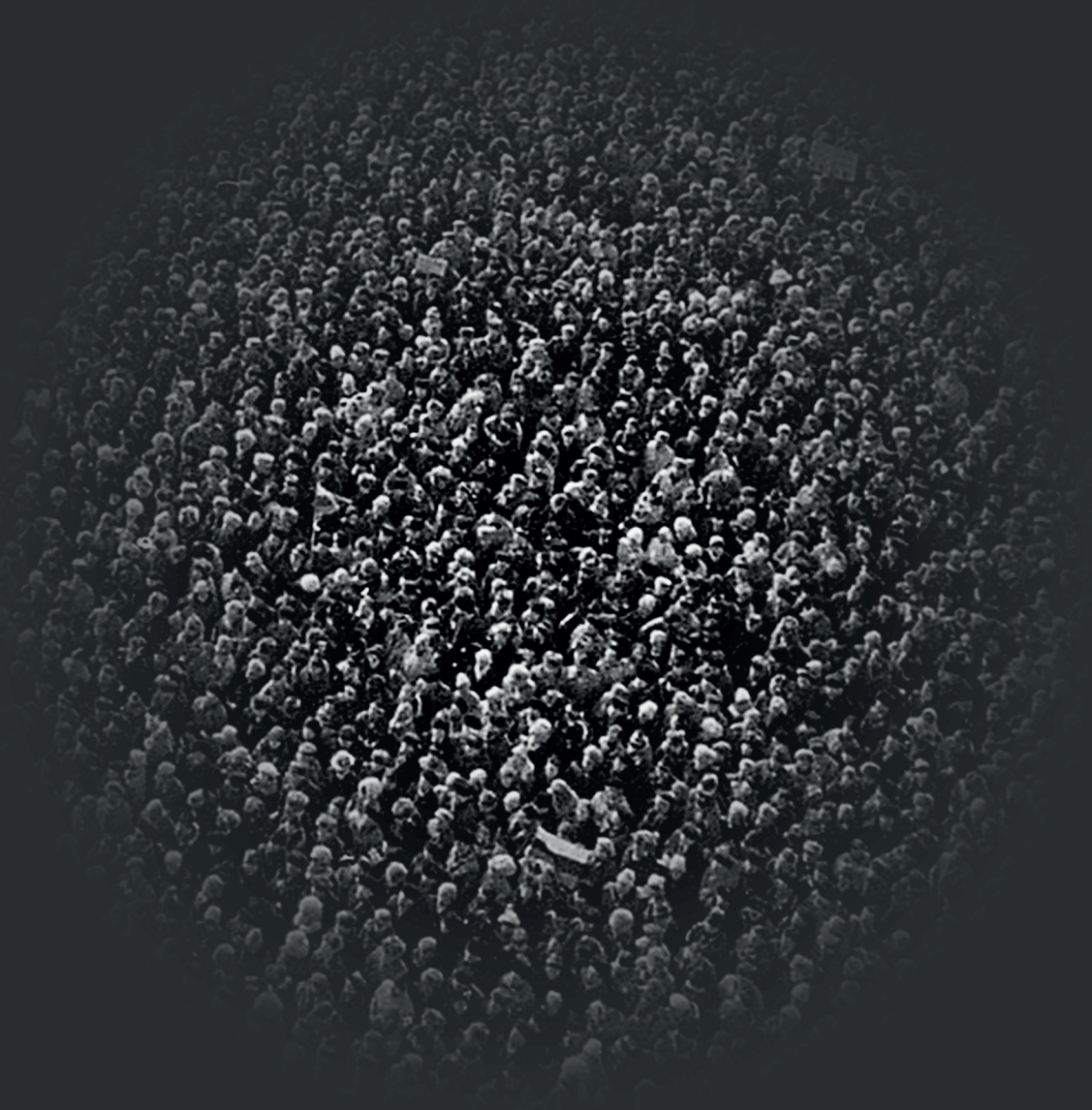
## Fußnoten

### Geschichte

1. Wieland 2000, 160
2. Malcolm 1996, 13.
3. Vgl. Džihic 2009, 3.
4. Malcolm 1996, 232-233.
5. Vgl. Wieland 200, 162.
6. Vgl. Malcolm 1996, 17.
7. Malcolm 1996, 17
8. Vgl. Wieland 2000, 161.
9. Vgl. Malcolm 1996, 19-20.
10. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte\\_von\\_Bosnien\\_und\\_Herzegowina](http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_von_Bosnien_und_Herzegowina)
11. Vgl. Ebda. und Malcolm 1996, 24.
12. Vgl. Malcolm 1996, 19-20.
13. Ebda., 25-26.
14. Malcolm 1996, 26.
15. Vgl. Malcolm 1996, 22-23.
16. Ebda., 26.
17. Vgl. Malcolm 1996, 28-29.
18. Ebda., 28.
19. Ebda., 31.
20. Malcolm 1996, 183.
21. Ebda., 38.
22. Ebda., 38-42.
23. Ebda., 27.
24. Vgl. [http://de.wikipedia.org/wiki/Morgenländisches\\_Schisma](http://de.wikipedia.org/wiki/Morgenländisches_Schisma)
25. Vgl. Malcolm 1996, 33.
26. Ebda., 32.
27. Malcolm 1996, 45.
28. Ebda., 45.
29. Ebda., 47.
30. Ebda., 30-48.
31. Vgl. Wieland 2000, 161.
32. Ebda., 160.

33. Vgl. Malcolm 1996, 74-83.  
34. Ebda., 48 und 81.  
35. Ebda., 55 und 75.  
36. Ebda., 78 und 79.  
37. Ebda., 85-88.  
38. Ebda., 75.  
39. Vgl. Wieland 2000, 59.  
40. Ebda., 121-122.  
41. Vgl. Džihic 2009, 2.  
42. Ebda., 2.  
43. Vgl. Wieland 2000, 161.  
44. Vgl. Džihic 2009, 3.  
45. Ebda., 3.  
46. Vgl. Malcolm 1996, 161.  
47. Vgl. Džihic 2009, 3.  
48. Vgl. Malcolm 1996, 167.  
49. Ebda., 168.  
50. Ebda., 171.  
51. Malcolm 1996, 172.  
52. Ebda., 175.  
53. Malcolm 1996, 176.  
54. Ebda., 177-178.  
55. Ebda., 179.  
56. Ebda., 181.  
57. Malcolm 1996, 181.  
58. Ebda., 182.  
59. Malcolm 1996, 183.  
60. Ebda., 183.  
61. Ebda., 185-187.  
62. Ebda., 188.  
63. Ebda., 189.  
64. Ebda., 190-191.  
65. Ebda., 192-193.  
66. Vgl. Džihic 2009, 5.  
67. Vgl. Malcolm 1996, 198-199.  
68. Ebda., 200.  
69. Ebda., 205.  
70. Ebda., 206-207.  
71. Ebda., 208-211.  
72. Vgl. Džihic 2009, 6.  
73. Džihic 2009, 6.  
74. Ebda., 7.  
75. Calic 2010, 330.  
76. Vgl. Džihic 2009, 6.  
77. Vgl. Malcolm 1996, 225-227.  
78. Ebda., 228.  
79. Vgl. Džihic 2009, 8.  
80. Vgl. Malcolm 1996, 231.  
81. Malcolm 1996, 223.  
82. Ebda., 223.  
83. Ebda., 224-235.  
84. Stanišić 2008, 53  
85. Džihic 2009, 11.  
86. Vgl. Malcolm 1996, 236.  
87. Malcolm 1996, 237.  
88. Ebda., 239.  
89. Ebda., 235.  
90. Vgl. Malcolm 1996, 237-38.  
91. Vgl. Džihic 2009, 9.  
92. Vgl. Malcolm 1996, 238.  
93. Ebda., 239.  
94. Malcolm 1996, 239.  
95. Malcolm 1996, 238.  
96. Ebda., 240.  
97. Ebda., 241.  
98. Ebda., 241-242.  
99. Ebda., 243.  
100. Malcolm 1996, 243.

- |      |                             |      |                             |
|------|-----------------------------|------|-----------------------------|
| 101. | Vgl. Malcolm 1996, 245.     | 135. | Ebda., 282.                 |
| 102. | Ebda., 244-245.             | 136. | Ebda., 283-285.             |
| 103. | Ebda., 247.                 | 137. | Ebda., 286.                 |
| 104. | Ebda., 248.                 | 138. | Calic 2010, 321.            |
| 105. | Ebda., 250-251.             | 139. | Vgl. Malcolm 1996, 287.     |
| 106. | Malcolm 1996, 196.          | 140. | Ebda., 289-290.             |
| 107. | Vgl. Malcolm 1996, 256.     | 141. | Ebda., 291-295.             |
| 108. | Ebda., 252-256.             | 142. | Vgl. Calic 2010, 322.       |
| 109. | Malcom 1996, 252.           | 143. | Vgl. Malcolm 1996, 299-301. |
| 110. | Wieland 2000, 40.           | 144. | Calic 2010, 323.            |
| 111. | Malcolm 1996, 253.          | 145. | Ebda., 301.                 |
| 112. | Ebda., 257.                 | 146. | Wikiquote 2014              |
| 113. | Ebda., 258.                 | 147. | Vgl. Malcolm 1996, 302-305. |
| 114. | Ebda., 258-259.             | 148. | Ebda., 306.                 |
| 115. | Ebda., 260.                 | 149. | Calic 2010, 318.            |
| 116. | Ebda., 261.                 | 150. | Ebda., 325.                 |
| 117. | Vgl. Calic 2010, 308.       | 151. | Calic 2010, 307.            |
| 118. | Vgl. Malcolm 1996, 260.     |      |                             |
| 119. | Ebda., 264.                 |      |                             |
| 120. | Vgl. Calic 2010, 309.       |      |                             |
| 121. | Vgl. Malcolm 1996, 264-265. |      |                             |
| 122. | Vgl. Calic 2010, 311.       |      |                             |
| 123. | Vgl. Malcolm 1996, 265.     |      |                             |
| 124. | Ebda., 265.                 |      |                             |
| 125. | Ebda., 266.                 |      |                             |
| 126. | Calic 2010, 313.            |      |                             |
| 127. | Vgl. Malcolm 1996, 267.     |      |                             |
| 128. | Wieland 2000, 103.          |      |                             |
| 129. | Vgl. Calic 2010, 312.       |      |                             |
| 130. | Vgl. Malcolm 1996, 272.     |      |                             |
| 131. | Ebda., 271-272.             |      |                             |
| 132. | Ebda., 274.                 |      |                             |
| 133. | Malcolm 1996, 277.          |      |                             |
| 134. | Ebda., 277-280.             |      |                             |





### 3. Soziologie | Politik | Philosophie

„[A]llen Menschen [steht zu], sich zur Gesellschaft anzubieten vermöge des Rechts des gemeinschaftlichen Besitzes der Oberfläche der Erde, auf der als Kugelfläche sie sich nicht ins Unendliche zerstreuen können, sondern endlich sich doch nebeneinander dulden müssen, *ursprünglich aber niemand an einem Orte der Erde zu sein mehr Recht hat, als der andere.*“

Immanuel Kant  
aus „Zum ewigen Frieden“



### 3.1 Komšilik, Građanstvo und der Traum vom friedlichen Staat

Die blutigen Konflikte am Balkan brachten mit ihrer brutalen Vehemenz eine seit den Auswüchsen des zweiten Weltkrieges überwunden geglaubte Grausamkeit zu Tage, die jegliches Moralverständnis auf den Boden einer menschlichen Realität zurückwirft.

Entsetzen und Unverständnis über das Vorgefallene steigen unter der vorgeschobenen Mittellosigkeit und Mitschuld westlicher Akteure und entufern durch das Wissen um die Vermeidbarkeit von Gewaltakten, deren ethno-nationalistische Verfasser einer Bevölkerung gegenüberstanden, die sich ihre Multiethnizität zwar bewusst gewesen war, ihr jedoch vor allem in Bosnien und Herzegowina oftmals wenig Beachtung geschenkt hatte:

*„Viele Leute erzählten mir [...] sie hätten bis zum Zusammenbruch ihres Landes gar nicht gewusst, wer von ihren Freunden Serbe oder Muslim war.“<sup>1</sup>*

schilderte US-Sondergesandter Richard Holbrooke, der zu Ende der Verhandlungen als Vermittler zwischen den Kriegsparteien dennoch für einen „ethnisch“-getrennten Staat eintreten sollte.

Bereits lange vor Kriegsbeginn hatten die Vereinten Nationen die internationale Sonderstellung Sarajevos in Bezug auf den interkonfessionellen Dialog erkannt und die Stadt in einer Resolution als einzigartiges „Zentrum mehrerer Kulturen, Volksgruppen und Religionen“<sup>2</sup> beschrieben. Vielmehr als „ethnischer“ Hass manifestierte sich vor allem in den Städten ein Bewusstsein des Stolzes über die eigene Toleranz und das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Nationen<sup>3</sup>

*“We are firmly convinced that our life of diversity and tolerance is a priceless inheritance from our past, and the only secure foundation, for a peaceful and happy future of all citizens of Sarajevo and Bosnia-Herzegovina.....We will permit no-one to partition our city for any reason, especially at a time when the entire world is tending toward(s)*

Unter diesem Aufruf appellierte der Intellektuellenkreis „Krug 99“, dem Mitglieder diverser Nationen angehörten, gegen eine Teilung der Stadt Sarajevo in ethnische Sektoren nach Plänen Radovan Karadžićs. Das Pamphlet bestätigte mit 150 000 Unterschriften die unvoreingenommene Haltung großer Bevölkerungsteile zueinander noch während der Belagerung der Stadt.

Dieses Bewusstsein hatte bereits im April 1992 hunderttausend Menschen auf die Straßen Sarajevos getrieben, die bewaffnet mit Tito-Bildern, als symbolische Relikte einer Einigkeit der südslawischen Völker dem drohenden Unheil entgegentraten. Doch ihre Bemühung um „einen Staat von gleichberechtigten Bürgern“<sup>5</sup> wurde niedergeschlagen und hinterließ mit Suada Dilberović und Olga Sučić die ersten zwei offiziellen Todesopfer des Bosnienkrieges.<sup>6</sup>

Die inter-„ethnische“ Solidarität blieb auch während des Krieges trotz aller Widrigkeiten unter einigen bestehen, hatte jedoch schon Jahre vor Beginn der gewaltsamen Konflikte für viele an Überzeugungskraft verloren. Sukzessive war die Bevölkerung auf den nationalistischen Zug aufgesprungen, der mit steigender Geschwindigkeit multikulturelle Ideale der bosnischen Gesellschaft überrollte. Die Frage nach dem „Warum“ und die Suche nach einer Erklärung für den radikalen Gesinnungswandel plagt den fassungslosen Betrachter dabei bis heute. Der Politikwissenschaftler Vedran Džihic erwähnt in diesem Zusammenhang die wiederkehrende Diskrepanz bosnischer Geschichte und erklärt sie anhand des Gesellschaftsphänomens „Komšilik“. Der Begriff, der aus dem Türkischen stammend in den bosnischen Sprachgebrauch eingegliedert wurde, übersetzt sich wörtlich als „Nachbarschaft“, steht bezeichnend aber vielmehr für die alltägliche Beziehung, die Mitglieder ethnischer Gruppen in Bosnien miteinander unterhielten. Das „Komšilik“ hatte ein seit den Osmanen geteiltes Gesellschaftsbild geprägt und unterlag „strengen Regeln der Achtung und Reziprozität“. Diese Form des toleranten Umgangs äußerte sich angefangen von gegenseitiger Hilfe in Alltag und Arbeit, über Einladungen zu religiösen Feiern, bis hin zu interkonfessionellen Anteilnahme an Familienfesten.<sup>7</sup> Das „respektvoll ergänzende“ Nebeneinander sorgte bei außenstehenden Beobachtern oftmals für Verwunderung:

*„Da sich jetzt die Katholiken und Orthodoxen als Kroaten und Serben identifizierten, legten sie – jedenfalls in den Städten – ihre alte bosnische Tracht ab. Der Journalist John Gibbons schrieb 1930, die Muslime fielen auf den Straßen von Sarajevo wegen ihrer traditionellen Kleidung auf: ‚Das Merkwürdigste aber schien mir‘, setzte er hinzu, ‚wie sie alle sich so schön zusammenfügten.‘ Drei Jahre zuvor hatte ein amerikanischer Autor ähnlichen Eindruck bekommen: ‚Hier sieht man den bosnischen Bauern orthodoxen Glaubens seinen Obulus in die Schale eines blinden Muselmanns werfen, der seine Goussle spielend vor dem Eingang zur Moschee hockt. Ich schaute auf die friedlichen kleinen Marktstände, an denen Christen, Muselmanen und Juden ihre Geschäfte treiben, und als jeder seines Weges zur Kathedrale, Moschee oder Synagoge ging, fragte ich mich, ob nicht Toleranz eine der größten Tugenden ist.“<sup>8</sup>*

So tolerant sich das Prinzip des „Komšilik“ im Umgang alltäglicher Gegebenheiten über lange zeitliche Perioden bewähren konnte, umso zerbrechlicher zeigte es sich in Zeiten politischen und ökonomischen Wandels. Bereits in Perioden gesellschaftlichen Einklangs hatte sich die Politik Bosniens durch ihre stetig ausgleichende multi-nationale Beschaffenheit, dem vielzitierten „nationalen Schlüssel“, konfliktär gestaltet. Norbert Mappes-Niediek sieht in dieser Gegebenheit

auch die eigentliche Problematik jugoslawischer Einigungspolitik verhaftet. Das Dogma der ständigen Austarierung ethno-nationaler Wünsche, das er als „Ethnofalle“ postulierte, wäre der Nährboden fortlaufender Konflikte gewesen.<sup>9</sup>

Derartige politische Animositäten waren, solange der Staat als unerschütterliches Fundament fungiert hatte, vorerst jedoch nur selten in die Alltagsebene übergesprungen. Begann das Staatsgerüst aber zu kippen, verlor auch das „subtil austarierte Modell“ des „Komšiluk“ zusehends an Balance. In solchen Zeiten wich das Verständnis eines friedlichen Miteinanders dem Konzept der ethnischen Exklusivität als Basis von Stabilität und Sicherheit. Diese Werte begann man, geleitet von wachsender politischer Agitation, einzig im Konstrukt der „eigenen“ Nation zu vermuten und von Seiten der übrigen ethnischen Gemeinschaften als bedroht anzusehen. In wiederkehrender Analogie sollte diese Gegebenheit Bosnien heimsuchen und in den meisten Fällen eine Eskalation der friedlichen Lage zur Folge haben.<sup>10</sup>

Ein anderes gesellschaftliches Prinzip gesellte sich im Laufe einer stetigen Säkularisierung der bosnischen Bevölkerung in Zeiten des Sozialismus zu jenem des „Komšiluk“ hinzu: „Građanstvo“, die Bürgerlichkeit, ertastete neue Sphären im kollektiven Bewusstsein der Balkannationen durch das Aufheben ethnischer Grenzen. Dabei widersprach es aber auch dem toleranten, jedoch konfessionell streng getrennten Nebeneinander des „Komšiluks“. <sup>11</sup>

Das trans-ethnische und überkonfessionelle Verständnis bezog seine Legitimation aus der Identifikation als Jugoslawe und fand seinen stärksten Ausdruck in sogenannten „Mischehen“. Der prozentuelle Anteil all jener, die sich mit einem Partner anderer Nationszugehörigkeit vermählt hatten, war in Bosnien und Herzegowina bis in die Achtziger auf 12 Prozent angestiegen und bestand in urbanen Zentren wie Sarajevo aus 28 Prozent der Bevölkerung. Diejenigen, die sich offiziell und exklusiv begannen als „Jugoslawen“ zu bezeichnen, vermehrten sich noch stärker, als jene, die in „Mischehen“ lebten, was auf einen „allmählichen Bewusstseinswandel in der mobileren, höher gebildeten und beruflich qualifizierten jüngeren Gesellschaft schließen“ ließ.<sup>12</sup>

*„Da der Staat weder die Repräsentanz von „Jugoslawen“ im politischen System vorsah noch aktives nation building in diese Richtung betrieb, begann eine intensive Diskussion. Hatte man es mit einem gestärkten politisch-staatsbürgerlichen Gemeinschaftsbewusstsein oder mit einem neuartigen Ethnos zu tun?“<sup>13</sup>*

Die Frage lässt sich angesichts der unterschiedlichen Lebens- und Bildungsumstände bosnischer Bevölkerungsteile weniger mit einem „entweder oder“ ,als vielmehr mit einem „sowohl als auch“ beantworten.<sup>14</sup> Die Form interethnischen Verbindung des „Građanstvo“ durchzog im

Wesentlichen die sozialistische Arbeiterklasse und urbane höher gebildete Schichten. Während man die Identifikation als Jugoslawe bei den Einen, verstärkt durch die Untermauerung kommunistischer Ideologie und Mythenbildung durchaus mit Merkmalen „ethnischer“ Gruppenbildung in Verbindung bringen konnte, war es bei anderen vorwiegend das „Prinzip der individuellen Entscheidungsfreiheit“ der Bürgerlichkeit, das sie unter den kollektiven Schutzmantel Jugoslawiens zog. Bei den Ersten verlor durch den Zusammenbruch des Kommunismus auch das ideologische Konstrukt Jugoslawiens an Legitimation, nicht aber das Bedürfnis nach ethnischer Zugehörigkeit, das der Nationalismus gekonnt zu füllen wusste. Die Funktion der Vergemeinschaftung wurde erhalten. Der Inhalt sollte sich als austauschbar herausstellen. Dies erklärte unter anderem den reibungslosen Übertritt zahlreicher Protagonisten in das ideologisch völlig entgegengesetzte Lager.<sup>15</sup> Ergänzt wurden sie durch all jene die den Titel des Jugoslawen ohnehin nur als Zusatz begriffen und ihrer konfessionellen Nationalität nie abgeschworen hatten. Besonders in ländlichen Bereichen waren die Bewohner dem religiös-nationalen Paradigma und damit auch dem Konstrukt des „Komšilik“ in überwiegendem Maße verhaftet geblieben, das nun zum wiederholten Male einzustürzen drohte.<sup>16</sup>

*„Orientierungslosigkeit, die Kapitulation des Intellektes gegenüber diffusen Gefühlen und Phantasien, lag im Zeitgeist einer ganzen Epoche - Ein idealer Gestaltungsraum für die neue Identitätspolitik.“<sup>C.295</sup> „Die nationalistische Propaganda verdeckte [bald] die weniger spektakulären Aspekte der jugoslawischen Lebensrealität.“<sup>17</sup> „[Das] moderne[n] Prinzip der Verstaatlichung mit dem Bürger im Mittelpunkt [wich der] Vergemeinschaftung [...], bei der das ethnonationale Kollektiv als Staatlichkeitssubjekt figuriert.“<sup>18</sup>*

Diesem Paradigmenwechsel von interessenbedingter Logik zu mythischer Emotion begegnen wir nicht durch Zufall in den Analen des Balkans. Als die zwei wesentlichen Stränge bestimmen Rationalismus und Empirismus auch einen Grundsatzdiskurs der Begriffe „Ethnie“, „Nation“ und „Staat“ in Wissenschaft und Öffentlichkeit.

Aus diesem Grund erörtert ein elementares Verständnis um die distinktive Wahrnehmung der oben genannten Kategorien, die Ambivalenz, die das soziale Leben Bosnien und Herzegowinas geschichtlich prägte, den schlagartigen Bewusstseinswandel, den große Teile der Bevölkerung immer wieder durchliefen und den Wunsch nach Ethnizität, der den Balkan in seiner absolutistischen Manier heute stärker denn je vereinnahmt. Die Analyse soll dabei helfen die Prozessualität historischen Entwicklungen stückweise nachvollziehen zu können und damit verhindern dem Irrglauben des absoluten Hasses und des unerklärlichen Wahnsinns zu verfallen.

### 3.2 Was ist eine Ethnie?

Der Begriff der Ethnie weist im Gegensatz zur anderen Kategorien, wie der „Nation“ oder dem „Staat“, ein relativ junges Dasein in seiner sprach- und politikwissenschaftlichen Gebräuchlichkeit auf. Er verankert sich in der deutschen Literatur erst 1989<sup>19</sup>, in einer Zeit die geprägt durch starken sozialen Wandel im osteuropäischen Raum, auch zur Neugründung oder Neudeklaration sogenannter „ethnischer“ Gruppen führen sollte.<sup>20</sup>

Abgeleitet vom altgriechischen Wort „éthnos“, wörtlich als „Volk“ oder „Volksstamm“ übersetzt<sup>21</sup>, trat die Ethnie ihre sprachhistorische Nachfolge dieser beiden regressiven Begriffe an.<sup>22</sup> Der Umstand verlieh dem Phänomen zwar mehr Seriosität, bedingte jedoch nicht, die Ethnie heute wissenschaftlich klarer definieren zu können als ihre Vorgänger. Dennoch oder gerade deswegen ist sie als Begriff zum „zentralen Bestandteil politischer Auseinandersetzungen“<sup>23</sup> geworden. Ihr kann somit ein gewisser Nutzen zugesprochen werden, der den, sozialer Klassen, reiner Sprach- oder Religionsgemeinschaften bei weitem übertrifft.<sup>24</sup>

Eine allgemeine Definition des Begriffes weist darauf hin, „Ethnie“ als eine „Gruppe von Menschen mit einheitlicher Kultur, Sprache, Religion, Tradition und Geschichte“ zu verstehen.<sup>25</sup> Derartiger Konsens muss unter dem Gesichtspunkt der besonderen Gewichtung einzelner Kategorien und der Nichtbeachtung oder undefinierbarkeit anderer Punkte relativiert werden. Dementsprechend komplex stellt sich die Situation am Balkan dar:

*„Slowenen und Kroaten gehören derselben (römisch-katholischen) Konfession an, unterscheiden sich jedoch durch ihre Schriftsprachen. Kroaten und Serben bedienen sich derselben (kroatoserbischen oder serbokroatischen) Schriftsprache, gehören jedoch unterschiedlichen Konfessionen an. Die bosnischen Muslime unterscheiden sich von ihren Mitbewohnern (Serben und Kroaten) allein durch die Konfession, während sie sich von anderen Muslimen in Jugoslawien (z.B. von den Albanern) durch Sprache und Herkunft unterscheiden. Die Mazedonier teilen mit den Serben dieselbe ostkirchliche Konfession, besitzen jedoch seit Ende des 2. Weltkriegs eine eigene Schriftsprache.“<sup>26</sup>*

Essentieller Bestandteil der Definition einer Ethnie ist somit nicht nur ihre innere Kohärenz sondern auch ihre Abgrenzung nach Außen<sup>27</sup>. Am Beispiel Bosniens wird deutlich, dass vor allem die „diskursive Konstruktion des Anderen“ in Form der Osmanen dazu diente ein ethnisches Nationsgefüge für Orthodoxe und Katholiken auszubilden und zu stärken.<sup>28</sup>

Im Allgemeinen können ethnische Gruppen durch ihre häufigen Bestrebungen sich in autonome und souveräne Gebilde in Form von Nationen und Nationalstaaten zu verwandeln, in ihrer kulturellen Praxis außerdem als etwas „Vorpolitisches“ gesehen werden.

### 3.2.1 Primordiales versus Situatives Konzept

Um den Ursachen ethnischer Auseinandersetzungen auf den Grund zu gehen, bedient sich die Wissenschaft distinktiver Ansätze zur Erklärung ethnischer Identitätsbildung. Anhand entgegengesetzter Positionen unterscheidet man zwischen primordiales und situatives Konzept. Das primordiales Konzept bietet einen evolutionstechnischen Erklärungsansatz von Ethnizität. Dabei wird das Zugehörigkeitsgefühl eines Individuums zu seiner Ethnie als genetische Prämisse vorausgesetzt und somit als dem Menschen immanent verstanden.

Primordiale Faktoren reichen von Abstammung und Hautfarbe über Sprache und Religion hin zu Tradition und Zugehörigkeit zu einem Landstrich. Mitglieder einer Ethnie seien durch derartige Merkmale durch und seit der Geburt „affektiv verbunden“, was zu einem „Gruppenverständnis“ und zur Identitätsbildung führe. Somit verstehen die „Primordialisten“ ihr Konzept als etwas „Objektives“, „von oben bestimmtes“ und bezeichnen einen Austritt aus der ethnischen Bestimmung dementsprechend als unmöglich oder degradieren ihn als „bloße Spielerei“.

Ethnische Konflikte werden als unumgänglich angesehen, da sie als Folge „historisch gewachsener Spannungen und Differenzen (...) von Generation zu Generation weitergegeben werden“.

Als Kritik am Primordialismus muss, neben der Tatsache, dass er „gegen die Aufklärung gerichtet, anti-modern und regressiv“ ist, festgestellt werden, dass er weder plötzliches Entstehen und Auseinanderfallen, noch die Durchschlagskraft bestimmter ethnischer Gruppen gegenüber anderen erklärt. Nicht zuletzt schließt das primordiales Konzept ein friedliches multi-ethnisches Miteinander vollkommen aus, was durch die geschichtliche Beweislage Bosniens entkräftet wird.

*„People can think themselves into difference.“*

Mit diesem Satz trifft A.Cohen die Hauptaussage des situativen Konzepts, welches „ethnische Identität“ als eine „sozial-konstruierte Kategorie“ und damit als einen „Akt der Entscheidung“ versteht. Demnach handle es sich bei ethnischen Gebilden um „Interessengruppen“, die sich vor allem in Zeiten sozialen Wandels herausbilden oder wie im Falle der späten Achtziger und frühen Neunziger in Jugoslawien zu einer besonderer Kraft avancieren. Dies impliziert aber auch, dass sie durch ihre sozialen, ökonomischen, historischen und politischen Abhängigkeiten wandelbar sind. Konstruktivisten bezeichnen vor allem den „Glauben an eine Gemeinsamkeit“ als Bindungsglied der „fiktiven Realität“ einer Ethnie.

Kritik am rein situativen Konzept äußert sich vor allem durch das systematische Leugnen primordialer Faktoren und Abstammungstheorien, das eine Unterscheidung zu weiteren gesellschaftlichen Vergemeinschaftungen, wie der sozialen Klasse, schwierig gestaltet.



### 3.2.2 Wie baut man eine Nation? <sup>29</sup>

Heute hat sich mit dem „situativ-primordialen Ansatz“ großteils eine Mischform beider Konzepte im wissenschaftlichen Diskurs durchgesetzt. Der Politikwissenschaftler Carsten Wieland distanziert sich in seiner Bosnien-Analyse „Nationalstaat wider Willen“ dennoch von der Annahme, man könne das Phänomen weitläufiger „ethnischer“ Konflikte durch oben genannte wissenschaftliche Begriffsbestimmungen erklären. Im Gegenteil deklariert er die Erläuterungen in diesem Kontext als völlig unbrauchbar und trennt sie somit von Inhalt und Funktion der politisch-motivierten „Ethnie“ (unter Anführungszeichen), die er angesichts ihrer vorgegaukelten Natürlichkeit als konstruierten Schwindel entlarvt.

Das Konzept der „Ethnie“ setzt seine Bausteine in konzentrischer Weise aneinander. Dabei fungiert ein primäres primordiales Element als Hauptmerkmal und bildet das sogenannte „Ethnizentrum“ des Konstrukts. Im Falle der „Ethnien“- und Nationsbildung in Bosnien und Herzegowina ist es die Religion, der diese Funktion aufoktroiert wird.

Da sie als alleiniger Differenzierer für eine gruppenspezifische politische Mobilisierung nicht ausreicht, mischt man dem „Ethnizentrum“ sekundäre primordiale Zutaten bei, die je nach Bezugsrahmen „überbetont, zurechtgebogen oder ex post konstruiert“ werden.

Derartige „Deformierungen“ und „Homogenisierungen“, die das Prinzip festigen, bewegen sich von der Standardisierung der Muttersprache, über die „Neuinterpretation“ von Bräuchen und Kleidung, (die Hobsbawm und Ranger als die „Erfindung der Tradition“ betitelten,) hin zum essentiellsten Bestandteil: der „selektiven Rekonstruktion“ der gemeinsamen Historie.

Diese definiert die Gruppe als „Schicksalsgemeinschaft“, besiegelt durch die gemeinsame Vergangenheit die „Blutbande“ und sichert dem Prinzip der „Ethnie“ wie am Balkan die Loyalität ihrer Mitglieder. Der Vorteil, den das „ethnische“ Prinzip dabei gegenüber anderen sozialen Kategorien besitzt, ist, dass sie bei der ideologischen Gruppenbildung durch ihre scheinbare Immanenz in Form von Religion verknüpft mit Abstammung und Territorium keine intellektuellen Vorbedingungen an ihre Teilnehmer stellt und daher auch keinen „politischen Diskurs oder Konsensbildung“ fordert. Ihre unreflektierte Selbstverständlichkeit mobilisiert die Massen wie selten ein anderes kollektivistisches Prinzip.

Diese Überlegenheit zeigte sich auch in Jugoslawien, wo nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Politsystems das ethnonationale Parteienprinzip die widerstandslose Nachfolge antreten konnte.

Zusammenfassend handelt es sich im Falle der „Ethnie“ also nicht um eine wahrheitsgetreue Darstellung natürlicher Gegebenheiten, sondern um ein modifiziertes Gebilde primordialer Faktoren, das, ausgestattet mit reichlich Homogenität, seinen Weg Richtung „Ethnonation“ ohne größere Hindernisse fortsetzen kann.

### 3.3 Was ist eine Nation?

Der Ausdruck „Nation“ wurde in der Entwicklung seiner Konnotation einem starken Wandlungsprozess unterzogen. Aus dem Lateinischen vom Wort „nasci“ (geboren werden) abgeleitet, bezeichnete „natio“ ähnlich wie „ethnos“ im Griechischen das „Volk“ oder den „Stamm“. In der Antike galt die „Nation“ als „Abstammungsverhältnis“, zur Zeit der Völkerwanderung trat sie für „Stämme“ und heterogene „Zweckgemeinschaften“ in Verwendung, im Mittelalter bezog sie sich auf eine „grobe Herkunftsbeschreibung“ bis die „Nation“ im 18. Jahrhundert durch Sieyès zu ihrer modernen Bedeutung fand.<sup>30</sup>

Mit der Französischen Revolution und dem Mitbestimmungsrecht des Bürgers im Kollektiv der Nation wurde, nach Meinung B. Andersons, auch der gesellschaftliche Aufbau von Gruppen einem enormen Wandel unterzogen. Die soziale Erneuerung transformierte ein dynastisches Denkprinzip in ein Nationales und führte mit Hilfe von Kapitalismus und Printwesen zu Reformation, Aufklärung und gesellschaftlichem Bewusstseinswandel. Trotz dieser konstruktivistischen Ansichten widerspricht Anderson weiters der These, die Erneuerung gesellschaftlicher Beziehungen wäre eine „Erfindung von Eliten“ gewesen (, die beispielsweise Gellner vertritt) und sieht stattdessen die „Nation“ an historische, sprachliche, religiöse und politische Traditionen anknüpfend.<sup>31 + 32</sup> Anhand dieser beiden Interpretationsansätze wird bereits spürbar, dass der „Nation“, ähnlich wie der Ethnie, keine unanfechtbare Definition zu entlocken ist. Die Gradwanderung zwischen den inhaltlichen Gemeinsamkeiten beider Phänomene sorgt für Zündstoff und Missverständnis in- und außerhalb des wissenschaftlichen Diskurses. Einig ist man sich dennoch, dass Unterschiede bestehen, die anhand minimaler Eigenschaften ausgelotet werden können.

Einige dieser Eigenschaften differenzieren die Nation von der Ethnie durch ihren Usus als „politischen“ Begriff. Es wird ihr damit die Notwendigkeit von „kollektiver Handlungsfähigkeit, Interessensartikulation, Institutionalisierung und eine Vorstellung von Territorium“ unterstellt. Letzteres bezeichnen viele als zentrales Element der „Nation“. Zwar teilt bereits das Prinzip der Ethnie dem „Territorium“ eine nicht unwesentliche Rolle zu, tut dies jedoch unter anderen Vorzeichen als die Nation. Die Ethnie benötigt den Menschen als Träger verbindender Merkmale. Diese Merkmale, wie Brauchtum und Kleidung, werden nicht nur durch das Territorium und dessen Beschaffenheit geprägt, sondern können durch den gemeinsamen Boden überhaupt erst zur Ausübung gelangen. Der Aktions- und Gebrauchsradius ist dabei jedoch erst vage abgesteckt. Die Nation hingegen besitzt eine viel konkretere Vorstellung von „Territorium“, dennoch steckt sie ihre Grenzen nicht auf exakt geographische Weise ab, wie es beispielsweise der Staat tut, sondern baut sich durch und um „ihr Land“ ein ideologisches Gerüst auf. Dabei erhebt sie es zum Politikum schlechthin. Besonders im Ethnonationalismus bekommt der Boden eine spezielle Gewichtung zugesprochen, wenn von „kulturellem Erbe“ oder „heiligem Land“ die Rede ist.

### 3.3.1 Kulturnation versus Staatsnation

Mit dem Aufstieg der modernen „Nation“ in Renaissance und Aufklärung bilden sich zwei Hauptströme aus, die uns heute unter anderem als deutsches oder französisches, objektives oder subjektives, kulturell-nationales oder demokratisch-bürgerliches Nationskonzept geläufig sind. Friedrich Meinecke schuf in Anlehnung an die Inhalte der beiden gegensätzlichen Konzepte die Begriffe „Kultur-“ und „Staatsnation“.<sup>33</sup>

Das objektive Konzept, das mit Vorliebe dem deutschen Sprachraum zugeschrieben wird, entnimmt seine Daseinsberechtigung aus der Annahme eines „gemeinsam erlebten Kulturbesitzes“, während die subjektive Position Frankreichs, Englands oder Amerikas (als deren wichtigste Vertreter), die „Vereinende Kraft in der politischen Geschichte und Verfassung“ sucht. Eine Trennung in Kultur- und Staatsnation muss nichts desto trotz als ideal-theoretischer Ansatz relativiert werden, da in Praxis Kulturelles und Politisches unmöglich voneinander zu lösen sind. Obwohl also weder das eine noch das andere Ideal in Reinform existiert, sind beide bis in die Gegenwart als Grundsätze politikwissenschaftlicher Diskurse erhalten geblieben.

Das objektive Konzept, das sich als absolut und unveränderlich darstellt, entspringt inhaltlich (neben anderen deutschen Philosophen des 18. und 19. Jahrhunderts) vor allem den Schriften Johann Gottfried Herders und seiner Theorie der „organischen Nation“.<sup>34</sup> Darin schildert er den Staat als eine „seelenlose Maschine“ und attestiert ihm lediglich einen natürlichen Charakter, wenn er einer Nation entwächst. Dementsprechend bildet das objektive Konzept seinen Staat aus der Nation (nation into state). Auch die Verfassung wird durch die Nation oder Nationalitäten bestimmt. Der Staatsbürger formt sich nach dem „ius sanguinis“, damit bleibt der Ort seiner Geburt obsolet. Es zählt nur die „Blutsverwandtschaft“. Die Gesellschaft erschließt sich als Gemeinschaft, das Volk hat keine Wahl. Es kann sich seiner Bestimmung nicht entziehen, politische Willensbildung und Veränderung stellt sich durch die Absolutheit der Nation als sinnlos heraus (nicht wandelbar).

Der Opponent des objektiven Konzeptes, das subjektive Prinzip wurde durch die Ideologieträger der Französischen Revolution Sieyès u. Renan, sowie durch das republikanische Prinzip Kants ins Leben gerufen. Es ist dem Subjekt des Individuums in Form des Bürgers verschrieben. Zuerst bildet sich der Staat (state into nation). In ihm formen die Bürger, denen unabhängig ihrer Abstammung, Religion oder anderen primordialen Merkmalen, die gleichen Rechte obliegen, die Nation und Verfassung des Staates. Das Staatsbürgerrecht basiert auf dem „ius soli“ und wird daher jedem zu Teil, der am Boden der Nation geboren wurde, gleich seiner familiären Abstammung. Das Volk, das dabei als Wahlvolk beschrieben wird, befindet sich in einer offenen Gesellschaft, keiner absoluten Gemeinschaft. Es ist vergänglich und wandelbar und muss sich täglich neu bewähren.

### 3.4 Was ist „Nationalismus“?

Abgesehen von seiner ethnonationalen Färbung und „rechtslastigen“ Gebräuchlichkeit, die dem Begriff schon alleine durch Herder als seinem Urvater anhaften, kann der Nationalismus als ein politisches Handlungskonzept verstanden werden, dessen höchstes Ziel in der Bildung eines Staates liegt. Er nähert sich dieser Aufgabe als dynamisch-praktisches Prinzip durch wachsende Mobilisierung und steigenden Organisationsgrad. Hroch beschreibt drei Phasen im Prozess der Nationsbildung: In der ersten Phase beschäftigte sich ein akademischer Elitenzirkel mit Faktoren für die Nationsbildung, wie der Standardsprache, den Volkssitten, der Geschichte und der Religion, während im zweiten Schritt eine gezielte Agitation durch Gelehrte stattfände, die zur Schaffung eines „nationalen Bewusstseins“ in der Bevölkerung diene. Dabei betont Hobsbawm, dass sich dieses Schauspiel äußerst ungleichmäßig in sozialen Schichten und verschiedenen Regionen verteile. Die dritte Phase, die Hroch als „Massenphase“ bezeichnet, ermögliche schließlich die Ausdehnung in alle Schichten, was idealerweise zur Staatsbildung führe.

Die soziale Wirkungsweise des Nationalismus beschreibt Emerson (lässt man den jeweiligen Inhalt vorerst beiseite) als demokratisierend, da er breite Bevölkerungsschichten auf die Straße hole.<sup>35</sup> Diese politische Mobilisierung gelingt ihm wesentlich besser als jeglicher sozialen Klasse. Der Nationalismus birgt also ein ungemein hohes Solidaritätspotential in sich. In diesem Umstand liegt neben seiner größten Stärke, auch seine größte Gefahr, denn er kann in eskalierender Weise an Wirkung gewinnen. Für das Anwerben seiner erfolgverheißenden Rekruten verlässt er sich auf primordiale Ankerhaken. Mit der wachsenden Involviertheit seiner Gläubiger steigt auch deren Einsatzbereitschaft exponentiell an. Somit ist er im Zuge seiner Radikalisierung bereit immense Opfer zu bringen, wofür seine Mitglieder meist nur ideelle Entschädigung erfahren. Hechter betitelt diesen Umstand als die „*absence of compensation*“ Anderson sieht die Nation dabei als „*interestless, [...] therefore it can ask for sacrifices.*“ Leute seien bereit für diese „*invention of imagination*“ zu sterben. Dabei stärke gerade die gemeinsame Attacke auf Andere die Identifikation mit der eigenen Sache. Nicht zufällig seien in der „*Hochphase nationalistischer Spannungen*“ im Bosnienkrieg die Anzahl der Morde, Folterakte und Vergewaltigungen ins Unermessliche gestiegen. Karl Deutsch beschreibt den Nationalismus in diesem Kontext als „kognitiven Teufelskreis“, der eine starke Selektion der Informationsaufnahme und eine Unterdrückung der Folgen des eigenen Handelns zur Folge habe. Das Ende in einer epistemologischen Katastrophe. Auszerrung und Lähmung des Erkenntnisvermögens seien die Schlussfolge.<sup>36</sup>

Schödl beschreibt den Nationalismus dabei sowohl als „autonom emanzipative[r] Nationsbildung“ als auch als „manipulative Herrschaftstechnik“. Seine Gestalt, Wirkungsweise und Breitenwirkung hänge weniger von Inhalt und Folgerichtigkeit der sinnstiftenden Symbole ab, sondern mehr von bewusstseinsmäßiger Verfasstheit einer Gesellschaft.

### 3.4.1 Funktion und Inhalt

Der Nationalismus besteht aus einer inhaltlichen und eine funktional-organisatorischen Seite. Innerhalb seiner Funktion unterscheidet man den Emanzipatorischen vom Integralen Nationalismus, seines Inhaltes betreffend trennt man eine bürgerlich-demokratische Variante (politisch) von einer „Ethnischen“, dem Ethnonationalismus (kulturell).

*„Inhaltlich, so sind sich die meisten Forscher einig, hat der Nationalismus wenig zu bieten. Ideologisch bohrt er hauchdünne Bretter. Außerdem ist er ausgesprochen widersprüchlich und unlogisch. Vielleicht ist er nicht mehr als ein ‚kollektives, soziales Vorurteil‘. Doch er funktioniert. Er mobilisiert gesellschaftliche Ressourcen, schafft politische Handlungsfähigkeit und oft, aber nicht immer, auch einen Staat.“<sup>37</sup>*

Der emanzipatorische Nationalismus unterliegt (als Mittel) dem Zweck der politischen Befreiung sozialer Unterdrückung und strebt nach Autonomie und individueller Entfaltung. Hierbei findet das Bedürfnis nach „Freiheit“ in der Unabhängigkeit der Nation seine Umsetzung.

Dieser Umstand führte im Westen Europas zur Emanzipation einer sich neuformierenden Gesellschaft von bestehenden dynastischen Herrschaftsformen, während er im Osten (wesentlich später) den Austrittswillen „homogener“ Nationen aus der Regentschaft fremder Mächte artikulierte. Dabei richtete er sich gegen kulturelle und politische Einflüsse und Bevormundungen.

Inhaltlich trat er Zeit seines Bestehens in den verschiedensten Mischformen in Erscheinung.

Obwohl primordiale und situative Argumente in ihrer Anwendung also oftmals verschmelzen und dabei heute noch zahlreiche Vertreter konstruktivistischer Konzepte mit geschichtlichen Fatalismen kokettieren, fand die emanzipatorische Funktion des Nationalismus in vielen Staaten Westeuropas im bürgerlich-demokratischen Nationsideal ihren inhaltlichen Schwerpunkt. Dieses stellt die Funktion und die Form des Staates an erste Stelle. Dazu Kant:

*„Ein Staat (civitas) ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen.“* und Renan: *„Der Mensch ist weder Slave seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Religion noch des Laufs der Flüsse oder der Richtung der Gebirgsketten.“<sup>38</sup>*

Auch als politischer Nationalismus bezeichnet, wirkte er somit integrierend, da er durch ebendiese plebiszitäre Ideologie geprägt wurde. Hierbei spielte das Aufheben „ethnischer“ Grenzen eine unerlässliche Rolle für die Bildung einer offenen Gesellschaft. Somit kann diese inhaltliche Form des Nationalismus auch als transethnisch, säkular und integrativ (nicht integral) bezeichnet werden.<sup>39</sup> Der Soziologe Benedict Anderson sieht die „Erfindung der Nation“ so fern als problematisch,

### 3.4.2 Integraler Nationalismus (Funktion)

als das sie starken Druck auf Völkergruppen ausgeübt hätte, sich national zu konstituieren.<sup>H.50</sup> Diese Begebenheit führte besonders bei sogenannten „verspäteten Nationen“ zur Entstehung radikaler Strömungen. Carsten Wieland metaphorisiert mit dem „Dornröschen“-Paradigma einen Faktor, der den besonderen Nachdruck und die intensive geschichtliche Suche erklärt, mit dem speziell bei langunterdrückten Volksgruppen wie am Balkan auf „ethnische“ Nationalismen beharrt wurde:

*„Eine ‚Nation‘ schlummert seit ‚tiefster‘ Vergangenheit und wartet darauf wachgeküßt zu werden. Womöglich hat sie auch noch eine hinterlistige Hexe in den Tiefschlaf versetzt. Der Bösewicht ist schnell ausgemacht: Auf dem Balkan die Völkerkerker Osmanisches Reich oder Jugoslawien.“<sup>40</sup>*

Nachhaltig prägend waren in diesem Zusammenhang vor allem die unterschiedlichen Wege, die der Nationalismus als gesellschaftlicher Mehrwert oder gemeinschaftlicher Selbstzweck einschlagen sollte. Während er bei den einen nämlich als „Modernisierungsinstrument“ fungierte, kam er bei den anderen als „Modernisierungersatz“ zum Tragen.<sup>41</sup> Zwar hatte auch am Balkan ein Minimum an moderner Erneuerung ein nationales Gedankengut ins Leben gerufen, bald überwiegte jedoch die Wahrnehmung der Nation als Schicksalsgemeinschaft und fungierte im Angesicht relativer Rückständigkeit als Motor nationaler Entwicklungen.<sup>42</sup> Diese Funktion des Selbstzwecks, die als integraler Nationalismus bezeichnet wird, fordert den Wert der Nation als ein absolutes Gefüge, dem sich jegliches Individuum zu unterstellen hat. Die Nation wird zum mystischen Kult erhoben, verbindet sich mit der Religion und ersetzt sie gleichermaßen. In diesem Falle produziert der Nationalismus keine weltlichen Ideale und Ambitionen, wie eine „Modernisierung der Gesellschaft“ durch Fortschritt und soziale Gleichberechtigung, sondern beschränkt sich auf die Entdeckung und gleichzeitige Bestätigung seines Daseins in Form der geschichtlichen „Evidenz“.

### 3.4.3 Ethnonationalismus (Inhalt)

Der Ethnonationalismus begreift den Staat nicht als integrierendes Element und Ordnungsprinzip, sondern fordert sein Dasein als logische Konsequenz der ethnischen und kulturellen „Reinheit“ seiner Nation in Form einer Gemeinschaft (keiner Gesellschaft!). Gerade der Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft tritt dabei in den Vordergrund.<sup>43</sup> Der Mensch sei als Wesen „national“ prädestiniert und wird somit zum bedeutendsten Behältnis „ethnischer“ Merkmale. Dabei wird er in eine unveränderliche und absolute Position als „politische Ressource“ gehoben. Auch der Nation wird durch die Verbindung seiner homogenen Einzelteile und Mitglieder zur Gemeinschaft eine wesensähnliche Rolle zugeschrieben. Reiter erklärt sich dieses Bedürfnis einer „verinnerlichten Wesensart“ als „Ersatz für die verlorengegangene Bekanntschaft des Menschen untereinander“. Sprich Ethnonationalisten wollen aus der Gesellschaft eine Gemeinschaft bilden:

*„Eine rein ‚ideelle, mechanische‘ Bindung von sonst getrennten Menschen soll durch die Bande ‚realen organischen Lebens‘, einer apriorischen ‚Willenseinheit‘, ersetzt werden.“<sup>44</sup>*

Diese soll in einem gemeinsamen Staat vereint werden. Eben genannter Umstand führt in Anlehnung an das „ethno-nationale Reinheitsgebot“ zu zwei Möglichkeiten staatlicher Grenzziehung: Einerseits die Setzung der Staatsgrenzen nach „ethnischen“ Siedlungsgebieten, andererseits die Formierung „ethnischer“ Siedlungsgebiete nach den Staatsgrenzen, was in einem heterogen bevölkerten Bosnien und Herzegowina im Krieg der Neunziger zu „ethnischen“ Vertreibungen und Vernichtungsfeldzügen führte. Das über allem und allenstehende „Endziel“ der angestrebten Homogenität ließ den Umstand grausamer Entwurzelung und massenhafter Kriegsoffer für die Ethnonationalisten als bloße Lappalie erscheinen.<sup>45</sup> Je nach „Heiligkeit“ des Landes, auf dem „falsche“ Menschen lebten, stieg auch das Bedürfnis des alleinigen Besitzes. Nur die eigene „nationale“ Geschichte blieb dabei von Bedeutung, historisch belegte Fakten wurden ignoriert oder wie im Falle der Bibliothek von Sarajevo einfach eliminiert. Slobodan Milošević wurde in diesem Zusammenhang nie müde, die Grenzen Bosniens als eine rein administrative Einteilung zu degradieren, während die „serbische Akademie“ sämtliches Land auf dem Serben jemals gelebt hatten oder gestorben waren, als „serbisch“ bezeichnete. Ratko Mladić leugnete die Geschichte als er die Drina als „Binnenfluss“ und nicht als einen der ältesten Grenzflüsse des gesamten Balkans propagierte und fügte unmissverständlich hinzu:<sup>46</sup>

*„Wir werden nicht einen Meter unseres geheiligten serbischen Bodens aufgeben“<sup>47</sup>*

### 3.5 Was ist ein Staat?

Der deutsche Begriff „Staat“ leitet sich vom Lateinischen „Status“ für „Stand, Zustand, Stellung“ ab und wird in seiner rudimentärsten Begriffsdefinition als politische Ordnung beschrieben.

Wichtiger als nach einer allgemein anerkannten Definition zu suchen, (welche ohnehin nicht existiert), ist es, im Kontext dieser Analyse, das postulierte Ziel nationaler Ambitionen in Form des Nationalstaates zu erläutern, der sich angesichts der Gründungsgeschichte zahlreicher Staaten als Idealtypus in einer kollektiven Wahrnehmung festgeklammert hat. Viele sehen in ihm heute sogar die einzig unitarische Staatsform. Woher kommt diese Gewissheit?

Dringen wir in die Gefilde des „Staates“ vor, so entdecken wir eine starke Verwirrung bezüglich der Konvergenz „nationaler“ und „staatlicher“ Bedeutung, die sich nicht nur im Alltag sondern sogar bis „in die Sphären des Völkerrechts“ festgesetzt hat. Dies stößt vor allem bei all jenen auf Unbehagen, die die Nation als eine Errungenschaft der Moderne betrachten und sie damit nicht dem „ethnischen“ sondern dem „bürgerlichen“ Paradigma zuweisen. Trotz ihrer oftmaligen Konnotationsverschiebung in den Bereich des „Ethnischen“, fügen sich nämlich auch nationalstaatliche Projekte analog zu bisher besprochenen Prinzipien, der Ethnie und der Nation, einer bürgerlich-demokratischen (situativ) und einer ethno-nationalen Variante (primordial). Demzufolge kann die Betonung bei Nationalstaat und Nationalstaat unterschiedlich gesetzt werden.

Die „fahrlässig eingebürgerte Gleichsetzung“ von Nation und Staat findet nichts desto trotz ihre scheinbare Erlösung im Nationalstaat. Nicht unwesentlichen Beitrag an dieser Misere leistet ohne Zweifel die Uno-Resolution des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“, indem sie brisante Fragen unbeantwortet lässt. So kommt es, laut Dann, zu einer „bemerkenswerten Ethnisierung des Nationsverständnisses“ durch die Vereinten Nationen.<sup>48</sup>

*„Mitglieder sind also Staaten, aber irgendwie auch Nationen, wie der Name des Clubs schon sagt, oder etwa auch Völker wie beim Völkerbund? Und Nationen sind wohl Völker, die es zu Höherem gebracht haben? Zur Staatlichkeit? Was sagt dann states aus? Was ist mit den Völkern, die keine Nationen sind, mit den Nationen, die keine Staaten sind, und mit den Staaten die keine Nationen sind (also mit 96 % der Bevölkerung in den nicht-Nationalstaaten dieser Welt)?“<sup>49</sup>*

Als manierierter Idealismus wurde das Selbstbestimmungsrecht als „Vorstellung von ‚zurückgebliebenen‘ und voll erwachten Nationen“<sup>50</sup> von Woodrow Wilson, „dem Vater der Völkerbund-Idee“, zum politischen Werkzeug erklärt. Dabei schwebten ihm zwar liberal-emanzipatorischen Visionen vor, die in Folge zu Recht der Entkolonialisierung zahlreich-erniedrigter Menschengruppen dienten, das Selbstbestimmungsrecht verankerte aber ebenso einen konstitutionell dokumentierten Weltschmerz der „Unterdrückung von Völkern“, der einzig durch ihre Verwandlung in souveräne und autonome Staaten gelindert werden könne.



### 3.5.1 Nationalstaat: Das unerreichte Ideal

Dass die Neugründung eines Staates nicht die automatische Lösung für soziale, ökonomische oder politische Widrigkeiten darstellt, ja die meisten Probleme sogar eher innerhalb der bestehenden Staatsgrenzen sinnvoller zu lösen wären, ist die eine Seite dieser völkerrechtlichen Dialektik. Die andere Seite und gleichzeitig besondere Virulenz derartiger „Selbstbestimmungs“-Ambitionen in Verbindung mit dem „ethnonationalistischem“ Prinzip wurde spätestens durch den Bosnienkrieg und seinen Folgen offengelegt. Carsten Wieland bezeichnet als „mörderische Mischung“, wenn wie in diesem Falle aus einem „bürgerlich-demokratischen“ Verständnis heraus „ethnonationale“ Rechtfertigung geschaffen wird. Als „Gesetz des Balkans“ betitelt Kaplan die pannationalistische „Logik“, sprich die irrationale Selektion widersprüchlicher Kausalitäten und die damit fast schon obligat verbundene Rücksetzung des nationalen Landesgebietes auf die historisch größte Ausdehnung.<sup>51</sup> Je nach Nutzen werden in diesem Sinne „historische Rechte“ der Ethnonationen mit dem „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ für eine Staatsgründung verbunden, um den Staat als logische Folge der Nation erscheinen zu lassen. Die Nation wird eins mit dem Staat. Der Körper bekommt seine Seele. Um dieser Lüge nicht zu verfallen soll hier noch einmal erwähnt werden,

*„...was eine Nation nicht ist: a) Sie ist kein Staat. b) Sie ist auch nicht a priori die Bevölkerung eines Staates. Anders gesagt: „[D]ie Nation [kann] durchaus ohne den eigenen Staat, ein Staat ohne einheitliche Nation existieren.“ Das ist eine wichtige Feststellung. Damit wird der vermeintliche Determinismus durchbrochen, eine Nation müsse a) einen Staat anstreben, um eine Nation zu sein, oder b) eine Nation müsse immer im Zusammenhang mit einem „Nationalstaat“ gedacht werden.“<sup>52</sup>*

Eine Tatsache wird beim Streben nach „ethnischer“ Integrität in Form des Nationalstaates von dessen Befürwortern sowie von zahllosen Historikern, Politikern und Journalisten dabei noch zusätzlich ignoriert. Ein „homogener“ Nationalstaat existiert nicht und wenn nur mit äußerst geringer Ausnahme. Bei dieser handelt es sich um 4 Prozent der Weltbevölkerung, lässt man Japan dabei außen vor, bleibt lediglich 1 Prozent erhalten. Von diesem verschwindend kleinen Anteil können nur 7 Staaten behaupten, nicht von Grenzkonflikten betroffen zu sein. Nichts desto trotz hat sich das Märchen eines „Zeitalters des Nationalstaates“ in unseren Köpfen festgesetzt. Wenn überhaupt leben wir in einer Epoche souveräner Staaten, die sich durch nationalstaatliche Konzepte und das Selbstbestimmungsrecht zu rechtfertigen versuchen. Der „Nationalstaat“ bleibt hingegen ein unerreichtes Ideal ethnonationaler Sehnsüchte und ein wirksames Instrument ihrer politischen Machterhaltung. Nicht mehr, nicht weniger.<sup>53</sup>

### 3.6 Der Staat Bosnien und Herzegowina

Der Bosnienkrieg der Neunziger Jahre verkörperte in brutaler Manier die Diskrepanz um die Frage der Daseinsberechtigung Bosniens und Herzegowinas als autonomer und souveräner Staat. Die einen behaupteten, Bosnien wäre nur als Teil eines größeren Ganzen zu denken, so wie es auch die überwiegende Zeit seines Bestehens künstlich am Leben erhalten worden war.<sup>54</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass sie 170 UNO-Mitgliedstaaten damit indirekt die Legitimation entsagten, behaupteten sie weiters, dass Bosnien und Herzegowina nie als Staat existieren könne, da es von drei unterschiedlichen Nationen bewohnt, keinen Nationalstaat und kein einheitliches Staatsvolk bilden würde. Oder bezogen auf Tuđmans gefährliche Logik:

*„Wer Jugoslawien zerstören wollte, konnte das ‚Klein-Jugoslawien‘ nicht verschonen.“<sup>55</sup>*

Die anderen, die sich für die Erhaltung dieses „kleinen Jugoslawiens“ einsetzten, beriefen sich auf multiethnischen Traditionen ihres Landes, auf Toleranz und Respekt als Fundament einer gemeinsamen Zukunft, mussten diese „Perle ohne Marktwert“ aber bald als verloren eingestehen. Die Ambitionen den gesellschaftlichen „Mehrwert“ Bosniens nach dem Krieg zu reanimieren, kann der internationalen Gemeinschaft trotz allem nicht abgesprochen werden, dennoch sind sie durch die Daytoner-Interventionen, die der Kausalität der im Krieg entstandenen Friedenspläne und damit auch einer verblendeten Realität verschuldet sind, sang- und klanglos gescheitert. Die Appeasement-Politik des Westens schuf mit der Konstitution von Dayton ein kafkaeskes Gebilde bosnischer Staatlichkeit. Ambivalente Forderungen und Wünsche wurden in eine Verfassung gepresst, die nicht nur die Symptome des Krieges ignorierte, sondern eine wirkliche Lösung auf unabsehbare Zeit prolongieren sollte. Die getroffenen Entscheidungen ließen nicht bloß eine konsequente Strategie vermissen, sondern erzeugten im Gegensatz eine Woge an politischen Paradoxien, die in sämtliche ökonomische und soziale Lebensbereiche überschwappte. Der offensichtlichste Widerspruch findet sich, wie bereits des öfteren erwähnt, in der Vereinigung eines machtlosen Gesamtstaates mit seinen potenten ethnonationalen Einheiten wieder. Die damit verbundene verfassungsrechtliche Festsetzung ethnischer Grenzen, die nach der durch den Krieg gewaltsam erwirkten Ethnoterritorialisierung konzipiert wurde, eliminierte die gleichzeitige Bemühung um die Wiederkehr vertriebener Bevölkerungsteile. Die ethnonationale Zugehörigkeit der drei vorherrschenden Nationalgruppen in Bosnien und Herzegowina, die als „Subjekt der jeweiligen exklusiven Staatlichkeit“ dient, wurde zum Schutz „partikularer“ Interessen auch auf den gesamten bosnischen Staatsapparat übertragen. Sämtliche politische Bereiche wurden nach dem ethnischen Schlüssel aufgeteilt und damit teilweise dreifach besetzt, was abgesehen von menschenrechtlicher Diskriminierung durch den Aus-

schluss jeglicher Nicht-Serben, Nicht-Kroaten und Nicht-Bosniaken, zur allgemeinen Paralyse von Politik, Ökonomie und Gesellschaft führt. Doch dies liegt ganz im Sinne all jener, die sich durch die nie endenwollende Krise bereichern und ethnische Exklusivität geschickt als durchschlagskräftigste Waffe ihrer Machterhaltung einsetzen. Gerade sie profitieren von der Einbildung einer gesamtheitlichen Existenz des scheiternden Dayton Staates.

*„Doch BuH konnte und kann von dieser Einbildungskraft nicht profitieren, die – wie zu hoffen ist – nicht aus ihrem geschichtlichen Zweck heraus generiert wurde, sondern aus der Logik des experimentellen Ansatzes der Internationalen Gemeinschaft zur bosnisch-herzegowinischen Krise. Dem postdaytoner Bosnien und Herzegowina, sich der Welt als geopolitisches Laboratorium zu präsentieren (...) »So verbreitet und vertieft sich die ethnonationale Homogenisierung, und mit der Zeit beginnen alle zu glauben, dass die Konzentration von Menschen mit gleicher Ethnonationalität auf bestimmtem Gebiet die beste von allen möglichen demografisch-politischen Optionen ist. So gut, dass sie angeblich ausreicht, um die Wiederholung blutiger Konflikte zu verhindern...« (D. Kecmanović, 2004) Die Wirklichkeit des Post-Dayton-Bosniens bestätigt sich gerade durch die Möglichkeit lobbyistischer Freunde einer solchen Gemeinschaft und verdorbener Intellektueller (die nur die konsumierbare Gegenwart anerkennen), den Multilateralismus Bosniens durch die Erschaffung einer neuen Geschichte zu ironisieren, die in Anlehnung an das künstliche Post-Daytoner (Pseudo-)Paradigma entsteht. Doch diese Künstlichkeit hindert das Post-Dayton-Bosnien nicht daran, sich als echte Form zu präsentieren: Nur Naive glauben, dass etwas künstlich Erschaffenes nicht von Dauer ist. Im Gegenteil, das künstliche Licht verstärkt die Illusion, indem es der Fiktion die Kraft der Faktizität verleiht. Diese fiktive Faktizität, das Dayton-Brüssel Bosnien und Herzegowina, kann nicht in die Europäische Union aufgenommen werden. Noch sollte es als solches aufgenommen werden. Und was für ein Bosnien und Herzegowina man in die Europäische Union aufnehmen sollte, ist eine wesentliche Frage für die Zukunft dieses Landes. Das heißt, dass wir eine neue interne Debatte brauchen, und als deren Resultante (...) eine funktionelle Verfassungskonstitution. Unter der leitenden Ägide der Europäischen Union und den USA. Und sowohl der einen als auch der anderen Machtstruktur ist klar, dass es kein schlechteres Bosnien und Herzegowina als das Daytoner Bosnien gibt. Wieso? Ganz einfach. Jedes schlimmere Bosnien und Herzegowina als das Dayton Bosnien und Herzegowina bedeutet nur eines: dass es Bosnien und Herzegowina nicht gibt.“<sup>56</sup>*

### 3.7 Drei

- 3 *Ethnien oder Nationen in Form der Bosniaken, Kroaten und Serben.*
- 3 *politische Philosophien mit Kulturnation, Dayton-Experiment und Staatsnation*
- 3 *soziokulturelle Prinzipien durch die ethnische Exklusivität, das multietnische Komšiluk und das transethnische Građanstvo.*

Müsste man sich dem mystischen Vokabular des Balkans anpassen, könnte man behaupten, dass die Zahl 3, mit ihrer ohnehin aufgeladenen Symbolik, wie ein böser Geist die bewaldeten Hänge Bosniens verdunkle, die Flüsse vergifte und die Luft dünn säe. Und würde man ihre zentrale Macht weiterspinnen, müsste man apokalyptisch feststellen, es gäbe 3 politische und kulturelle Möglichkeiten für die Rettung oder den Untergang einer Region in Südosteuropa. Diese begegnen uns in Form dreier institutioneller Arrangements, als Grundlage einer politischen Landschaft.

Auf der einen Seite gäbe es die Ethnokratie als Teil eines exklusiv-ethnischen Bewusstseins mit all ihren Immanenzen, Fatalismen und Absolutismen. Sie findet im *Nationalstaat* ihr Heilsversprechen. Auch als „ethnische Demokratie“ bezeichnet, gelangt sie am Balkan mit Vorliebe zur Anwendung. So schlugen Kroatien und Serbien in Folge der Zersplitterung Jugoslawiens den Pfad dieser Staatlichkeit ein, was angesichts der mehrheitlich „homogenen“ Bevölkerung leicht zu bewerkstelligen war. Allen übrigen Staatsbürgern wurden dabei zwar „Freiheitsrechte“ zugesprochen, generell wird ihnen aber ein geringerer Status zugewiesen. Dementsprechend verspüren sie auch eine weitaus geringere Loyalität gegenüber dem Staat.

Die zweite Form, das föderal-korporatistische Modell, wie im Falle des heutigen Bosnien und Herzegowinas angewandt, versteht „ethnischen“ Interessen ebenso als eine Unvereinbarkeit, versucht aber dennoch diese auszuheilen. Abgesehen von den vereinenden Ambitionen, denen hierbei nachgegangen wird, ist das Hauptproblem dieses multiethnischen Arrangements die Akzeptanz, die sie dem „ethnischen“ Paradigma sowie dessen ethnonationalen Akteuren entgegenbringt. In Bosnien schlägt sich der Versuch, die politische Dominanz einer einzigen Gruppe zu unterbinden in einer konsensuellen Entscheidungsfindung in Form von Veto-Rechten nieder. Diese können im Falle „vitaler, nationaler Einwände“ in Anspruch genommen werden. Diese Form der Konkordanzdemokratie verliert jedoch jeglichen Sinn und Wirkung ohne gemeinschaftlichen Konsens.<sup>57</sup>

Die letzte Form bildet das liberale Konzept. Es ist bewusst transethnisch, vernachlässigt somit die Einteilung in „ethnische“ Kategorien und sucht nach Zielen jenseits derartiger Spaltungslinien. Damit emanzipiert es sich vom „Primordialen“ als politische Variante, stellt Menschenrechte vor nationale Rechte und unterbindet die Fiktion der menschlichen „Rassenkunde“.

Wenig überraschend entscheidet sich diese Arbeit für eine Lösung im Bereich des „Transethnischen“ und wird anhand praktischer Beispiele und philosophischer Ansätze klären, warum dieser Weg nicht bloß der toleranteste und respektvollste in einer menschlichen Agenda ist, sondern sich auch ökonomisch anmierend und politisch effektiv in Richtung Fortschritt und besserer Lebensqualität bewegt.

### 3.8 Von der Konstruktion einer fiktiven Realität bis zur Notwendigkeit ihrer Demontage

Die Rückkehr des (Ethno)Nationalismus aus den „medial-beschienenen“ Wohnzimmern des Balkans auf die blutbefleckten Straßen Bosniens vollzog sich mit tobender Geschwindigkeit und niederschmetternder Intensität. Nimmt man Norbert Bolz und Boris Buden zu Hilfe könnte man in diesem Zusammenhang auch von einer „postkommunistische Rache des befreiten Gottes“ sprechen, die eine südslawische Gesellschaft mit all ihren Folgen erfahren musste.

Und auch wenn Bolz sich bei seiner „kosmo“-philosophischen Analyse auf den paradigmatischen Wandel einer von Moderne und Wissenschaft enttäuschten Welt bezieht, darf der Kommunismus als die soziokulturelle Utopie und radikal-politische Spätfolge der Aufklärung im konkreten Falle Bosniens nicht vollkommen aus der Verantwortung genommen werden.

Vom Kommunismus aus dessen atheistischen Staatshaushalt vertrieben und in die Ketten der eigenen Behausung „Kirche“ zurückgelegt, fristete der gedemütigte Gott seine Jahre in Verbannung bis ihn der Heilsbringer „Nationalismus“ nicht nur aus den Fesseln der Ungläubigen befreite, sondern mit und durch ihn seine Rachegeleüste stillen konnte.<sup>58</sup>

Wer an dieser Stelle denkt, dass Gott doch gar kein Nationalist sein kann, der soll in weiterer Folge Lügen gestraft werden. Zwar wissen wir heute, dass Nationalisten per se keine religiösen Fundamentalisten sind, ja im Gegenteil, sie, die Diebe religiöser Bindemittel, den Allmächtigen vielmehr ausbeuteten und benutzten, dennoch besitzt der Nationalismus, ebenso wie übrigens auch der Kommunismus, seinen autonomen Glauben, seine Gebete und Heiligen, die uns in Gestalt ideologischer Parolen und heldenhafter Märtyrer entgegentreten. Damit lässt sich im Übrigen auch die magnetische Anziehungskraft und gruppenspezifische Wirkung erklären, die beide Phänomene, trotz Antithese, in einer sinnverliebten Menschheitsgeschichte besaßen.

Nach einem Jahrzehnt der „Sinn- und Bedeutungslosigkeit“ in Folge des Todes Titos, dem „Ersatzgott“ einer gottlosen Ära, und im Zuge stetiger Säkularisierung kommunistischer Religiosität schien die Zeit der Rache endlich gekommen zu sein.

Zur scheinbaren Rettung einer verzweifelten Gesellschaft bahnten sich die neuen Sinnstifter ihren weiten Weg von einer besseren Zukunft, die ihnen der Kommunismus versprochen hatte, vorbei an einer maroden Gegenwart in eine „reine“ und „herrlich homogene“ Vergangenheit.

Dort angekommen, suchten sie neben den Wurzeln ihrer eigenen Bestimmung nach Indizien kommunistischer Nachlässigkeit und wurden fündig. Die geschichtliche Ignoranz oder fehlende Objektivität der Partisanen bezogen auf das Nationalmassaker „2. Weltkrieg“ sollte als Antriebskraft und Steckenpferd eigener Verklärungsmaßnahmen ausreichen. Von den Kommunisten zu Unrecht gemobbte Massenmörder durften ihre Auferstehung als Nationalhelden feiern.

Nicht bloß begann man sich im Kontext dieser Geschichtsverdrehung als alleiniges Opfer des jeweils Anderen zu betrachten, indem sich Kroaten als Opfer der hegemonialen Gebietsobrigkeit der Serben, Serben als Opfer des faschistischen Ustascha-Staates und

Bosniaken als Opfer ihrer beiden nachbarschaftlichen Aggressoren zu verstehen begannen, sondern verwies bei der Errichtung seiner eigenen fiktiven Identität in leidiger Manier auf die Unverfrorenheit einer identitätsverwischenden Kommunisten-Ära, welcher praktischerweise auch die Misere wirtschaftlicher Stagnation in die Schuhe geschoben werden konnte. Einmal die Erinnerung an den 2. Weltkrieg wachgerüttelt, war kein weiter Weg zu aufgebauschtem Misstrauen und angeblicher Bedrohung durch die jeweils „National-So-Verschiedenen“, die sich auch angesichts einer sich aufbauenden politischen Großwetterlage, inklusive kommunistischer Apokalypse, in das brutal reale Gewitter des Krieges verwandelte. Der Krieg als Höhepunkt der Entartung und Entfernung einer völlig traumatisierten und paranoisierten Bevölkerung voneinander, stellt heute in unveränderter Weise den absoluten Bezugspunkt für das virulente Treiben bosnischer Ethnopolitik dar. Der Wegbereiter „Dayton“ hielt die konstruierte Natürlichkeit des „Ethnischen“ durch distinktive Aufarbeitung und separate Machtkontrolle nicht bloß am Leben, sondern erhob die deterministische Immanenz dieses Prinzips zur beinahe einzigen Lebensrealität Bosnien und Herzegowinas.<sup>59</sup>

*„Mit der nur scheinbaren Neutralität und Äquidistanz in Bezug auf alle Kriegsparteien wurden die Voraussetzungen für Interpretationen des Dayton-Abkommens durch die drei großen ethnischen Gruppen und ihre politische und intellektuelle Führung geschaffen, deren Ausgangspunkt, die jeweils ethnisch gefärbte (da in Dayton nicht geklärte) Verklärung des Krieges darstellt.“<sup>60</sup>*

Das Prinzip kategorischer Angstmache, die den „Ethnisch-Reinen“ dabei als Absicherung ihrer äußerst effektiven Identitätspolitik dient, verhindert als primärer Reflex die Öffnung in Richtung einer andersgearteten Gegenwart und einer gemeinsamen Zukunft. Sämtliche Traditionen des gemeinschaftlichen Umgangs wurden somit an die Grenze der Sichtbarkeit gedrängt. Drei Ängste plagten die Mitglieder der drei nationalen Banden. Die Serben beziehen ihre größte Angst auf den Untergang der serbischen Republik und der damit gleichzusetzenden Dominanz bosniakischer Bevölkerungsmehrheit, die Bosniaken leben mit der Angst und Erinnerung an den Krieg und der Möglichkeit wieder als Opfer serbokroatischer Großstaatprojekte enden zu können und die Kroaten projizieren ihre Angst vor den zahlenmäßig überlegenen Serben und Bosniaken auf den Wunsch einer eigenen Entität zur Wahrung getrennter Identität. Dass sich innerhalb dieses immensen Angstgebildes keine funktionierende Gesellschaft aufbauen kann, geschweige denn irgendeine Form von „Normalisierung“ eintritt, ist wenig verwunderlich. Dass sich aber gerade diese Widrigkeit nach dem Geschmack politischer

Eliten entwickelt und im Sinne ihrer Machterhaltung liegt, führt uns zur Notwendigkeit, die „reale Macht des Irrealen“<sup>61</sup> zu zerschlagen, die „interpretative Matrix“ zu zerstören und die Konstruktion dieser „fiktiven Realität“ zu demontieren. Warum das von Nöten ist ?

Die einzige politische Aufgabe des Ethnonationalismus und seiner Akteure, die er anhand seiner gestalterischen „Angst“-Komponente selbst kreiert, besteht in der Rettung und dem Schutz der eigenen Ethnie vor den Anderen. Selbstherrlich verkauft er diese als „vitale nationale Interessen“. Jenseits kategorischer Diffamierung und plakativer Hasstiraden findet sich jedoch kein politischer Konsens und keine Interessensvertretung.<sup>62</sup> Anders könnte man sagen:

*„(...) make them abandon it and nothing is left of them.“<sup>63</sup>*

Und darin besteht auch die größte Angst, welche die Ethnonationalisten in eigenen Belangen plagt. Der Verlust ihrer „demokratisch“-legitimierten Machtspiels durch das Auflösen ethnischer Grenzen und die damit verbundene Normalisierung sämtlicher staats- und gesellschaftstragenden Bereiche, die auch ein jähes Ende ihres persönlichen „Cash-Flows“ zu Folge haben würde.

Bei ihrer individuellen Altersvorsorge werden die in Korruption und Misswirtschaft schwer trainierten Staatspolitiker, nicht nur von der chaotischen Beschaffenheit einer bosnischen Staatsmaschinerie unterstützt, sondern auch von einer „vielfach geschundenen und im Kampf um die Sicherung des Alltagsüberlebens abgestumpften Bevölkerung“ getragen. Dabei entgeht den Menschen die Tatsache, dass der Staat in der Zwischenzeit sämtliche Funktionen, die seine Existenz rechtfertigen und zu einer Notwendigkeit erhoben haben, verloren gehen.

Seine Rolle als eine dem Individuum und der Gesellschaft dienende Instanz in Form der Basis freier Interessensentfaltung, gerechter Verteilung ohnehin knapper sozialer Güter und ökonomischer Ressourcen und der Wahrung der Menschenrechte, etc. verpufft im Nichts.

Demokratieverdrossenheit und Skepsis vor den neoliberalen Grundmustern macht sich breit. Dass es sich dabei um eine Scheindemokratie handelt, die sich hinter neoliberalen Errungenschaften verschanzt und damit auch den „Schlechtesten“, sprich halbstaatlichen Kriminellen und Gangstern den Aufstieg zur Elite ebnet, stellt eine doppelte Tragik dar.<sup>64</sup>

Denn der Demokratie als einer Chance der politischen Interessensäußerung kann nicht die Schuld bosnischer Inhaltslosigkeit angelastet werden. Als „Stimmengerüst“ lebt sie von einem füllenden Konsens, von Meinungsvielfalt und der Möglichkeit diese ausleben zu können.

Was Kant als „den Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit“ betrachtet, muss eine bosnische Gesellschaft von Neuem durchlaufen. Zum eigenen Überleben.

### 3.9 Bürgerlichkeit als kulturelles System

Zahlreiche Stimmen, die die Entwicklung des Nachkriegsstaates Bosnien analytisch begleiten, weisen politischen Einrichtungen und deren Interventionen eine marginale Rolle auf dem Weg zu einer offenen und unvoreingenommenen Gesellschaft zu. Viel zentraler und akuter behaupten sie, begegne uns in diesem Zusammenhang die Frage nach dem kollektiven Verständnis von „Kultur“, sprich der Vorstellung von Werten, Überzeugungen und Gewohnheiten.<sup>65</sup> Und auch wenn durch die bereits getätigten Betrachtungen klar geworden sein sollte, dass politische Machenschaften und kulturelle Glaubensgrundsätze Gesellschaften durch ihren Dialog synergetisch prägen, ist der Grundbaustein der „Kultur“ doch als wesentlicher Ansatzpunkt zu werten.

Aber worum handelt es sich bei diesem Ausdruck überhaupt, den wir so frequentiert mit bestechender Überzeugungskraft zur Begründung eigener Interessen und Kohärenzen vorbringen? Norbert Reiter lässt kein gutes Haar an dem Begriff „Kultur“, wenn es um die Definition kollektiver Vergemeinschaftungen geht. So sei diese nicht nur die „ungenaueste“ aller primordialer Faktoren sondern auch „durch und durch verlogen“. In diesem Zusammenhang bezeichnet er sie als das „alles-und-gar-nichts-Konzept“. Ihr fehle es nicht an Erklärungskraft, sie leide auch stark an inhaltlicher Verzerrung. Kulturgüter, die oft und gerne ganzen Nationen als Leistung oder Eigentum angedichtet würden, entstünden nur in den seltensten Fällen aus gemeinschaftlicher Kraft, was ihre Mitglieder aber nicht davon abhielte sich damit zu identifizieren.<sup>66</sup>

Anders begegnet der Anthropologe Clifford Geertz dem Phänomen Kultur, in dem er es auf einem von Max Weber aufbauenden Verständnis des Begriffes in distinktive „kulturelle Systeme“ einteilt. Demnach gilt der Mensch in seiner Verbindung mit der Kultur als in ein „selbstgesponnenes Bedeutungsgewebe verstrickt“. Kultur tritt uns als eine Ansammlung von Werten, Einstellungen und Vorstellungen entgegen, durch die uns unser weltliches Umfeld „kognitiv und affektiv“ erfahrbar gemacht wird. Dabei seien vor allem drei Aspekte in den Vordergrund zu stellen:

*„Erstens wird Kultur als ein Prozess der Bedeutungszuschreibung verstehbar. Damit löst sich eine zu simple Unterscheidung von faktischen Gegebenheiten und Interpretationen auf. Jedes Produkt menschlichen Handelns ist untrennbar mit Bedeutung verwoben, in jede Gegebenheit ist Bedeutung hineingewirkt. Darüber hinaus sind - zweitens - diese Bedeutungen Ergebnisse menschlichen Handelns. Sie sind nicht vorgegeben oder unveränderbar, sondern im Wechselspiel zwischen Individuen entstanden. Jedoch sind drittens die Menschen selber in diese ihre eigenen Produkte, ihre eigenen Konstruktionen ‚verstrickt‘; das heißt diese treten ihnen als vermeintlich objektive Erscheinungen, als vermeintlich unveränderliche Gegebenheiten gegenüber.“<sup>67</sup>*



Auf diesem Hintergrund aufbauend teilt Geertz menschliches Treiben in verschiedene kulturelle Systeme ein, worunter er „historisch überlieferte Systeme von Bedeutungen“ versteht, die uns in Form von Symbolen begegnen und uns helfen unser „Wissen vom Leben mit[zu] teilen, [zu] erhalten und weiter[zu]entwickeln. Diese könnten analog zueinander bestehen, sich ergänzen oder auch ausschließen. Mitunter bezeichnet er Religion, diverse Ideologien, Kunst oder Common Sense als kulturelle Systeme. Zur Analyse derselben erstellt Geertz eine dreigeteilte Methodik, in Gestalt von erstens einer Definition von Bedeutungssystemen oder Symbolsystemen, zweitens dem gegenseitig prägenden Wechselspiel dieser Systeme untereinander und drittens ihrer soziokulturellen und psychologischen Prozessualität.

Doch wie tangieren uns diese Erkenntnisse nun in Bezug auf die Lage der Bewohner Bosniens und Herzegowinas und der damit verbundenen Notwendigkeit eines transethnischen Bewusstseins für eine funktionierende Gesellschaft?

Nun, auf der einen Seite erklärt die eben bestimmte Kulturdefinition nicht nur den Determinismus und die Absolution mit der die Mitglieder des „Ethnonationalismus“ auf ihre „objektiven“ kulturellen Ansichten beharren, denen sie auch sämtliche Legitimation ihres Handelns entnehmen, sondern sie zeigt uns außerdem die tatsächliche Veränderlichkeit und Prozessualität derartiger Bedeutungen, Vorstellungen und Werte, selbst wenn diese oftmals zäh und verkrustet sind.

Auf der anderen Seite präsentiert uns das Geertz'sche Programm angewandt auf die Bürgerlichkeit als kulturelles System die nach wie vor zeitlose Gültigkeit dieses durch die Aufklärung entstandenen jahrhundert alten sozialen Phänomens und die individuelle Nutzbarkeit, (Ratio Emotio wichtiges Bindeglied ohne die Autonomie aufzulösen) die die Bürgerlichkeit als Gerüst diverser Zielutopien dem einzelnen bei seiner Sinnsuche zur Verfügung stellte.

Die Bürgerlichkeit als „symbolisches System“, sprich als ein immanent erscheinendes Wertekorsett, besteht anders als religiöse Systeme oder politische Ideologien, weder aus einer institutionellen Strukturierung oder hierarchischen Gliederung, noch besitzt sie ein „fest etabliertes Gebäude von Ideen und Werten“, das von einer inquisitorischen Instanz überwacht und im Falle der inhaltlichen „Verunreinigung“ sanktioniert werden kann.

Dennoch besitzt die Bürgerlichkeit ihre „Werte und Leitideen“, die „fragmentierter, vielfältiger und auch widersprüchlicher“ zur Anwendung gelangen. Damit bietet sie uns nicht nur variable Antworten auf Vielfalt gestellter Sinnfragen, die unter anderem auch die Religion zu beantworten wüsste, sondern bedient durch ihre Flexibilität in Bezug auf die Anpassung diverser moderner Strömungen und Kontexte ein weitaus breiteres Spektrum. Damit setzt sie dem Individuum keine präformierte Lebensanleitung vor, sondern offeriert ihm eine Fülle an „heterogenen Wertorientierungen“. Diese erzwingen nicht notwendigerweise

eine Entscheidung zwischen Sinn oder Funktion. Im Gegenteil vereinten Grundsätze der Bürgerlichkeit als „ideelle Bezugspunkte möglicher Lebensführung“, sowohl Besitz als auch Bildung, sowohl Eigeninteresse als auch Gemeinwohlorientierung, sowohl (zweckfreie) Kreativität als auch (zweckgebundene) Rationalität, sowohl Gefühl als auch Vernunft.<sup>68</sup>

*„Die Bürgerlichkeit ist in ihrem Verheissungspotenzial wie in ihrer Zumutung an individuelle Erfordernisse gleichermaßen der idealtypischen Einheit dieser unterschiedlichen und zum Teil gegensätzlichen Strukturmerkmale verpflichtet.“<sup>69</sup>*

Zwei Errungenschaften der Bürgerlichkeit treten dabei in den Vordergrund. Auf der einen Seite der „Prozess der individuellen Aneignung“, auf der anderen Seite das „Prinzip der Geselligkeit“. Ersteres wurde anhand einer humanistischen Bildung, als Vermittler heterogener Wertorientierung, sowohl „offen“ und flexibel gestaltet, als auch institutionalisiert um dem Individuum eine Leitlinie in einem nie dagewesenen Variantenreichtum unterschiedlicher Lebensführungen zu Verfügung zu stellen. Zweiteres ergab sich durch den Verlust ehemals fest definierter Bezugskategorien der alten Ständeordnung. Auf brisante Weise stellte sich plötzlich die Frage der gegenseitigen Beurteilbarkeit und Vertrauensfindung. Die Antwort lieferte die „Geselligkeit“, die sich in Form des „Vereins“ als interessensbedingtes „Organisationsprinzip der bürgerlichen Gesellschaft“ institutionalisierte. Dieser implementierte Individualismus auf der einen und kollektives Verhalten auf der anderen Seite und begann sämtliche Disziplinen, wie die Kunst(Kunstvereine, Salons), die Religion (Protestantismus), Wirtschaft (Interessensverbände) und Wissenschaft zu ordnen. Im Gegenzug lieferte diese unterschiedliche Bereiche ihren eigenen Beitrag neuer symbolischer Wertbestände.

*„Entscheidend für das Spezifikum von Bürgerlichkeit ist, dass nicht ein Bereich die unangefochtene Dominanz für die Symbolisierung von Bedeutung ausübte. Bis ins 18. Jahrhundert war der Religion dieser Funktion zugekommen, und alle anderen Deutungsmöglichkeiten und Symbolsysteme hatten sich ihr unterzuordnen. Im historischen Rahmen von Bürgerlichkeit haben Kunst, Religion, Wissenschaft jeweils parallel Bedeutungen generiert.“<sup>70</sup>*

Eine weitere Stärke manifestierte sich seit jeher auch in der Kritikfähigkeit und Affinität zum Selbsthinterfragen der bürgerlichen Gesellschaft, die dem „schmutzigen“ Bohémiens und Künstlern sowie den „sauberen“ Spießbürgern nicht nur Unterschlupf bot, sondern derartige

Lebensformen als wechselseitige Protestbewegung selbst erzeugte.

*Seit der Romantik waren immer auch Bürger die schärfsten Kritiker der eigenen Ausgestaltung von Bürgerlichkeit. Hierin liegt gerade die Vielfältigkeit der Lebensmuster und die Dynamik der bürgerlichen Gesellschaft begründet (...) Nicht eine Konformität an Werten und Handlungsformen konstituierte Bürgertum als soziale Formation, sondern der gemeinsame Bezug auf eine symbolische Ordnung, die in sich vielfältig differenziert war und durchaus unterschiedliche Realisierungschancen für die Lebensführung und die Bewältigung gesellschaftlicher Wirklichkeit ermöglichte.“<sup>71</sup>*

Bosnische Gesellschaftsteile hingegen befinden sich mit der Verhaftung an ihre jeweiligen absoluten Wahrheiten in weiter Ferne dieser jahrhunderte-alten, aber bereits viel realistischeren Welteinschätzung auf der zahlreiche funktionierende zeitgenössische Gesellschaften fußen. Unter der heutigen Beschleunigung ohnehin kurzlebig gewordener Lebensprozesse und unter der Dynamik und Vielfalt bedeutungsprägender Einzelbereiche stellt sich die Implementierung eines offenen, liberalen, demokratischen oder bürgerlichen Bewusstseins umso mehr als akute Notwendigkeit zur Sicherung des eigenen Überlebens dar.

*„Um die(...) unterschiedlichen Bereiche miteinander zu verbinden und die Gestaltung des Lebens in Bezug auf so widersprüchliche Anforderungen ermöglichen zu können, benötigt man neue Codierungen und neue Ausdrucksformen. Nur dann kann der - beziehungsweise die - in der begrenzten, keine idealen Lösungen und absoluten Antworten zur Verfügung stellenden Wirklichkeit leben und sich doch zugleich auf Werte jenseits dieser Alltäglichkeit verständigen. Das als Problem artikulieren zu können und darzustellen, wie man mit dieser nicht lösbaren Spannung leben kann - darin liegt verkürzt formuliert, die Funktion von ‚Bürgerlichkeit‘ (...) Bürgerlichkeit als Kulturmuster lebt von dieser Spannung; deshalb kann sie gleichsam immer wieder neu erfunden werden, sie kritisiert Gewohntes und generiert immer wieder neue Lebensformen. Auch heute noch.“<sup>72</sup>*

Wie utopisch dieses Denken für eine bosnische Gesellschaft ist, wird die Zukunft zeigen, dass es sich dabei nicht um eine Unmöglichkeit handelt, ist hingegen die einzige Wahrheit, die diese Arbeit für sich beansprucht.

## Fußnoten

### Soziologie | Politik | Philosophie

1. Wieland 2000, 263.
2. Ebda., 262.
3. Vgl. Wieland 2000, 263.
4. Wieland 2000, 262.
5. Malcolm 1996, 266.
6. Vgl. Wieland 2000, 263.
7. Vgl. Džihic 2009, 2-3.
8. Malcolm 1996, 197.
9. Vgl. Džihic 2009, 10.
10. Ebda., 2-3.
11. Ebda., 10.
12. Calic 2010, 293.
13. Calic 2010, 293.
14. Ebda., 294.
15. Vgl. Malcolm 1996, 14.
16. Vgl. Calic 2010, 294.
17. Calic 2010, 292.
18. Džihic 2009, 12.
19. Vgl. Wieland 2000, 26.
20. Vgl. Hennig 2013, 24.
21. Ebda., 2.
22. Vgl. Wieland 2000, 28.
23. Wieland 2000, 26.
24. Ebda., 26.
25. Vgl. Hennig 2013, 23.
26. Wieland 2000, 41.
27. Ebda., 26.
28. Vgl. Džihic 2009, 3.
29. Vgl. Wieland 2000, 36-45.
30. Vgl. Hennig 2013, 43-44.
31. Vgl. Wieland 2000, 49.
32. Vgl. Hennig 2013, 50-51.
33. Ebda., 45 und 54.
34. Vgl. Wieland 2000, 61.
35. Ebda., 64.
36. Ebda., 65.
37. Wieland 2000, 67.
38. Wieland 2000, 52.
39. Ebda., 73.
40. Wieland 2000, 59.
41. Ebda., 68.
42. Ebda., 69.
43. Ebda., 73.
44. Wieland 2000, 60.
45. Ebda., 80.
46. Wieland 2000, 71.
47. Ebda., 71.
48. Ebda., 95.
49. Wieland 2000, 95.
50. Ebda., 95.
51. Ebda., 80.
52. Wieland 2000, 80.
53. Ebda., 81.
54. Vgl. Malcolm 1996, 269.
55. Vgl. Wieland 2000, 165.
56. Džihic 2009, 17-18.
57. Vgl. Wieland 2000, 109.
58. Vgl. Buden 2009, 107.
59. Vgl. Džihic 2009, 17-18.
60. Džihic 2009, 17-18.
61. Vgl. Wieland 2000, 62.
62. Ebda., 62.
63. Wieland 2000, 106.
64. Vgl. Džihic 2009, 17-18.

65. Vgl. Hettling 2010, 84.
66. Ebda., 85.
67. Hettling 2010, 85.
68. Ebda., 86-87.
69. Ebda., 87.
70. Ebda., 88.
71. Ebda., 88.
72. Ebda., 88.



## 4. Architektur

„Jedes Zeichen scheint allein tot. Was gibt ihm Leben ? - Im Gebrauch lebt es.  
Hat es da den lebenden Atem in sich? - Oder ist der Gebrauch sein Atem?“

Ludwig Wittgenstein  
aus „Eine existenzielle Deutung“

## 4.1 Utopie

„In ihrem innersten Kern hat Utopie nichts mit der Vorstellung von einer unmöglichen idealen Gesellschaft zu tun; charakteristisch ist vielmehr die (so wörtlich) Konstruktion eines u-topischen Raumes, eines gesellschaftlichen Raumes außerhalb der existierenden Parameter, der Parameter dessen, was im bestehenden gesellschaftlichen Universum „möglich“ scheint. „Utopisch“ ist eine Geste, die die Koordination des Möglichen verändert.(...) (U)topie (hat) nichts mit dem vom wirklichen Leben abstrahierenden Traum von einer idealen Gesellschaft zu tun: „Utopie“ ist eine Sache von höchster Dringlichkeit, etwas in das wir um unser Überlebens willen hineingestoßen werden, wenn es nicht mehr möglich ist, innerhalb der Parameter des „Möglichen“ weiterzumachen.“

Slavoj Žižek  
aus „Die politische Suspension des Ethischen“



#### 4.1.2 Die Utopie einer „normalen“ Gesellschaft

Die großen Geschichten sind geschrieben, die heilsbringenden Visionen verpufft. Die letzten baulichen Fresken moderner Götter, die sich noch radikal der Veränderung der Welt verschrieben hatten, verblassen im postulierten Pragmatismus heutiger Tage, Hightech-Ikonen korrodieren unter der Erblast nie dagewesener Flexibilität und ihre Konstrukteure betrauern den Umstand, trotz raumfahrtsästhetischem Chassis und Space-Shuttle-Optik kein einziges Mal im Weltall angekommen zu sein. Seit Jahrzehnten suhlen sich Architekten und Stadtplaner im Weltschmerz einer utopielosen Zeit oder verweisen in leidiger Melancholie auf die längst vergangene zügste „goldene Ära“ der Architektur.

Versteht man Utopie im Žižek'schen Sinne, begreift man hingegen, dass das Glas zum Bersten voll ist an gesellschaftlichen Dringlichkeiten, der sich auch die Architektur selbstbewusst stellen könnte, würde sie sich erst einmal wieder auf ihre eigenen Stärken besinnen.

Seit den Anfängen vitruvianischer Architekturlehre wandelten diese Stärken, der sogenannte harte Kern der Disziplin, in Form der baukünstlerischen Triade „firmitas, utilitas und venustas“ vom Status großer Anerkennung und der Betonung ihrer Autonomie bis zur chaotischer Deformierung und dem Auflösen der Grenzen der Disziplin. Und wie ist es heute?

Im trüben Informationsfluss einer immer komplexer verflochteneren Welt findet nicht die Architektur, in ihrer oftmals als Lähmung angeklagten Starre, ihre gesellschaftliche Dienlichkeit und Signifikanz wieder? Liegt in ihrer statischen Beschaffenheit, ihrer Festigkeit, nicht ihre größte Möglichkeit verankert? Erfüllt sie nicht als Behältnis von Leben und als Hintergrund menschlicher Geschichten ihre bedeutendste Funktion? Kann sie nicht besonders durch ihre klare Gestalt und ihre generische Neutralität Ausdruck und Symbol offener Inhalte werden?

Und welche Rolle kann die Architektur in diesem Sinne für Bosnien und Herzegowina spielen?

Es wäre wahnwitzig, sie als Pionier mit der Aufgabe gesellschaftlichen Bewusstseinswandels zu betrauen. Dennoch kann sie in utopischer Weise helfen, die imaginären Helden der überwundenen transethnischen Revolution (nach den Worten Budens) aus den Kinderschuhen der neuerlangten Demokratie zu befreien. Denn wie auch am Beispiel aktueller „Polit-Frühlinge“ spürbar (unter welchem Titel im Übrigen auch die Proteste in Bosnien im Februar 2014 geführt wurden), bietet gerade der Zeitpunkt sozialen und politischen Revolutionserfolges nicht per se die Lösung alltäglicher Probleme. Das zu begreifen, nicht unter der Sintflut ungelöster Problematiken unterzugehen, sondern unbeirrt weiterzuschreiten, darin liegt die Herausforderung, deren gesellschaftliche Annahme die Architektur durch ihre eigenen Stärken unterstützen könnte. In diesem Sinne würde die Architektur nicht nur ein Bild einer funktionierenden Gesellschaft ablichten, sondern diese Gesellschaft auch gleich in einen Diskurs miteinbeziehen, welcher die Schwierigkeiten behandelt, in einer fortlaufend divergenten Prozessualität alltäglicher Entwicklungen bestehen zu können. Die Utopie dieses Projektes erzählt von dieser „normalen“ nicht idealisierten, aber dennoch besseren Gesellschaft Bosniens.



### 4.1.3 Innovation

„Innovation“, die geerdete Ersatz-Utopie unserer Zeit, quält als unreflektiertes Schlagwort oder hedonistische Verkaufsstrategie eine gestalter-in- und externe Debatte um das postulierte Neue. Das Problem der Innovation lässt sich jedoch nur im Anfall geistiger Müdigkeit alleine auf die „Einführung neuer Technologien und Materialien oder gar konzeptueller Erfindungen“ beschränken. Alexander D’Hooghe verbindet Innovation in der Architektur vielmehr mit einem konkreten Bewusstsein von sich immer wiederholenden Ideologien und Traditionslinien. In diesem Sinne würde dieses Bewusstsein helfen,

*„uns von den Zwängen dieser Ideologie zu befreien oder zumindest den Diskurs, in dem wir gefangen sind, präziser und mutiger anzugehen (...) Ein solches Ideologiebewusstsein bewahrt den Architekten letztlich davor Geisel einer bestimmten Tradition zu werden. Stattdessen wird er in die Lage versetzt, sich gleichzeitig mit verschiedenen Traditionen auseinanderzusetzen, um sein Werk als Choreographie von Dialogen und Diskursen mit verschiedenen Partnern zu entwickeln. Ideologiebewusstsein ist somit der Ausgangspunkt für Innovation.“<sup>1</sup>*

Ähnlich wie die Utopie, steht auch die Innovation im paradigmatischen Sinne für die Weltverbesserung. Mit den Errungenschaften kreativer Ideen soll dabei gesellschaftliche Veränderung evoziert werden. Jeder architektonische Jahrgang versucht sich an dieser stetigen Revolution zu beteiligen, deren Erzfeind die sogenannte „Entfremdung“ darstellt. Doch was ist diese „Entfremdung“ überhaupt, der wir so verzweifelt versuchen immer wieder den Gar aus zu machen?

Norbert Bolz erklärt sie in Form der Dialektik von Mensch und Gesellschaft. Der Mensch als Individuum sehnt sich unverändert, trotz steigender wissenschaftlicher Evidenzen nach einer Zielsetzung für sein Bestehen, er braucht den Sinn. Möge das geschehen, weil er als einziges Wesen im Zwang ewiger Selbstreflexion gefangen ist oder bloß aufgrund seiner unheimlich großen Liebe zu guten Erzählungen. Die Gesellschaft auf der anderen Seite soll funktionieren, braucht weiters aber im Gegensatz zum Individuum keinen Sinn.

*„Soziale Systeme funktionieren, aber sie sind nicht auf etwas aus. Das bringt uns in eine schiefe Stellung zur Gesellschaft und bereitet ein Unbehagen, das man in romantischen Zeiten „Entfremdung“ genannt hat. Jeder Mensch braucht ein Ziel, aber die Gesellschaft kann kein Ziel brauchen. Das Individuum wird sich damit selbst zum Problem“<sup>2</sup>*

Im Zuge dieser fortlaufenden Selbstirritation, bedingt durch die Fülle meist zeitgeistlich beeinflusster Lebensziele entwickelten Menschen ein gewaltiges Spektrum an Veränderungsideen, die trotz oftmals vermuteter Divergenz auf relativ wenige Themen reduziert werden können. Georg Kateb subsumiert in seinem Werk *Utopia and its Enemies* die drei Hauptkategorien denen sich sämtliche Formen der Weltrettung immer wieder aufs Neue verschreiben: *die Gemeinschaft, Die Natur, der Fortschritt.*

Ferdinand Tönnies beschreibt den Unterschied von Gemeinschaft und Gesellschaft wie folgt:

*„Gesellschaft ist die Öffentlichkeit ist die Welt. In Gemeinschaft mit den Seinen befindet man sich, von der Geburt an, mit allem Wohl und Wehe daran gebunden. Man geht in die Gesellschaft wie in die Fremde.“<sup>3</sup>*

Den Versuch dieser gesellschaftlichen Fremde durch menschliche Homogenisierung zu entfliehen, haben wir bereits bei den Grundsätzen des ethnischen Nationalismus kennengelernt. Bürgerlichkeit und liberale Systeme versuchen Gemeinschaft hingegen durch einen neutralen Bezugsrahmen herzustellen und Gemeinsinn durch die Kollektivierung von Interessen zu stiften. Unbestreitbar bleibt in jedem Fall die Beständigkeit eines gemeinschaftlichen Bedürfnisses. Die Rückkehr des Menschen zu und in die Natur bildet ebenfalls ein chronisches Muster aus. Der Natur entsprungen, entfernen wir uns immer wieder soweit von ihr bis uns ein gewisses Unbehagen zwingt die Kehrtwende einzuschlagen. Dieses Unbehagen nennt sich "Rationalisierung". Von der Seelenheilung der „Romantik“ als Gegenposition zur rationalen Errungenschaften der Aufklärung bis zur Neuentdeckung der naturbezogenen Endlichkeit (mit dazugehörigem Hippie-Kult) hervorgerufen durch die Erdfotos des Weltraumflugs, wiederholen sich die Motive. Der Fortschritt, als dritter und letzter großer Topos, beschäftigt sich mit Wachstum und Profit, und impliziert bezogen auf menschliche Gesellschaften automatisch das Thema „Rationalisierung.“

*„Eine Gesellschaft, die keinen positiven Begriff von Wachstum hat geht unter. Nur der Profit gibt der Moral Stabilität.“<sup>4</sup>*

Doch die scheinbare Dichotomie der drei Kateb'schen Begriffe scheint Ende des 20. Jahrhunderts nicht mehr so unvereinbar zu sein, wie oftmals proklamiert. Im Anflug wissenschaftlich evidenten Klimawandels scheinen sich die Kräfte Ökologie und Ökonomie nach langem und harten Kampf vereint zu haben. Und auch das Soziale wird zu Beginn des 21. Jahrhunderts Nutznießer westlicher Wohlstandsletargie. Mit Hilfe des Sozialpropheten Internet hat der Kapitalismus (nach Bolz) scheinbar endlich geschafft den Marxismus zu verinnerlichen.

#### 4.1.4 Hintergrund

„Architektur wird nämlich *unterschätzt*. Denn obzwar sie in ihrem Namen das Leben gestalten wollen, meinen die Machtergreifer, dass der Vorsatz genüge, progressiv zu sein. Im ‚Environment‘ ist jener sich fortwährend überschlagende Schwachsinn zum Begriff geworden: die Arroganz, dass die Welt an der Architektur genesen werde, und die Bescheidenheit, dass dazu die Abrundung aller Ecken erforderlich sei. Aber es nützt nichts. Kein Architekturprodukt mehr, und sei es noch so flexibel und aufgeblasen, wird die Rolle spielen, die einmal Kuppel oder Rippengewölbe gespielt haben. Die Verheißungen der beherrschten Natur erfüllen sich anderswo. Das wollen sie nicht wahrhaben - und so schaffen sie sich architektonische Imitationen, ähnlich wie pazifische Inselbewohner die zwischenlandende Flugzeuge nachbilden und göttlich verehren. Ich schlage zur Beruhigung vor, alle Öffentlichkeitsarbeit für suspekt zu halten: alle Publizität, die nicht Entwurf oder Theorie vorstellt, alles ‚gesellschaftliche Engagement‘, das nicht politische Aktion ist, alle ‚Projektarchitektur‘ und dergleichen Schmunzelkunst, alle Obszönität, die nicht um ihrer selbst willen veranstaltet wird - kurz alle Versuche, der Architektur eine andere Rolle zu erpressen, als dazustehen und Ruhe zu geben. Architektur ist nicht das Leben. Architektur ist *Hintergrund*. Alles andere ist *nicht* Architektur.“<sup>Hatje Cantz.245</sup>

Hermann Czech  
aus „Nur keine Panik“

#### 4.1.5 Das Dynamische und das Statische

Jegliche bereits besprochene Weltveränderungssensenz, ob Natur, Gemeinschaft oder Fortschritt bringt im Laufe der Zeit bezogen auf ihre architektonische Ausgestaltung ihre eigenen „Formen und ästhetischen Konventionen“ zum Ausdruck. Die Assoziationen, die diese Begrifflichkeiten bei uns hervorrufen, reichen von „Textur, Gewebe, Kleinstadt, Monument“ bei Gemeinschaft über „Beschleunigung, Richtung, Aktivität“ bei Fortschritt bis zu „Organizismus“ bei Natur. Vor allem das Phänomen des „Organizismus“ blickt dabei auf eine lange Traditionslinie zurück.<sup>5</sup>

*„Von der Architektur der Neugotik bis zum Jugendstil, von den Ornamenten des Sozialistischen Realismus über die komplexen geometrischen Muster der abstrakten Kunst der Nachkriegszeit bis hin zum gegenwärtigen Faible für parametrische Entwürfe und komplexes 3D-Prototyping gibt es eine große formale Kontinuität in der Produktion von komplexen, nicht rechtwinkligen Formen.“<sup>6</sup>*

Dieser wiederkehrende Wunsch nach Komplexität in der Architektur, der versucht seiner Abneigung gegen puristische Tendenzen zu versinnbildlichen, setzt dieses Verlangen oftmals in formaler Nachahmung der Natur oder Pflanzenwelt um. Dabei wird probiert etwas Lebloses in etwas Lebendiges zu verwandeln. Das Statische kostümiert sich als etwas Dynamisches. Begreift man hingegen den Menschen und alle in der Natur vorkommenden Lebewesen als das wahrhaft Dynamische und schreibt nicht der leblosen Materie, aus der Gebäude nun einmal bestehen, eine fiktive wachsende Attitüde zu und akzeptiert ihre statische Immanenz, ergibt sich ein gegenseitig unterstützender Kontrast und eine interessante Spannung zwischen menschlichem Benutzer und architektonischem Gerüst. Der Wunsch nach vitaler Komplexität und Variabilität geht dabei nicht verloren, sondern wird durch den Menschen und das Leben dargestellt. Die Architektur auf der anderen Seite dient als Hintergrund und setzt das Leben so erst in Szene. Sie ist so gesehen die

*„leere Leinwand (...), auf die Bewohner und Nutzer alle möglichen Träume projizieren könnten“<sup>7</sup>*

Durch Setzung geometrisch-klarer Formen und Ordnungen soll dabei Platz für unterschiedlichste offene menschliche Prozesse geschaffen werden. Mit dieser These wären wir bei der „Tradition der leeren Plattform“ angelangt, bei „structure and infill“, der Überzeugung Architektur könne als offenes Gerüst jegliche Inhalte in sich aufbewahren und den Fragen der Funktion, Ideologie und Ästhetik neutral entgegen schreiten.

In den fünfziger Jahren entwickelte sich der Strukturalismus als Ausdruck dieser Haltung in der Architektur. Den Begriff entlehnte man, wie so oft bei architektonischen Stilismen üblich, einer anderen Disziplin, der Philosophie. Aufbauend auf der Erkenntnis, dass es sich bei menschlichen Bindungen um nicht zentrierte „komplexe Systeme von Beziehungen“ handle, verstanden die Strukturalisten ihre Aufgabe darin, diese Beziehungen in architektonische Strukturen umzuwandeln.<sup>8</sup> Sie wollten

*„(...) eine organische Gesellschaftsordnung wiederherstellen und so die Launen der architektonischen Autorenschaft sowie das Machtgefälle zwischen Entwerfer und Benutzer aus dem Prozess eliminieren.“<sup>9</sup>*

Vor allem die als partizipatorische Praxis bekannte Strömung sollte dem Architekten der Aufgabe entledigen Entscheidungen, vor allem auch ästhetischer Natur, de jure zu treffen und schlug anstelle dessen vor, die Benutzer selbst mit ihrer Vorstellung von Gemeinschaft gestalterisch zu konfrontieren. Im Kontext dieser Ausformulierung wurde auch besonders darauf geachtet die Architektur so flexibel wie nur möglich zu gestalten.

Einige Problematiken begegnen uns in diesen Glaubensgrundsätzen, die sich auch in geschichtlicher Praxis als kritisch herausgestellt haben. Dadurch dass viele der auf dieser theoretischen Basis erbauten Werke sich dem Paradigma der Flexibilität verschrieben hatten und als temporäre Interventionen kurzlebig konzipiert wurden, mussten sie dem architektonischen Schicksal Tribut zollen, als dauerhafte Bauwerke bestehen zu bleiben. Zwar funktionierte Partizipation in gewissen Fällen, konnte als dauerhaftes Konzept, jedoch nicht die Berufung des Architekten ersetzen. Interessant scheint in diesem Zusammenhang das Argument, das die Architektenvereinigung „Baukuh“ mit Zuhilfenahme eine Rossi'schen Verständnisses des Ortes vorlegt.<sup>10</sup>

*„als ein Verzeichnis aller Erwartungen, Bedürfnisse, Wünsche, Ambitionen und Erinnerungen (...), die dort gespeichert sind. Die Komplexität der Gesellschaft scheint am Ort bereits in ein materielles Alphabet übersetzt, bereits räumlich organisiert, bereits in Architektur gegossen, und tritt dort in spezifischer, bestimmter, ganz singulärer Weise auf. Wenn die Architektur auf den Ort reagiert, und nur auf ihn, reagiert sie auf all das, was dort enthalten ist. Man muss nichts anderes tun. Die Gesellschaft, die Nachbarschaftsinitiativen, die Interessenvertreter, die Alten, die Kinder, sie alle sollen nicht befragt werden, sie alle sollen nicht partizipativ einbezogen werden, weil sie bereits partizipieren und zwar in der einzig möglichen Weise- durch die Architektur der Stadt“<sup>11</sup>*

Eine zusätzliche These, die an dieser Stelle zu entmystifizieren wäre, ist die Behauptung und lang praktizierte Einstellung einer Unvereinbarkeit von Ästhetik und Soziologie in der Architektur. Demzufolge bürgerte sich das Vorurteil ein, soziale Architektur müsse gestalterische Fragen ignorieren oder verachten. Stereotypisch zu behaupten, nur die Verbindung und Verschmelzung der Architektur mit anderen Disziplinen könne gesellschaftlichen Impetus bedeuten, stellt sich heute als äußerst fragwürdig dar. Denn gerade im Gegenteil verkörpert die „kühl“ wirkende Autonomie der Architektur, die oftmals a priori mit einem „politischen Desinteresse“ gleichgesetzt wird, in Verbindung mit einer besonders kuratorische Haltung eine viel bewusster und gesellschaftsdienlichere Aussage. Gerade das Ordnen, kann dem Statischen zugewiesen werden und muss nicht am Menschen immer wieder praktiziert werden. In diesem Sinne müsse die Agenda zeitgenössischer Architektur bezogen auf die Erkenntnisse des Strukturalismus lauten, auf der einen Seite „formale Kontrolle zurückzugewinnen“, auf der anderen Seite „ideologische und funktionale Offenheit“ beizubehalten.<sup>12</sup>

*„Dann könnten wir ein architektonisches Projekt definieren, das für jede der drei Käteb'schen Entwicklungslinien offen wäre: Ein Gebäude, das so neutral ist, dass es als Projektionsfläche für jedes Wunschbild dienen kann - ganz gleich, ob es auf der Idee der Natur, der Gemeinschaft oder des Fortschritts basiert.“<sup>13</sup>*

Diese Theorie impliziert ein Bewusstsein für Stärken, Potenziale aber auch Grenzen der Architektur. Abgesehen von der statischen Komponente ist der Objektcharakter architektonischer Werke sowohl Grenze als auch Stärke dieser Disziplin. Die Möglichkeit zu ordnen und zu organisieren ist eine weitere, sowie diese bewusste Setzung glaubens- und gebrauchstechnisch offen zu gestalten.<sup>14</sup> Nur könnte es gelingen

*„(...) eine neue Generation monumentaler Leerräume zu schaffen, offene Plattformen, leere Zeichen, die jede Ideologie, jede Überzeugungen beherbergen können und erst durch den Gebrauch ihre Bedeutung erlangen?“<sup>15</sup>*



## 4.2 Parlamente

„Das Parlament, zunächst verstanden als politische Institution, lässt sich historisch als die Konstitution jenes Ortes beschreiben, an dem die geregelte Ausübung der mit der Staatsangehörigkeit verbundenen Rechte stattfinden kann. Um einen Staat zu bilden, braucht es einen juristischen Raum (verstanden als Gesamtheit von Bürgern, die durch Rechte und Pflichten mit dem Staat und untereinander verbunden sind), und es benötigt einen Ort des organisierten Konsenses bzw. einen Ort eines geregelten Dissenses. Der politische Witz des Parlaments liegt in seiner Qualität als sozialer und symbolischer Institution. Wir alle wissen, dass im Parlament der gesellschaftliche Konsens nicht hergestellt und dass der in der Gesellschaft bestehende Dissens nicht adäquat zum Ausdruck gebracht wird - aber das Parlament *könnte* doch immerhin der Ort sein, an dem dies geschieht. (...)

Bei aller Vehemenz aber, mit der man das Parlament denunziert, zeigt sich doch in der Realität, dass es ein Vertrauen in diese Institution gibt. Das Parlament als Institution - ist es erst einmal organisiert - funktioniert wie ein Mechanismus, und in der Rede über das Parlament versammeln sich deshalb Meinungen und Behauptungen, die wie regelmäßige, repetitive, konstante, automatische Prozesse anmuten. Das Parlament, verstanden als Parlamentsgebäude, ist das petrifizierte Ergebnis dieses sozialen Automatismus.“

Alfred J. Noll  
aus „Repräsentation der Repräsentation?“

#### 4.2.1 „Der nationale Stil“<sup>16</sup>

*„Als Urszene der politischen Moderne gilt die öffentliche Exekution Louis XVI. am 21. August 1793 in Paris. Die Tötungsart der Enthauptung hätte kaum symbolischer sein können:(...) Die Dekapitation des Königs auf der Place de la Revolution hinterließ - in sinnbildlicher Übertragung- einen kopflosen Volkskörper.Damit dieser nicht desorientiert in seine individuellen Einzelglieder zerfiel brauchte es neben politischen Strukturen wirkungsvolle soziale Konstruktionen des Zusammenhalts.“<sup>17</sup>*

Diese Rolle, das Volk auf „wirkungsvolle“ Weise neuzuvereinen, wurde, wie bereits des öfteren besprochen, dem Gebilde der Nation zu teil. Dessen Nachfolgefunktion als kollektives Bindeglied sollte sich aber vor allem durch den unterstützenden Einfluss bedeutungsgeladener Identitätsträger wie einer jeweils heroisierten und personalisierten Geschichte als reale Macht entwickeln. Oder anders formuliert:

*„Am Wendepunkt zwischen Feudalismus und Demokratie bekam die Vergangenheit einen neuen Wert: Sie beschränkte sich nicht allein auf die höfische Gesellschaft, sondern sie gehörte nun allen.“<sup>18</sup>*

Die allgemein beflügelte Wahrnehmung historischer Bedeutsamkeit verhalf in diesem Kontext auch der Kunstgeschichte zu rapidem Aufschwung in Form ihrer Anerkennung als wissenschaftlicher Disziplin zur Jahrhundertwende. Dementsprechend sprang sie auch bei der Konstruktion nationalen Bedeutungsmerkmale sinnstiftend mit ein. Besonders die Stilgeschichte, als ihr fachspezifischer Teilbereich, konnte dabei durch die Herausarbeitung epochaler und örtlicher Bezüge als nationaler Differentiator dienen. In diesem Sinne reichte der Klassizismus, der bereits zuvor als bauliche Umsetzung einer neuzeitlichen „Kanonisierung der Antike“ Einzug in eine weitverbreitete Rezeption gefunden hatte und heute vielleicht als der letzte gesamteuropäische Stil gewertet werden kann, bald nicht mehr aus, dem Streben nationaler Eigenständigkeit Ausdruck zu verleihen und wurde durch die Anhäufung nationalromantischer Symbolik am Beginn des 19. Jahrhunderts untermalt.

Nationalismus und Historismus schritten im 19. Jahrhundert nicht nur parallel nebeneinander her, sondern bedingten und begründeten sich gegenseitig durch „positivistische Argumente“ und erzwangen demzufolge eine Stilisierung der „individuellen Volkscharaktere“.

Eine derartige Verbindung von Charakter, sprich der inneren Wesensart, mit dem äußeren (menschlichen aber auch architektonischen) Erscheinungsbild, fügte sich einer langen Traditionslinie, die sich von der griechischen Antike mit den ersten Persönlichkeitstypologien Hippo-

krates beginnend, über den „physiognomischen Theorien“ Descartes während der Aufklärung und seinem Versuch der Erklärung der menschlichen Natur an der Schnittstelle zwischen Körper und Seele, bis in das edukative Erscheinungsbild der Revolutionsarchitektur a la Ledoux und Boullée niederschlug.

Durch das Streben nationaler Autonomie kam es auch im kulturellen Belangen zu einer Vereinigung von „Charakterlehre“ und Historismus .

*„Über den Rekurs auf eine für den jeweiligen Volkscharakter als spezifisch und signifikant angenommene geschichtliche Epoche und deren Erscheinungsform sollte nationale Identität evoziert werden, die der Stärkung bestehender oder auch noch zu bildender kollektiver Zusammenschlüsse diene“<sup>19</sup>*

So erreichte besonders die Gotik als „Nationalstil“ einen wiederkehrenden Einfluss auf die baukünstlerische Entwicklung jener Jahre. Starke Beachtung erfuhr sie in dieser Hinsicht durch Frankreich, England und Deutschland, die sich im Anflug stilistischen Bestätigungsdranges vom Klassizismus lossagten, um die Spuren hochkultureller europäischer Ursprünglichkeit Richtung Griechenland und Italien zu verwischen. Aber auch innerhalb des anticlassizistischen Triumvirats führte der Anspruch auf einen autonomen Nationalstil zu kulturellen Sticheleien.

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem mittelalterlichen Vergangenheit führte unterstützt mit der aus Goethes Feder stammenden Postulierung der Gotik als „deutsche Baukunst“ zu ihrer Proklamierung als deutsches Besitzmonopol. Dieser Umstand schrie nach einer baulichen Zwangsbefriedigung und verschuldete die wohl dramatischte Revitalisierung jener Zeit durch die Umwandlung einer „Ruine in ein Nationaldenkmal“ in Form des Kölner Doms. Die Vorbildwirkung der Kathedrale von Amiens für den Kölner Dom wurde in diesem Zusammenhang nicht bloß mit Ignoranz versehen, sondern in abwertender Manier durch das Argument, der gotische Baustil sei erst durch den deutschen Geiste erkannt und durchdrungen worden, entkräftet. Versuche kulturelle Eigenarten durch Baustile und Ordnungen zu vermitteln, waren jedoch nicht erst zur Zeit nationaler Emanzipation kreiert worden. So hatte bereits Louis der XIV zum Entwurf eigener französischer Säulenordnungen verordnet. Dieser Reiz verlor bis in die politische Moderne nicht an Reiz, wie der mit Maiskolben und Tabakblättern verzierten Kapitele am Kapitol in Washington oder der russischen Beitrag in Moskau mit Hammer und Sichel zeigt.

## 4.2.2 Parlamentsgeschichte

Die Geschichte der Parlamente nimmt ihren Anfang dennoch nicht in Form architektonischer Neubauten gemäß einer Artikulation des jeweiligen nationalen Stils, sondern beginnt mit der Umnutzung und Umwidmung bestehender meist aus der dynastischen Ära stammenden Räumlichkeiten. Im postrevolutionären Frankreich bedeutete dies eine Neubesetzung der Adelspaläste zum Zwecke parlamentarischer und kultureller Notwendigkeiten. In Paris wurde das Louvre, das zusammen mit Versailles als „operative Schaltstelle“ der Monarchie gedient hatte, bereits vier Jahre nach der Revolution aufgrund seines reichen königlichen Kunstbestands in ein öffentliches Museum verwandelt. Das Palais du Luxembourg sollte ab 1800 den französischen Senat, sprich die zweite Kammer des französischen Parlaments beherbergen, während das Palais de Bourbon, ein für die einzige leibliche Tochter Louis XIV. erbautes Lustschloss, von diesem Zeitpunkt an als Unterkunft des Assemblée nationale, der ersten parlamentarischen Kammer, diente. Eine wichtige bauliche Intervention und axiale Neuorientierung erhielt das Gebäude unter der Herrschaft Napoleons, indem es Richtung der Seine mit einem klassizistischen Portikus versehen wurde.<sup>20</sup> Auch die Parlamente in Italien und später in Griechenland sollten ihre neue Heimstätte durch das Requirieren ehemaliger Adelspaläste finden.

Der erste ausgewiesene Neubau parlamentarischer nationaler Bedeutung begegnet uns in Form des amerikanischen Kapitols. Eine Neuerrichtung ergab sich aber vielmehr aus dem Umstand fehlender historischer Unterkünfte für die Aufnahme derartiger Funktionen in der neu gegründeten Hauptstadt Washington. Die Stadt entstand in einem rar bebauten hundert Quadratmeter großen Sumpfgebiet am Potomac Fluss. Innerhalb von zehn Jahren wollte man Infrastruktur und Städtebau soweit entwickelt haben, dass sie als Hauptstadt dienen konnte. Ein Wettbewerb für das Kapitol wurde 1792 ausgeschrieben, bei dem der Entwurf eines Arztes (mit architektonischer und künstlerischer Freizeit-Affinität) als Siegerprojekt hervorging. Die Arbeit, die sich an dem ohnehin sehr simplen Programm ohne jeglicher Stilvorgabe orientiert hatte, wurde unter anderem von Jurymitglied George Washington und Thomas Jefferson wegen seiner (republikanischen) Einfachheit und Zweckmäßigkeit gelobt., kam aber in ihrer ursprünglichen Form nie zur Ausführung. Benjamin Henry Latrobe ein aus England stammender Architekt wurde bald darauf mit der Überarbeitung des Entwurfs beauftragt. Seine dabei oftmals diskutierten Interventionen werden mit einer persönlichen Vorliebe für den Revolutionsarchitekten Ledoux in Verbindung gebracht, dessen Werke er während seiner Europa-Reise kennengelernt hatte.<sup>21</sup> Aber auch seine von Charles Bofins ausgeführte Arbeit sollte aufgrund akuten Platzmangels bald durch Thomas Ustick Walter in Form zweier imposanter Seitenflügel sowie einem immensen alles überthronenden Kuppelbau ergänzt werden. Spätestens zu diesem Zeitpunkt hatte der Bau seine Einfachheit verloren.

Eine bemerkenswerte Rotunde war in analoger Zeitspanne auch für das Parlament in der Schweiz entstanden, das sich außerdem noch mit einem pompösen der Opera Garnier nachempfundenen Treppenaufgang brüsten konnte.<sup>22</sup>

Die Parlamente in Berlin und Wien stellen zwei bauliche Beispiele einer Epoche im 19. Jahrhundert dar, die von zahlreichen vordemokratischen Systemen geprägt war. Dementsprechend waren auch die Ausführungen dieser Gebäude vom Gutdünken ihrer Herrscher abhängig. Während Wilhelm I. sich lediglich darum sorgte, dass die Kuppel des Berliner Reichstagsgebäudes die Rotunde seines eigenen Palastes nicht übertrumpfte und Wilhelm II. das deutsche Parlament gar als „Reichsaffenhaus“ beschimpfte, wollte und durfte Kaiser Franz Joseph am Entwurf des Reichratsgebäudes selbst Hand anlegen.

Auch stilistisch wurden unterschiedliche Wege eingeschlagen. Während Paul Wallot durch die Wahl des Eklektizismus seinem Bauwerk in diplomatischer Manier keine oder sämtliche Aussagen entlocken ließ, verfolgte Theophil Hansen konkrete edukative Ansätze, die er in seiner Bewunderung für die griechische Baukunst dem Klassizismus als „erhebend[en] und idealisierend[en]“ Stil zuschrieb.<sup>23</sup>

Die Lage in Großbritannien sollte sich angesichts ausgeprägter „parlamentarischer Tradition“ etwas anders entwickeln. Die zwischen 1840 und 1860 erbauten Houses of Parliaments entstanden aus dem standörtlichen und stilistischen Bezug zu deren Vorgänger, dem Palace of Westminster, der 1834 einem Feuer zum Opfer gefallen war. Eine neuer Bauplatz für die künftige Wirkungsstätte der „Lords and Comons“ wurde seitens der Bevölkerung von vornherein abgeblockt, ein Stilwandel in Richtung Klassizismus, fand wenig Anklang. Die Gotik als legitimes britisches Erbgut konnte durch den mit Frankreich assoziierten Klassizismus nicht ersetzt werden. Dementsprechend wurde der Wettbewerb im neugotischen Tudorstil ausgeschrieben. Die neuerliche Wiederaufbauung, des nach dem 2. Weltkrieg zerstörten Unterhauses wurde nach dem Wunsche Churchills originalgetreu umgesetzt, trotz oder gerade wegen dem „akuten Platzmangel“<sup>24</sup>

*„First we shape our buildings. Thereafter they shape us“<sup>25</sup>*

Auf raffinierte Weise bezieht sich Churchill dabei auf die „Dramaturgie der Gedrängtheit“. Gerade der Umstand der Enge erzeuge ein Gefühl der ständigen Dringlichkeit in Staatsangelegenheiten, „a sense of crowd and urgency“. Aber nicht durch seine Größe und quadratische Form distanziert einen britischer Plenarsaal von seiner typologischen Verwandtschaft, auch als gesamtes Gebäude entfernt er sich stilistisch gesehen von der Maße internationaler Parlamentsbauten.

Die Mehrheit der Parlamente fügte sich den Ausdrucksformen des Klassizismus, ein Umstand der durch die Tatsache, dass zwei Drittel der Gebäude aus dem letzten halben Jahrhundert stammen, besondere Neugier erweckt. Eine universell-verständliche Sprache kann dabei mitunter als triftiger Grund für den Erfolg klassizistischer Merkmale gewertet werden. Auch die Moderne konnte im Zuge ihrer Parlamentsgeschichte auf diese Qualität zurückgreifen.

Ihre wohl bemerkenswertesten Beiträge stehen im Kontext der mitunter größten städtebauliche Realutopien des 20. Jahrhunderts. Mit und in Chandigarh und Brasilia hinterließen die modernen Großmeister Le Corbusier und Oscar Niemeyer ihre architektonische Handschrift auf staatspolitischem Terrain. Während sich Chandigarh als akute Notwendigkeit im Zuge der indischen Unabhängigkeit 1947 aufdrängte, war der Beschluss einer neuen Hauptstadt in Form Brasílias bereits Ende des 19. Jahrhunderts getroffen worden. Die Errichtung einer geografisch zentrierten Schaltzentrale zur infrastrukturellen Entwicklung des Binnenlandes sollte allerdings ein weiteres halbes Jahrhundert in Anspruch nehmen bis unter der stadtplanerischen Feder Lucio Costas, der oftmals fälschlich als Flugzeug übersetzte und in Folge auch als solches interpretierte „Plano Piloto“ (Leitplan) in die Tat umgesetzt wurde.

Das Kernobjekt, der Nationalkongress von Brasilia, wurde am Ende einer der beiden Zentralachsen der Stadt von Niemeyer mit bestechender Symbolik, Klarheit und Leichtigkeit in Szene gesetzt und von 1958 bis 1960 in Stein und Glas gegossen. Die gekappten Kugelkalotten als Behälter der zwei Kammern lassen ein gemeinsames Ganzes erahnen. Die von der Moderne vielfach geforderten Ambitionen von Weite, Luft und Licht, wurden in Form weiter Vorplätze von „Genosse“ Niemeyer auch zum Zwecke des politischen Aktivismuses argumentativ freigegeben. Chandigarh, als Versinnbildlichung einer modernen egalitären indischen Gesellschaft nach dem Wunsche Nehrus, offenbarte sich Le Corbusier als Möglichkeit seine in „Vers une Architecture“ getätigte Proklamation, „über Architektur seien bahnbrechende Gesellschaftsprozesse nachhaltiger zu lancieren als durch politische Taten“, in die Praxis umzusetzen. Der als Kopf der restkörperlichen Planstadt inszenierte Regierungssektor beherbergte die politische Gewaltentrennung auch baulich geteilt. Le Corbusiers Parlamentskörper lebt dabei ebenso vom Zwiegespräch der beiden Kammern die als Kegel in der Mitte des Komplexes umringt von einem dreihüftigen Verwaltungskörper thronen.

Zeitgenössische Aufträge ließen auch den Dekonstruktivismus in die parlamentarische Baumaniege eintreten, wie am schottischen Parlament von Miralles bereits und am Coop Himmelblau Parlament von Tirana bald spürbar. Besonders wirkungsvoll tritt der Dekonstruktivismus gemäß seinem Namen aber durch die zerstörerische Wut eines anderen Projektes in Erscheinung. Günther Domenigs Dokumentationszentrum zerschneidet die bauliche Symmetrie des Nazi-Reichtagsgebäudes in Nürnberg mit einem Weg in und durch die Vergangenheit.

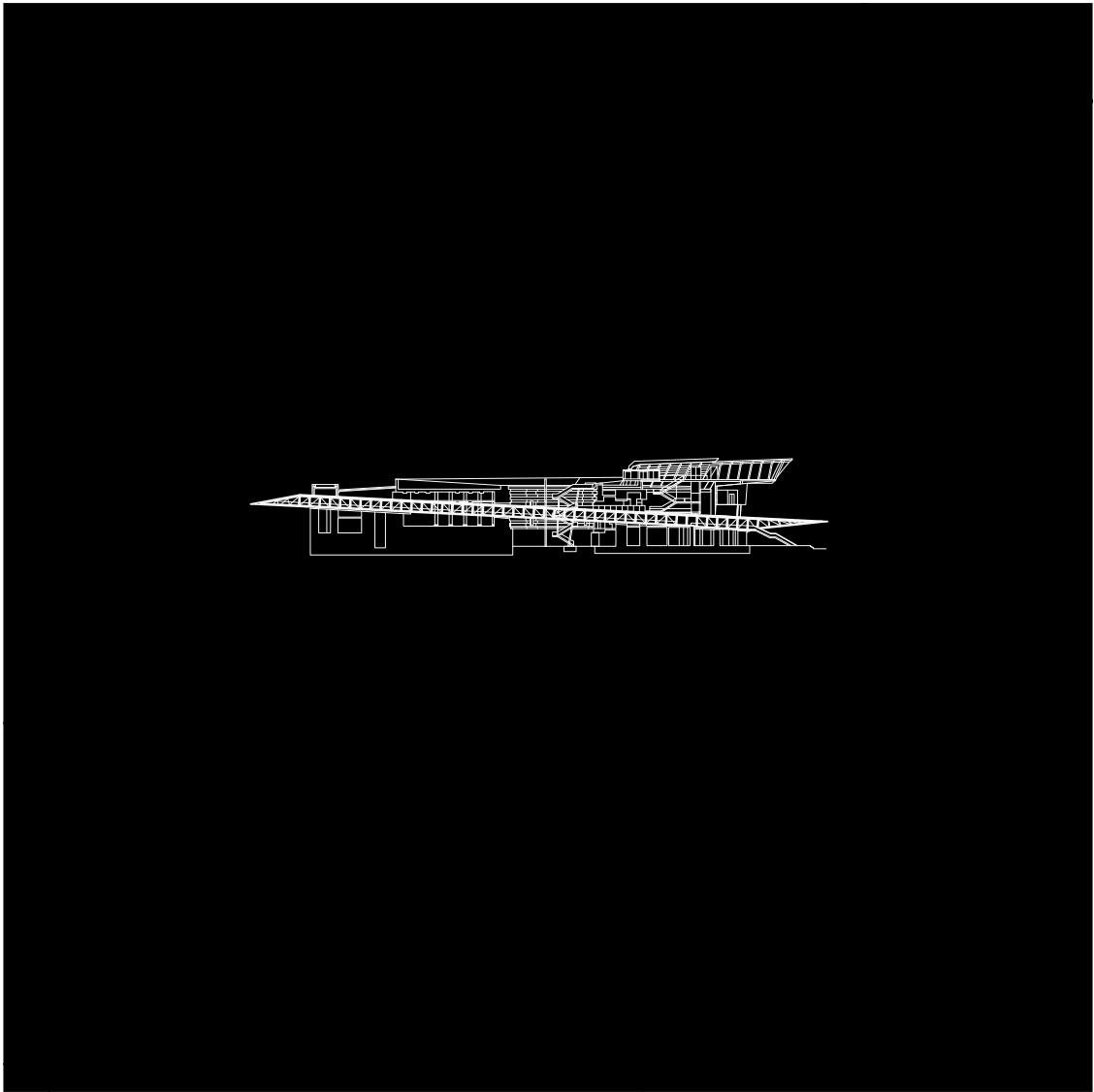
### 4.3 Referenzprojekte



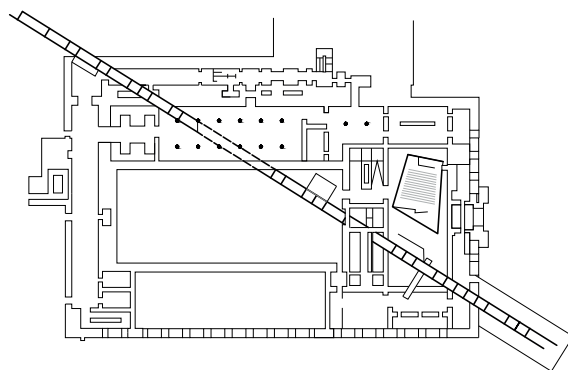


## Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände | Nürnberg

Architekt *Günther Domenig*  
Baujahr *1998 -2001*  
Ort *Nürnberg, Deutschland*  
Typ *Dokumentationszentrum*



Schnitt

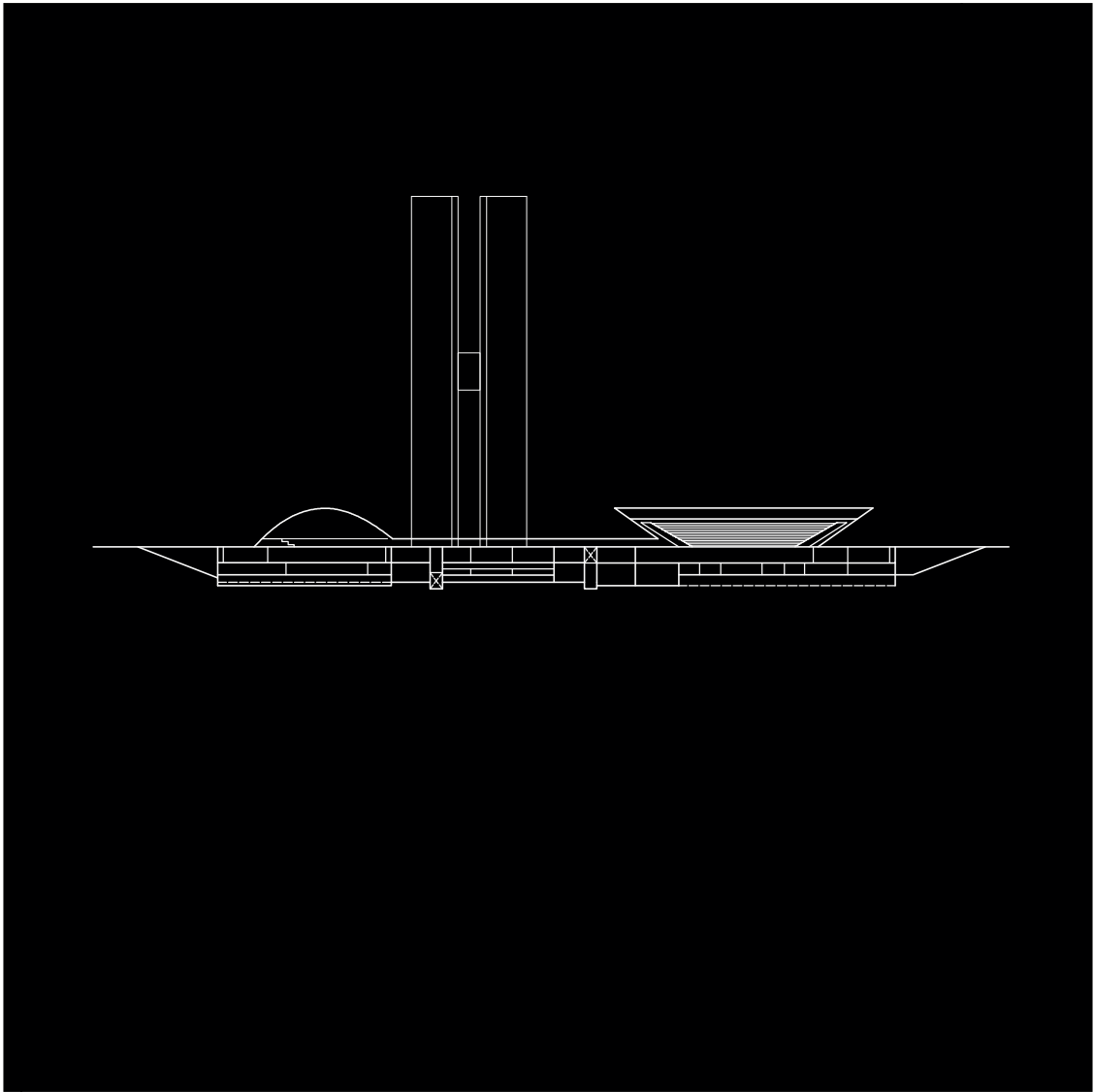


Grundriss

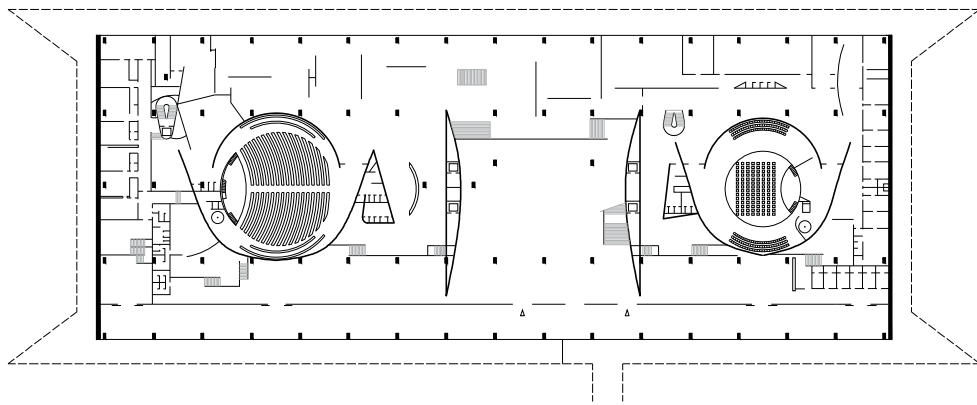


## Congresso Nacional do Brasil | Brasilia

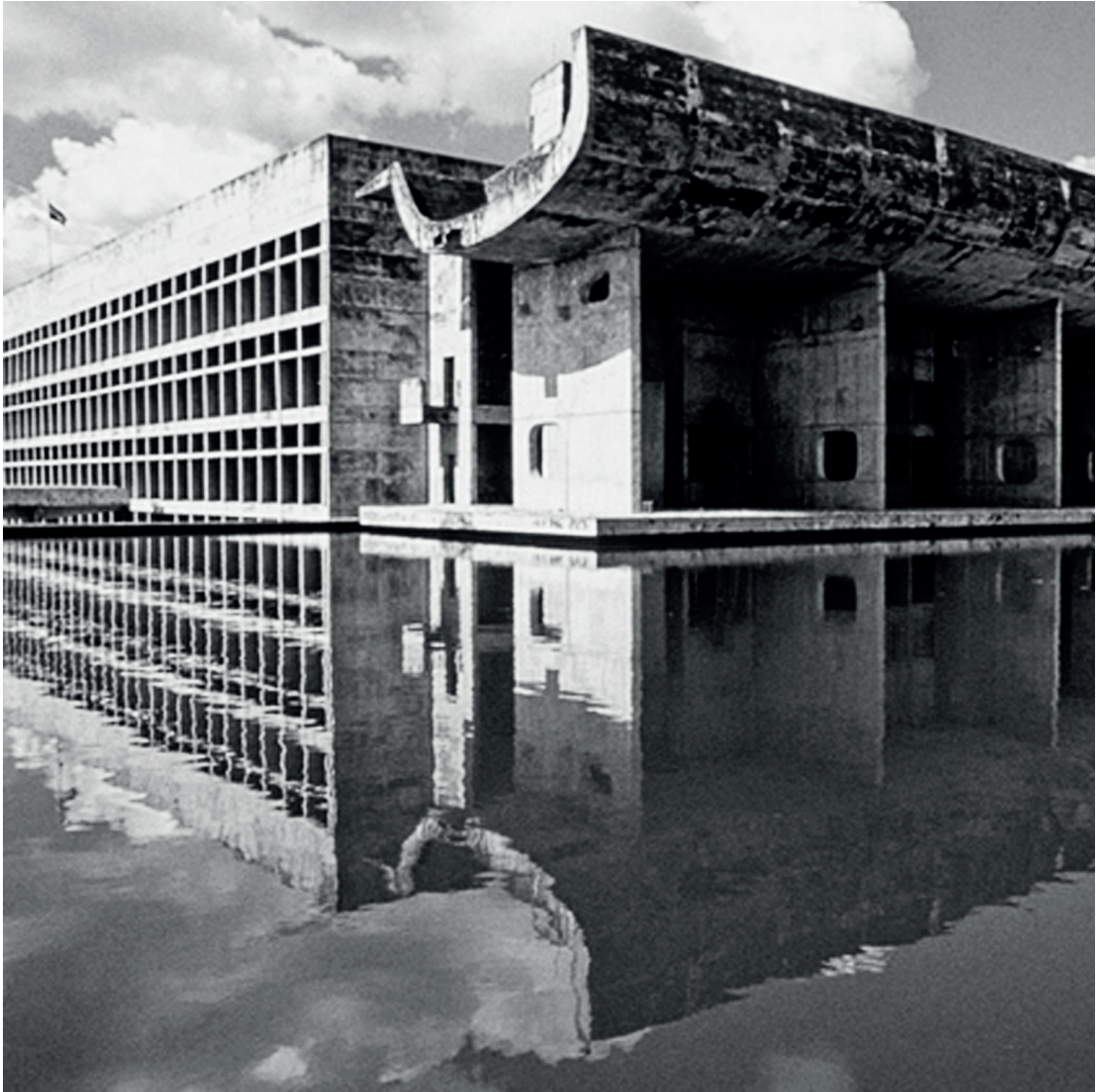
Architekt *Oscar Niemeyer*  
Baujahr *1958 -1960*  
Ort *Brasilia, Brasilien*  
Typ *Parlament*



Schnitt



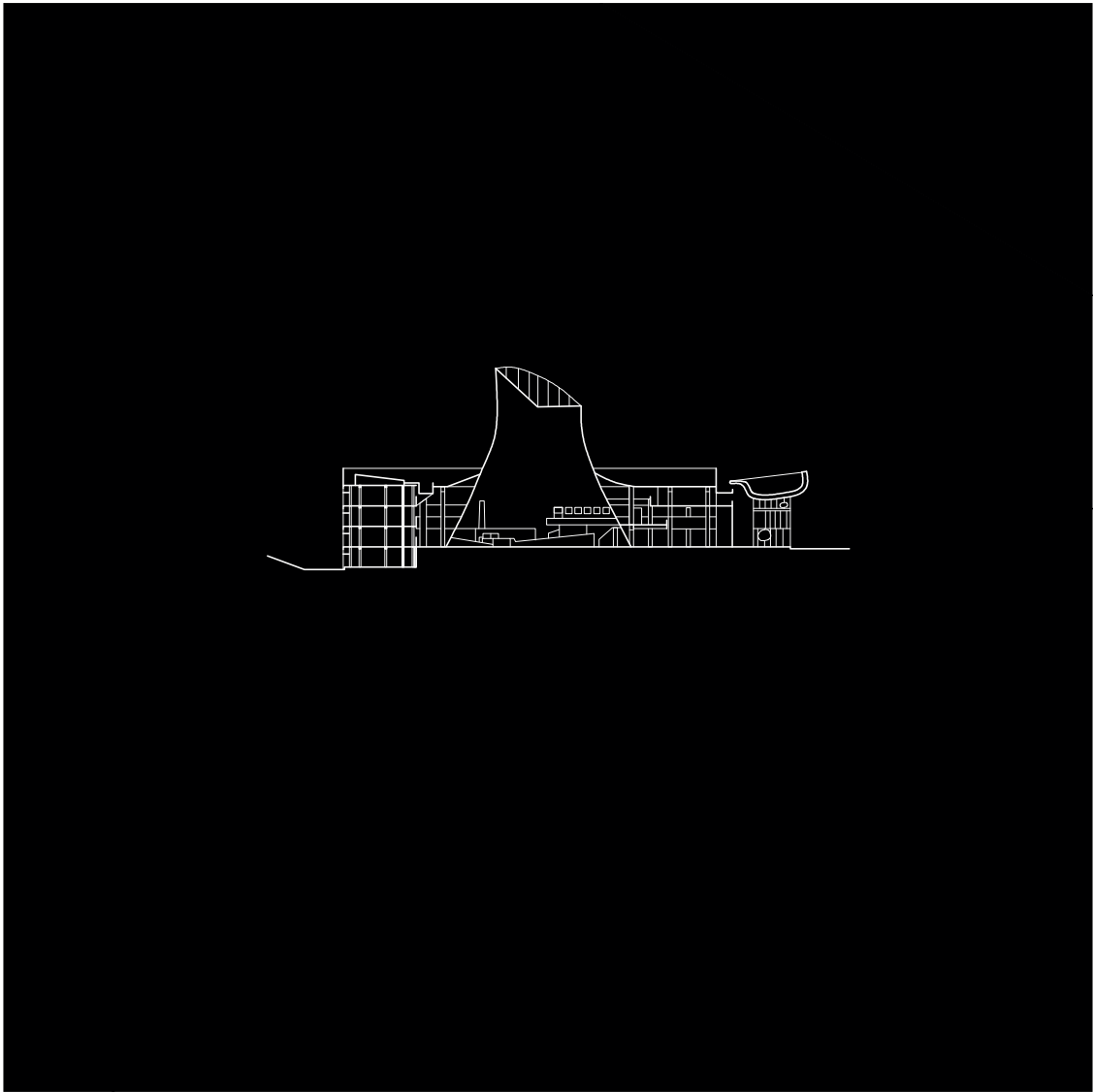
Grundriss



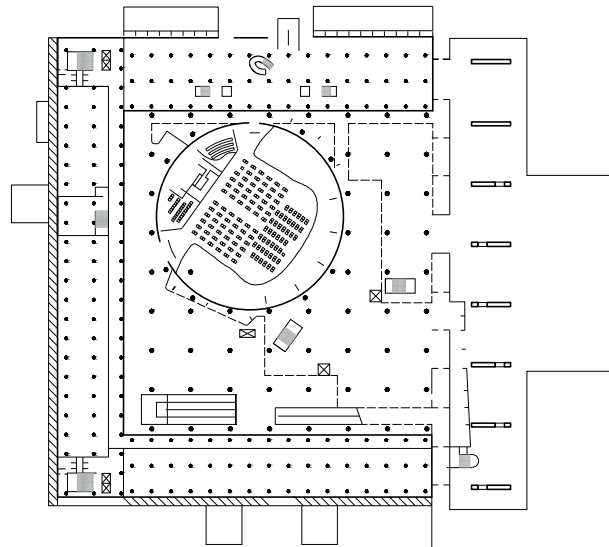


## Palace of Assembly | Chandigarh

Architekt *Le Corbusier*  
Baujahr *1953 -1963*  
Ort *Chandigarh, Indien*  
Typ *Parlament*



Schnitt



Grundriss



## Fußnoten

### Architektur

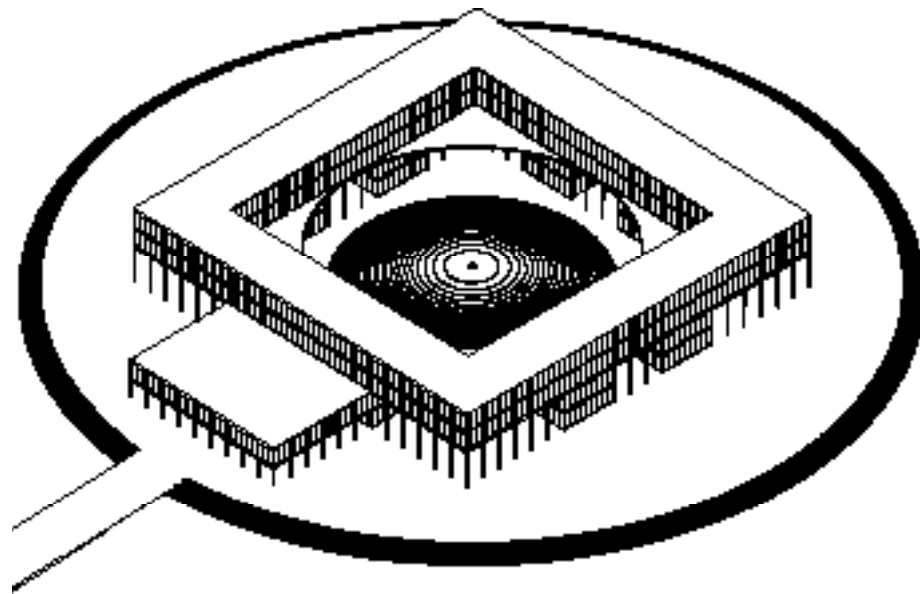
1. D'Hooghe 2014, 124.
2. Bolz 2012, 7.
3. Wieland 2000, 60.
4. Bolz 2012, 15.
5. Vgl. D'Hooghe 2014, 124.
6. D'Hooghe 2014, 124.
7. D'Hooghe 2014, 125.
8. Vgl. D'Hooghe 2014, 124.
9. D'Hooghe 2014, 125.
10. Vgl. D'Hooghe 2014, 125.
11. Kuhnert | Ngo 2014, 13.
12. Vgl. D'Hooghe 2014, 127.
13. D'Hooghe 2014, 125.
14. D'Hooghe 2014, 127.
15. D'Hooghe 2014, 127
16. Vgl. Heinze-Greenberg 2014, 126-134.
17. Heinze-Greenberg 2014, 126.
18. Heinze-Greenberg 2014, 128.
19. Heinze-Greenberg 2014, 131.
20. Vgl. Heinze-Greenberg 2014, 135-136.
21. Ebda., 137.
22. Ebda., 138-139.
23. Ebda., 140.
24. Ebda., 141.
25. Heinze-Greenberg 2014, 141.



## 5. Projekt

"The ambition of this project is to rid architecture of responsibilities it can no longer sustain and to explore this new freedom aggressively. It suggests that, liberated from its former obligations, architecture's last function will be the creation of the symbolic spaces that accommodate the persistent desire for collectivity."

Rem Koolhaas



Axo



## 5.1 Ein offenes Monument für eine transethnische Gesellschaft

Parlamente treten der heutigen Gesellschaft in zweifacher Weise gegenüber. Auf der einen Seite dienen sie der politischen Konsensfindung und Konfrontation als funktionales Behältnis, sind „Werkstätten der Gesetzgebung und Arenen für die Begegnung von Regierung und Opposition“, auf der anderen Seite präsentieren sie sich als symbolische Orte, als Spiegel von Macht, Souveränität und Autonomie des Staates sowie von gesellschaftlicher Gleichberechtigung, Gemeinschaft und Transparenz in der Demokratie.

*„Parlamentsbauten erzählen von der Geschichte und von den Utopien der Versammlung, die sie beherbergen und sind damit Monumentalbauten im eigentlichen – vom lateinischen „monere“, also „erinnern“ abgeleiteten – Sinn des Begriffs: Erinnerungsorte und Ermahnungsorte zugleich.“<sup>1</sup>*

In diesem Sinne versucht auch das hier vorstellig werdende Projekt, die Eindrücke, Erkenntnisse, Erfahrungen und Erinnerungen dieser Arbeit in baulicher Weise zu manifestieren.

Dies möchte es nicht durch regional-stilistische oder kulturelle Imitationen bewerkstelligen, sondern bedient sich dafür der autonomen Stärken der Architektur.

Die Daseinsberechtigung eines transethnischen und supranationalen Staates Bosnien und Herzegowina erhält ein funktionales und symbolisches Gerüst. In ergänzender und analoger Weise zur gesellschaftlichen Rahmenfunktion der Bürgerlichkeit und des Staates kann es somit auch als der architektonischer Beitrag einer symbolischen Bezugs- und neutralen Ordnungsebene verstanden werden, die durch menschliche Inhalte, in diesem Falle gestiftet von den Bewohnern Bosniens, angereichert werden könnte.

Sprechen wir von Autonomie und Monument im architektonischen Sinne, sprechen wir immer auch von einer „relativen Autonomie“ die von und durch ihren Kontext erhebend oder erniedrigend wirkt. Dieser Kontext reduziert sich nur selten auf das bauliche Umfeld, sondern ist Philosophie, Politik, Geschichte und gesellschaftliches Bewusstsein. Dass die Architektur in einer politischen Baugeschichte vielfach zur Untermalung menschenunwürdiger Ideologien missbraucht wurde, ändert nichts an der Tatsache, dass stilistische Ausdrucksformen keinem bestimmten politischen System zugeschrieben werden können. Ganz im Gegenteil müssen derartige Paraphrasen immer wieder aufs Neue entkontaminiert werden.

In diesem Sinne verortet sich das Projekt mit einem bewussten Wissen um die vergangene und gegenwärtige Situation Bosniens und Herzegowinas in einem utopischen gesellschaftlichen Kontext, gleichzeitig orientiert es sich aber an realen Leitlinien und setzt sich in ein konkretes standörtliches Szenario.

## 5.1.1 Monumente

„Im zwanzigsten Jahrhundert, so Lefebvre, sind Monumente nicht länger nur Symbole oder Zeichen, aber auch nicht mehr nur Objekte oder Ansammlung von Objekten. Sie sind bestimmt durch das, was in ihnen stattfinden kann und werden zu einem Möglichkeitsraum für Ereignisse, der erst durch seine Nutzung zur Wirkung kommt.(...)“

Ein Monument ist ein soziales Objekt, dessen Dinglichkeit immer präsent ist, aber erst dadurch wirksam wird, dass sie einen Raum einräumt für Ereignisse, die Gemeinschaft stiften:

Es ist eine Bühne.“

Harald Trapp  
aus „Orte der Versammlung“

## 5.2 Das Gebäude

Parlamente als „architektonische Repräsentanten der politischen Repräsentation“ sind nach der Kant'schen Begriffsdefinition (des Wortes Repräsentation) nicht abbildende Reproduktionen, sondern Schöpfungen und bedürfen dabei stets der Notwendigkeit von Vorstellung und Darstellung. Sie können dabei durch Zeichen, Symbole und Begriffe vermittelt werden.<sup>2</sup>

Der Entwurf basiert in seiner elementaren Formensprache auf Quadrat und Kreis und folgt damit der langen Tradition architektonischer Symbolführung durch die formale Reduktion und Abstraktion auf die Grundelemente der Geometrie und ihre dreidimensionalen Ausbildung, der Stereometrie. Die Struktur des Gebäudes baut sich auf einem vertikal und horizontal gleichmäßigen Raster auf. Dabei formuliert sie konkrete Bereiche aus, die sich einer geschichtlich bedingten Assoziation nicht widersetzen, sondern versuchen sie klar und dennoch zeitbezogen und nutzungsorientiert einzusetzen. In diesem Sinne artikuliert das Projekt seine Architektur als „öffentliches Wissen“.

Der Sockel untermauert die Bedeutsamkeit der erhobenen, nicht erhabenen, Rolle der repräsentativen Institution. Gleichsam beherbergt er unvermutete Nützlichkeit in Zentrum und Peripherie. Seine kreisförmige Ausformulierung öffnet sich der umgebenden Landschaft richtungslos und ohne Präferenz.

Eine von Norden aufsteigende Rampe lotst den Wanderer zu vorgelagertem Portikus und in das Gebäude. Von den übrigen Himmelsrichtungen kommend bieten weite Öffnungen Eintritt in den Innenhof des Gebäudes und verlängern den Platz dabei in Richtung Zentrum und Kuppel. Der Bürokranz thront als funktionale Krone über dem Geschehen. Einmal die Filterschicht und Kolonnade durchdrungen erhebt sich eine weite Rotunde, die die beiden Kammern bedeckt und sich gleichsam nach außen Richtung Stadt, Land und Welt orientiert. Sie dient gleichsam dem friedlichen Bedürfnis zu Verweilen wie dem notwendigen politischen Affront als Bühne.

Unter ihr vereinen sich Ober und Unterhaus, in ihrer „amphitheatralen“ Halbkreisform zu einem gemeinsamen Ganzen und werden dabei lediglich durch einen Weg durchtrennt. Zwangsläufig wird den Abgeordneten, die in ihrer Schale sitzend sich dem Zentrum zuwenden, somit die Beweglichkeit und Dynamik menschlicher Natur vor Augen geführt...



Brčko

### 5.3 Regierungssitz Brčko

Planhauptstädte oder gar die Trennung eines designierten Regierungssitzes von der Hauptstadt, wie in diesem Projekt vorgesehen, stellen im internationalen Vergleich eine Seltenheit dar. Von Brasilia bis Chandigarh, „zeugen [sie] oft von einer durch Fremd- oder Eigenverschuldung belasteten nationalen Vergangenheit“ und erzählen als visionäre Interventionen gleichzeitig von Optimismus und dem Glauben an eine unbelastete Zukunft.<sup>3</sup> Im Tabula Rasa-Verfahren verorten sich diese Hoffnungen an Schauplätzen, deren geschichtliche Bedeutungslosigkeit sie für das Prinzip eines Neuanfangs prädestinieren. Vielfach treten dabei objektivere Kategorien wie die geografische oder wirtschaftliche Lage in den Vordergrund der Überlegungen.

Da sich der fluchtähnliche Umstand eines unbefleckten Neustarts in Realität aber in den meisten Fällen ohnehin als illusionär entpuppt, bildet sich die in diesem Projekt vorgeschlagene Implementierung eines Regierungssitzes in der Stadt Brčko ganz bewusst als historisch logische (Gegen)Konsequenz an die getroffenen (Fehl)Entscheidungen von Dayton an.

Aufgrund ihrer Bedeutsamkeit als Korridor und Transitraum der serbischen Truppen und Landesteile war das Gebiet der Posavina um die Grenzstadt Brčko nicht bloß einer der meist umkämpften Schauplätze des Krieges gewesen, sondern hatte sich auch danach bei den Friedensverhandlungen von Dayton zum akkuraten Streitpunkt entwickelt.

Dies geschah auf der einen Seite weil die Region immer noch der einzige Verbindungspunkt der beiden serbischen Republikshälften war, auf der anderen Seite wegen der Rückforderung des Gebietes durch die ehemalige bosniakische und kroatischen Bevölkerungsmehrheit (mit einem hohen Anteil an Mischehen), die während des Krieges vertrieben worden war. Aus der Not wurde eine Tugend. Als Folge der Uneinigkeit wurde das Gebiet als vorübergehendes Kondominium zwischen den beiden Landesteilen festgelegt. Ein Schiedsspruch einer eigens einberufenen Spezialkomitees konstituierte die neutrale Position Brčkos schließlich 1999 als dauerhaftes Faktum.<sup>4</sup> Die Entwicklung entfernt sich seither im positiven Sinne von der Gesamtentwicklung des Landes, Brčko ist „Sonderfall im Sonderfall Bosnien“. Flüchtlinge kehrten zurück, sodass Bosniaken Serben und Kroaten heute wieder gemeinsam die Stadt „bevölkern“. Das Schulsystem ist großteils „gemischt“, Pläne für ein gemeinsames Denkmal der Zivilopfer sind im Gespräch, die politische Parteien kooperieren und ethnische Variabilität macht sich in der politischen Spitze bemerkbar. Dieser Funken der Offenheit reicht dem Projekt als Standortqualifizierung aus. Denn abgesehen davon besitzt Brčko kein herausstechendes kulturelles Erbe.

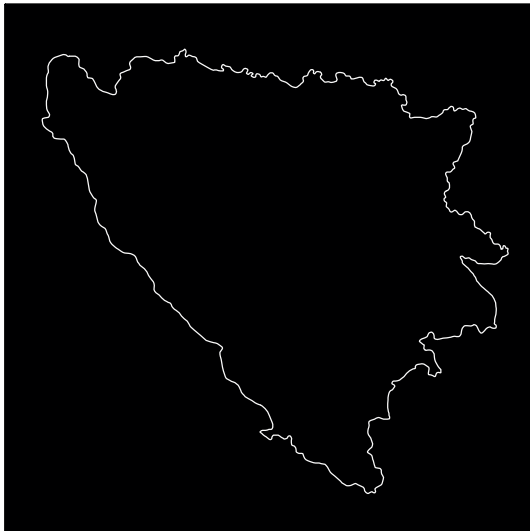
Wenige bauliche Gründerzeitrelikte, die die Stadt als ehemaligem Handelshafen der Donaumonarchie geblieben sind, sowie vereinzelt Spuren der Zerstörung bilden die architektonische Beweislage, der wohl signifikantesten Geschichtsperioden der 90.000 Einwohner fassenden Stadt an der Save, die nun um ein weiteres Stück Geschichte bereichert werden soll.

## 5.4 Plansammlung



Geographische Position





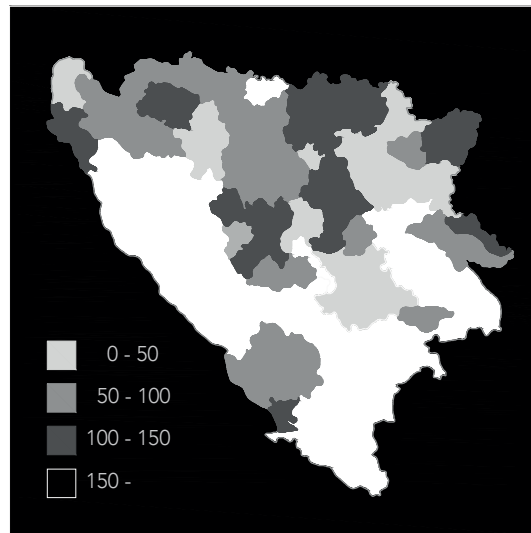
Landesgrenze



Entitäten | Kantone

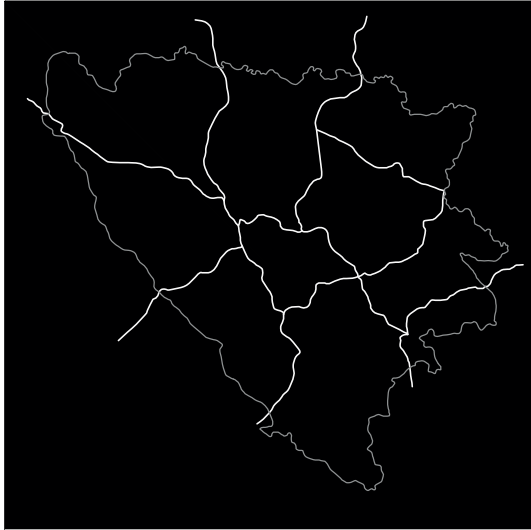


Städte

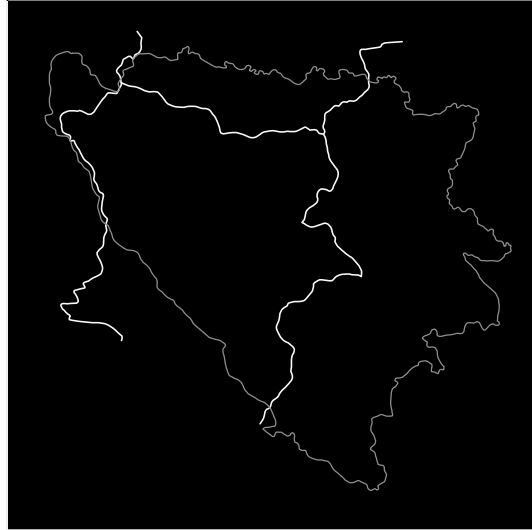


Bevölkerungsdichte  
Einwohner pro Quadratkilometer

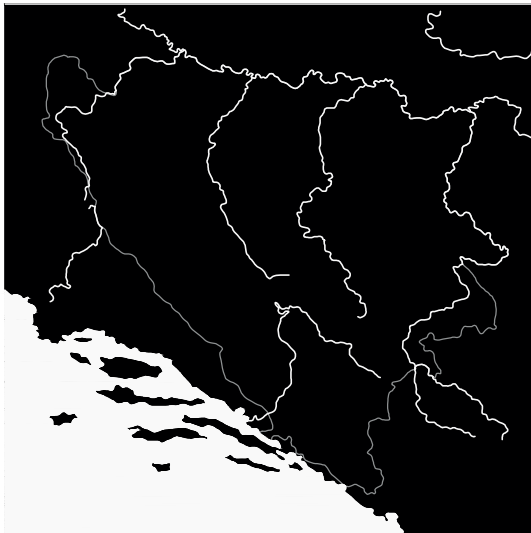




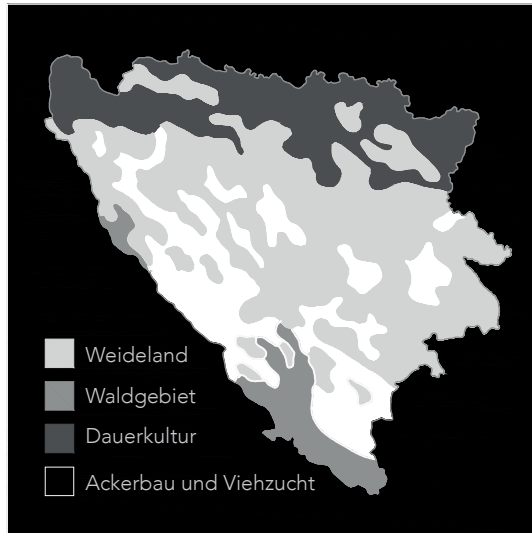
Hauptverkehrsachsen



Eisenbahnverbindungen

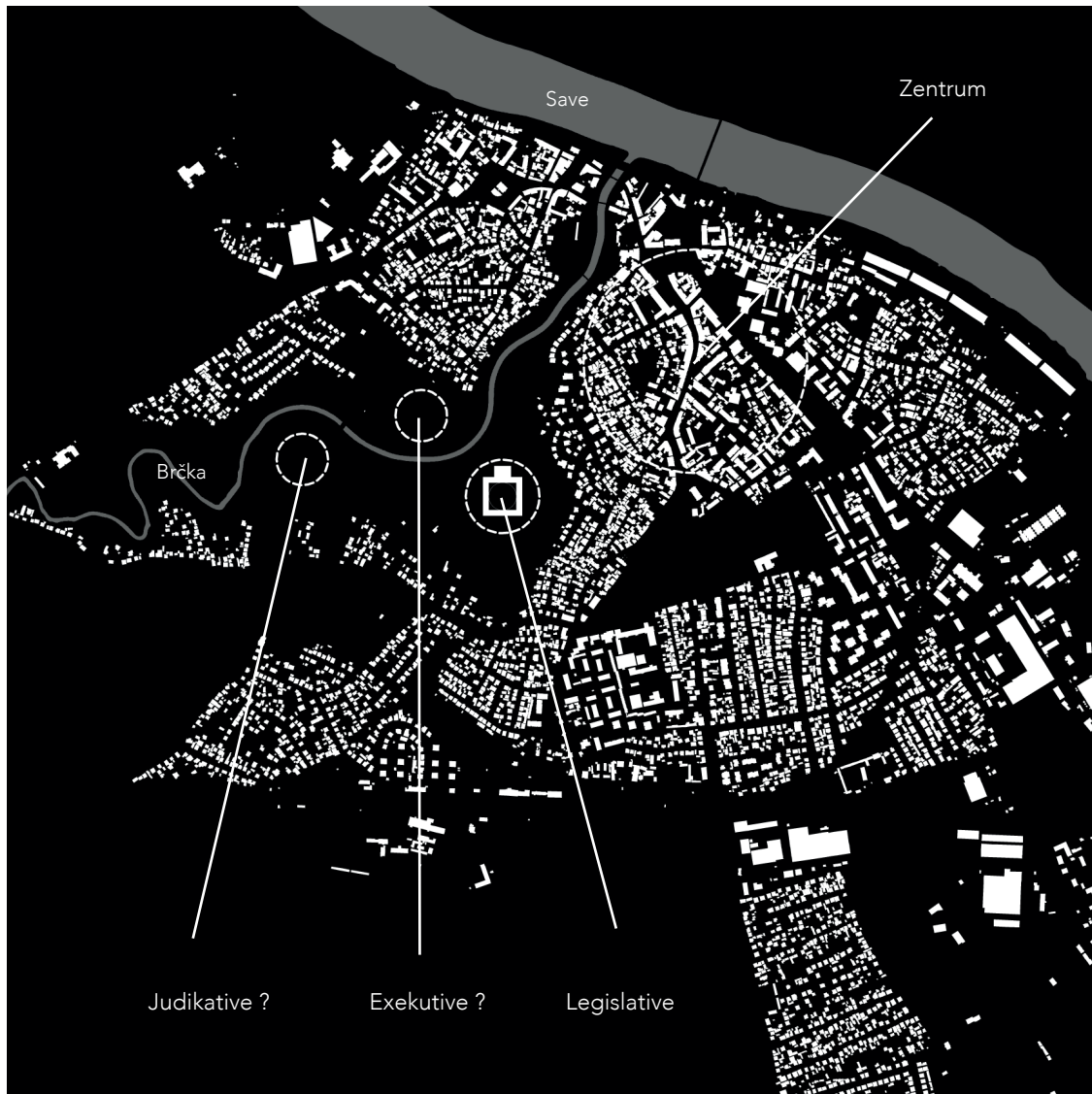


Flüsse



Landnutzung





Schwarzplan | 1:20 000





Lageplan | 1: 5000



Ansicht Nord | 1:1000



Ansicht Süd | 1:1000

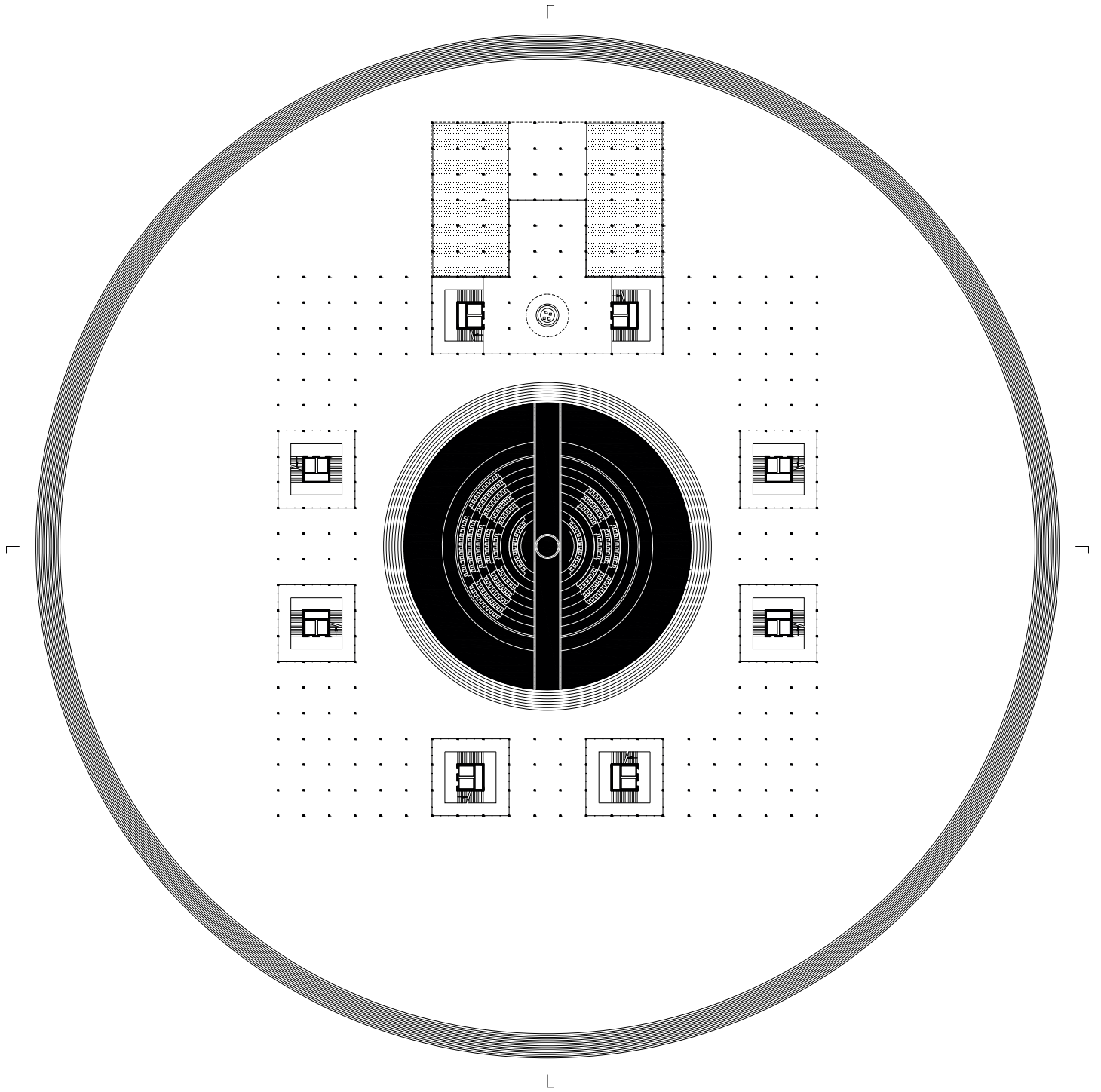


Ansicht Ost | 1:1000

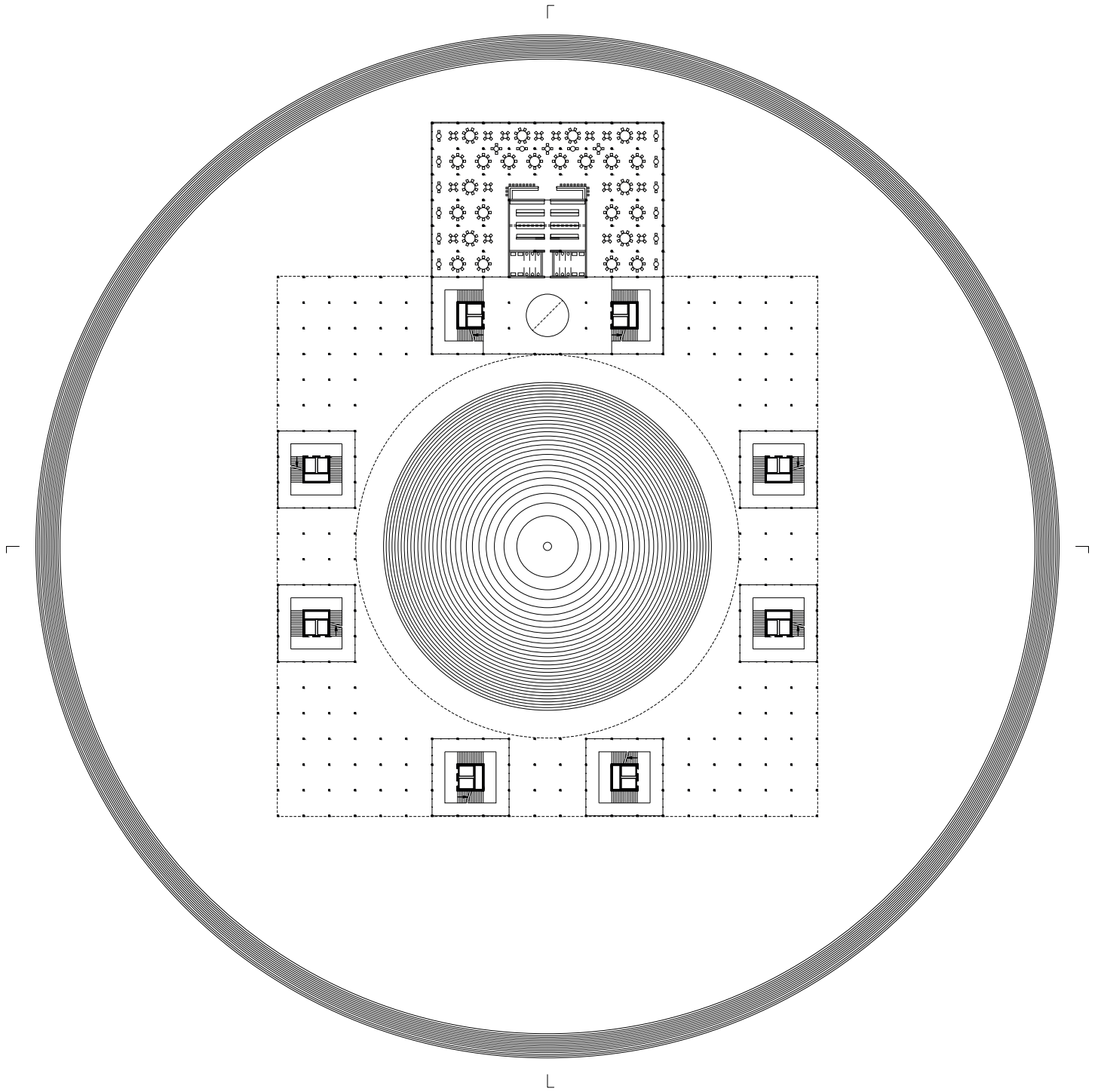




Ansicht West | 1:1000

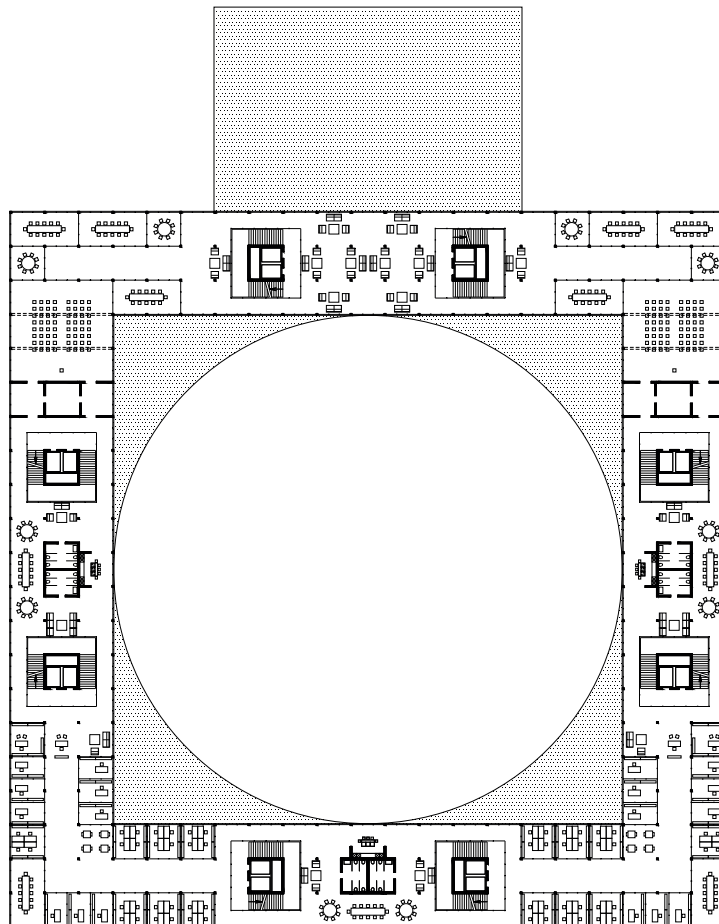


Grundriss Erdgeschoß | 1:1000



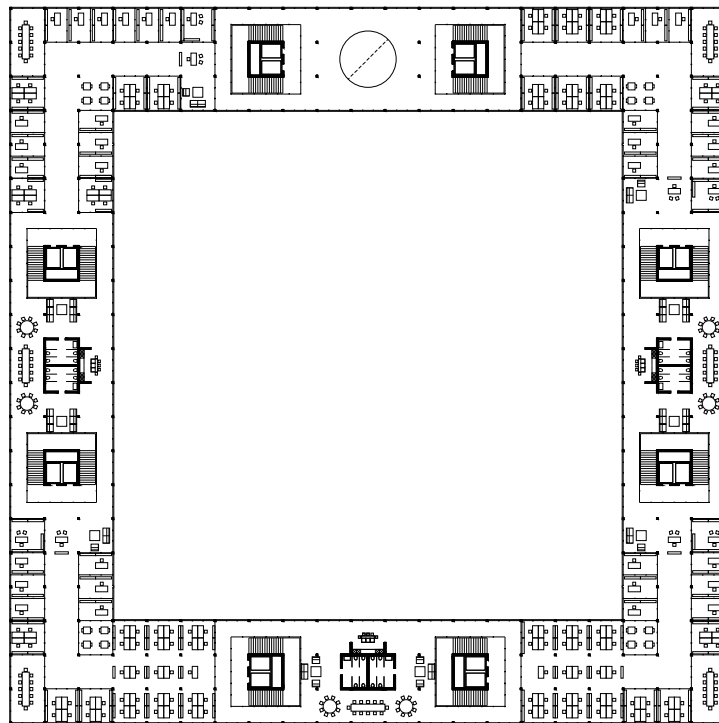
Grundriss 1. Obergeschoß | 1:1000

┌

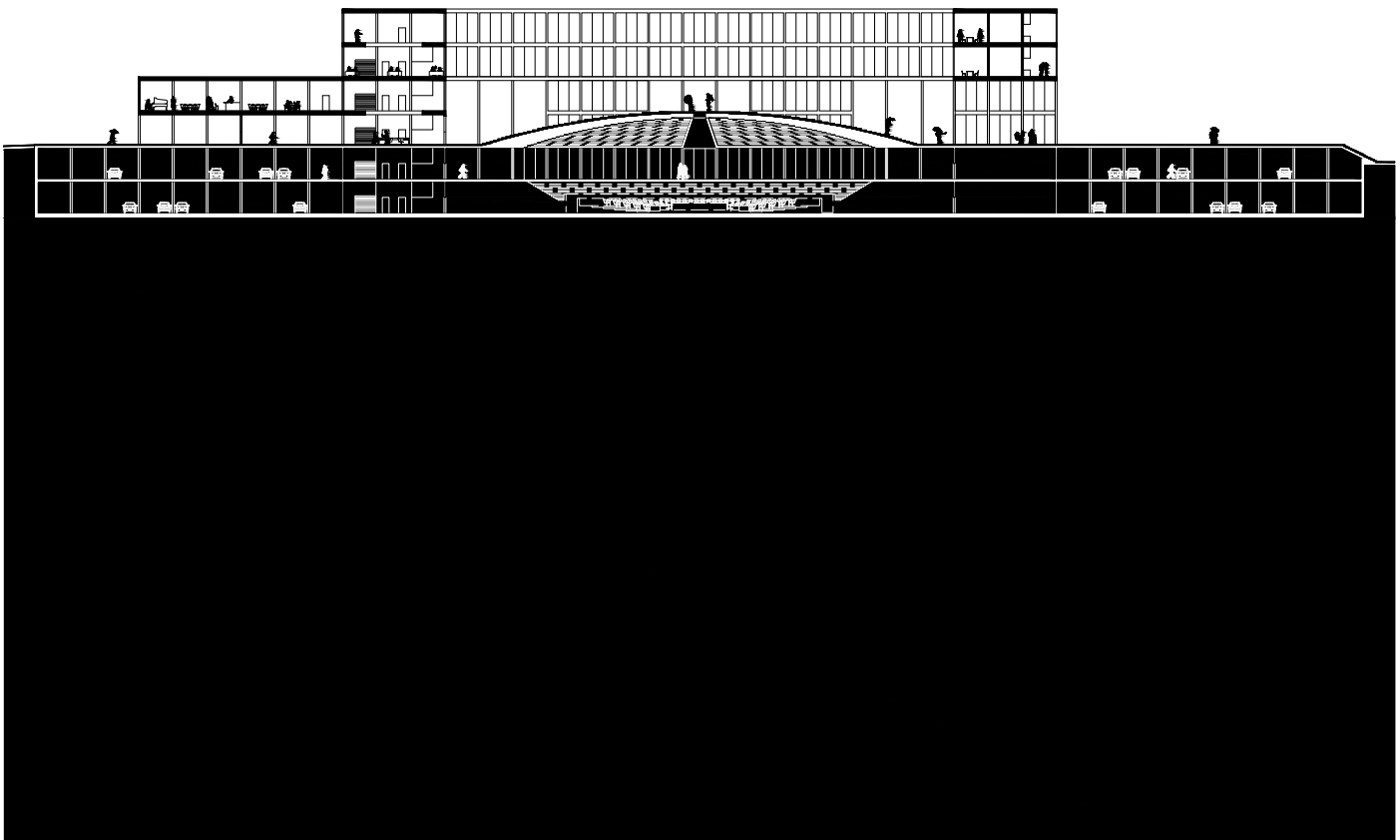


└

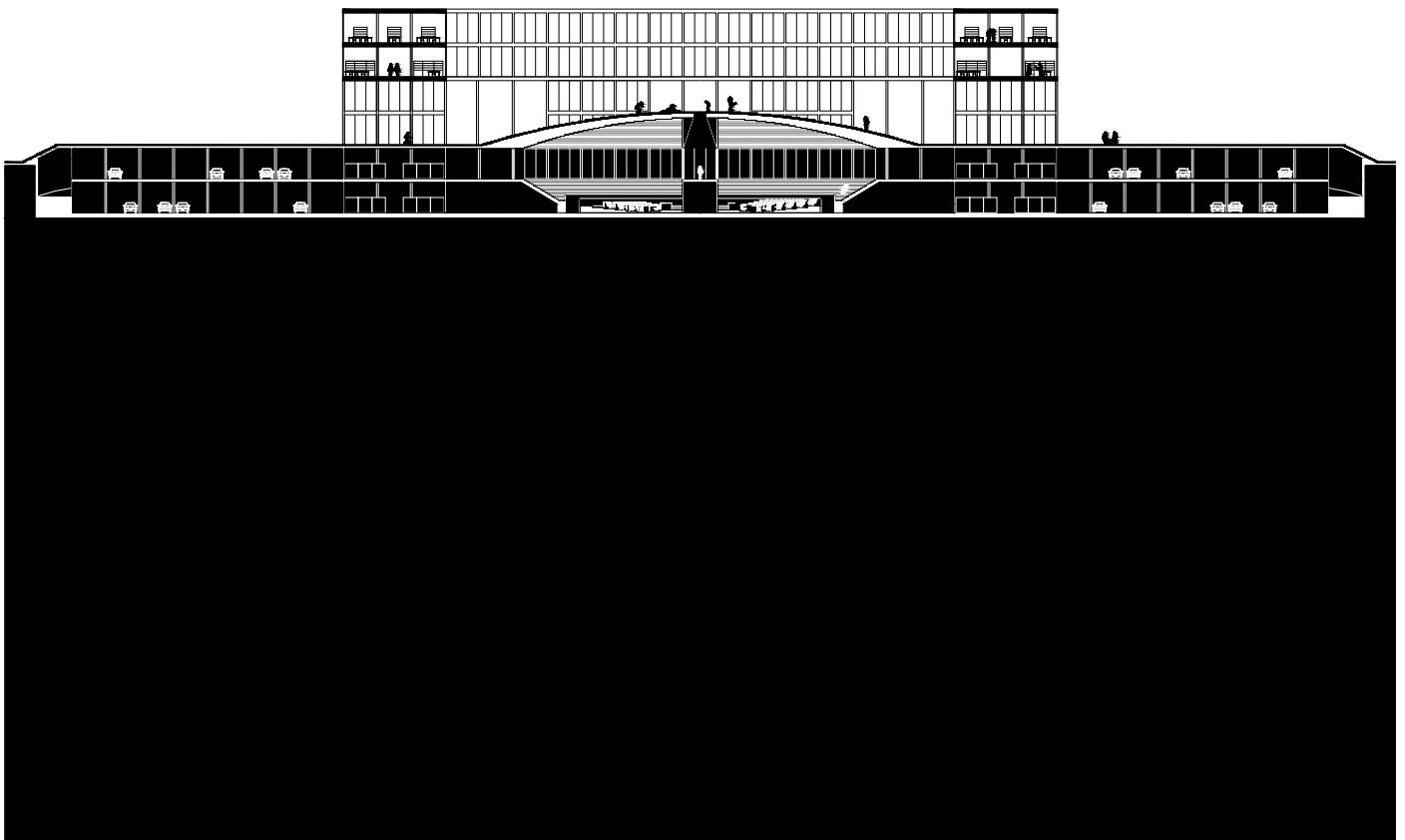
Grundriss 2. Obergeschoß | 1:1000



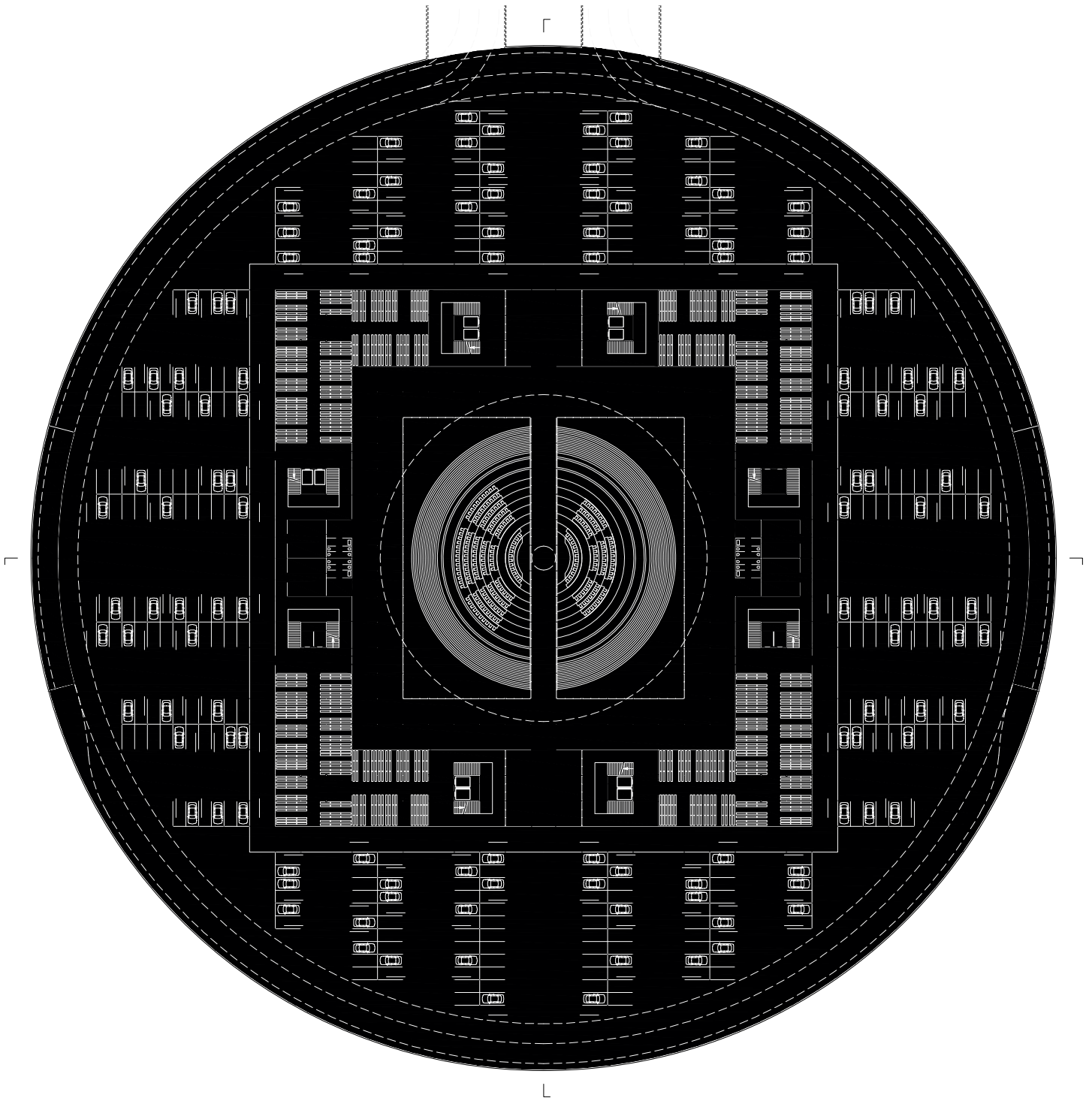
Grundriss 3. Obergeschoß | 1:1000



Schnitt 1 | 1:1000

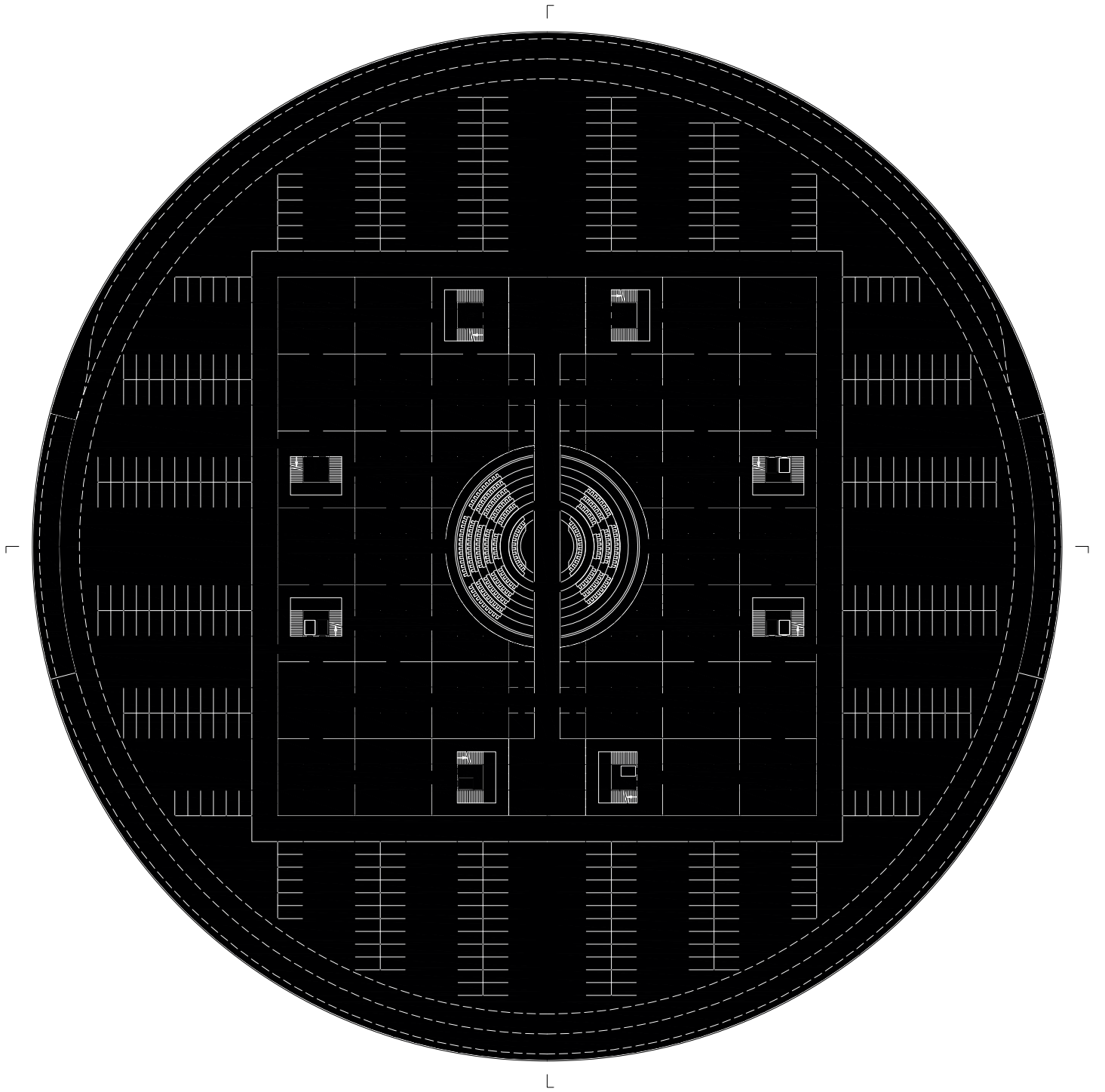


Schnitt 2 | 1:1000



Grundriss 1. Untergeschoß | 1:1000

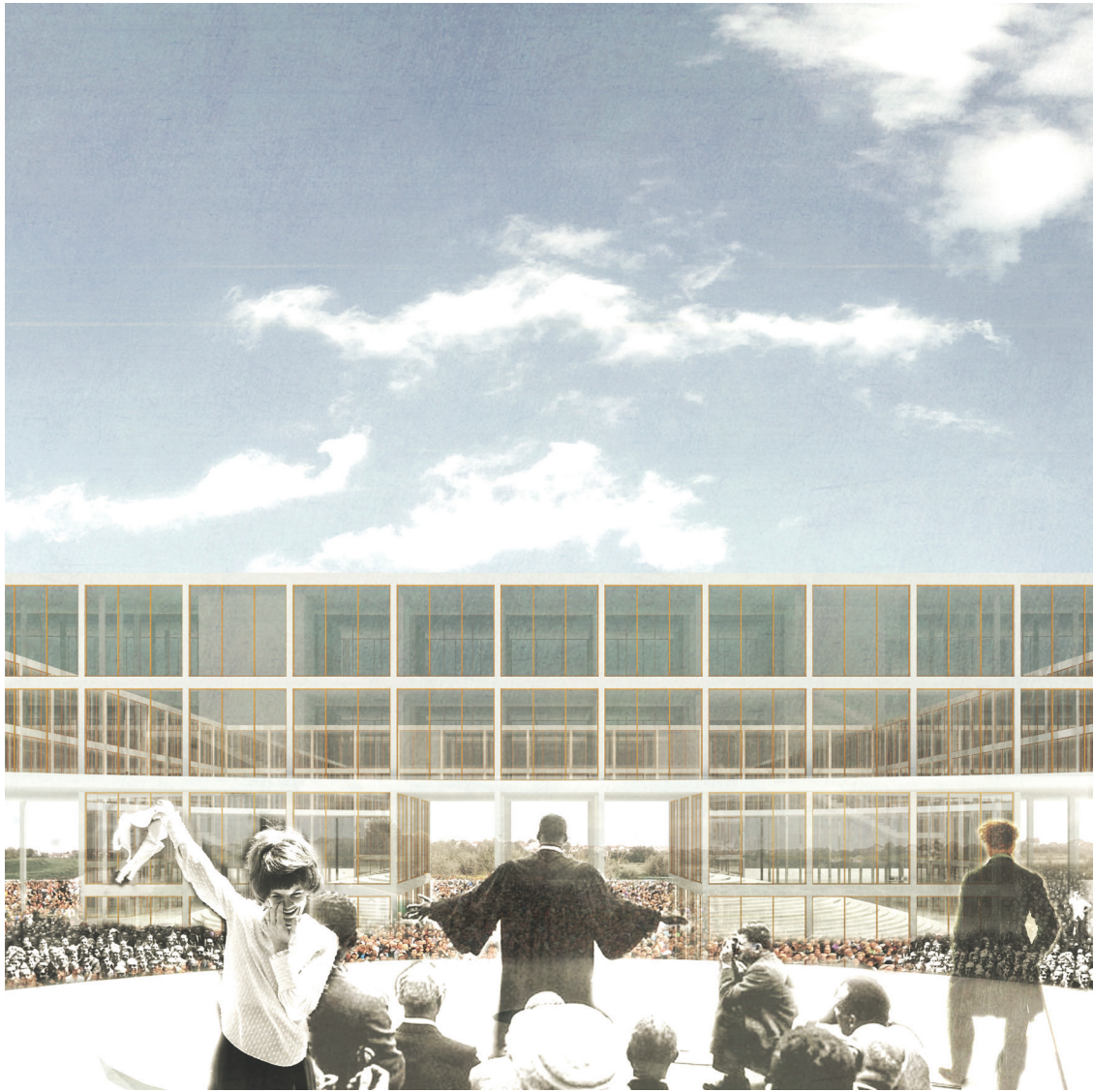




Grundriss 2. Untergeschoß | 1:1000



Plenar



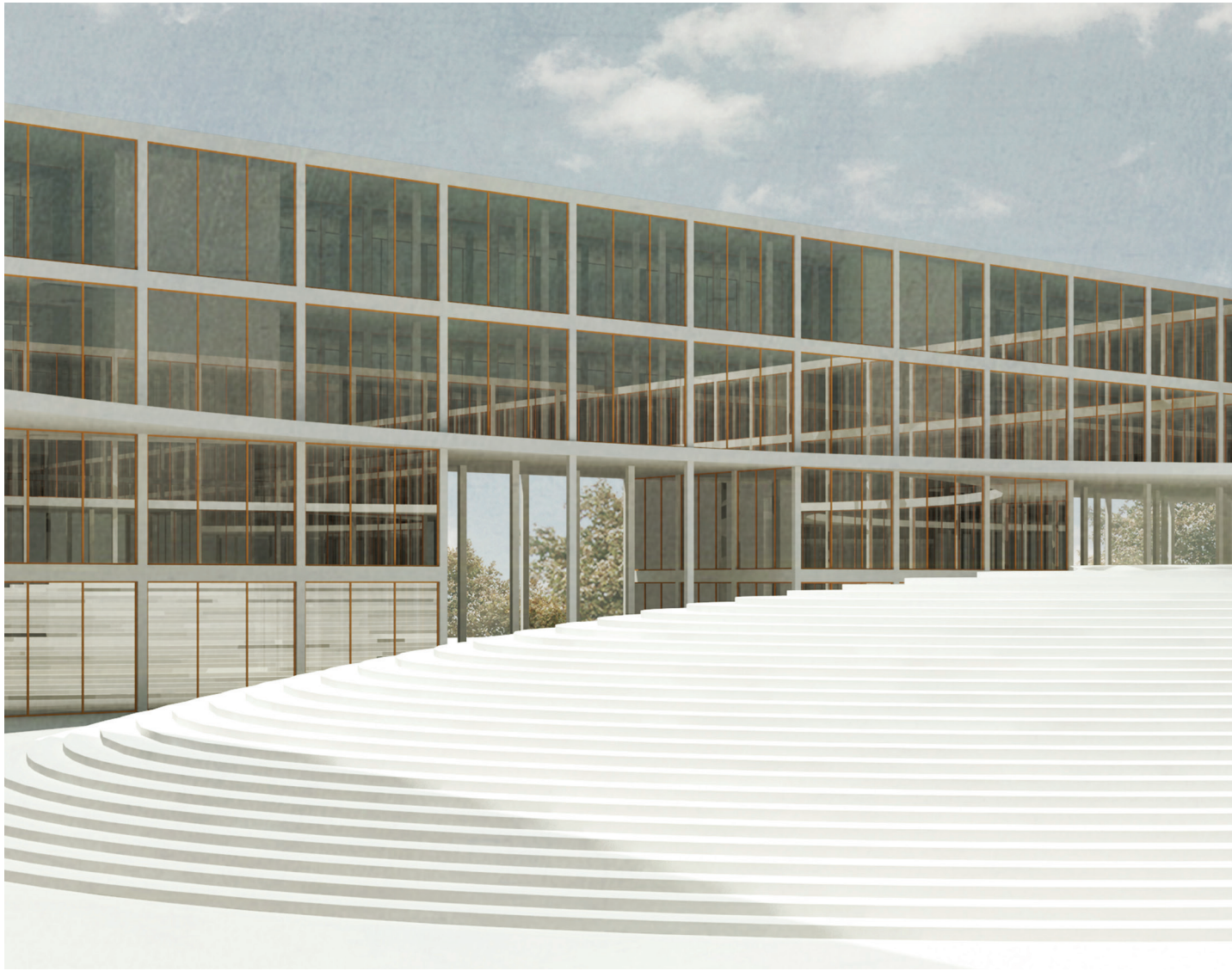
Kuppel

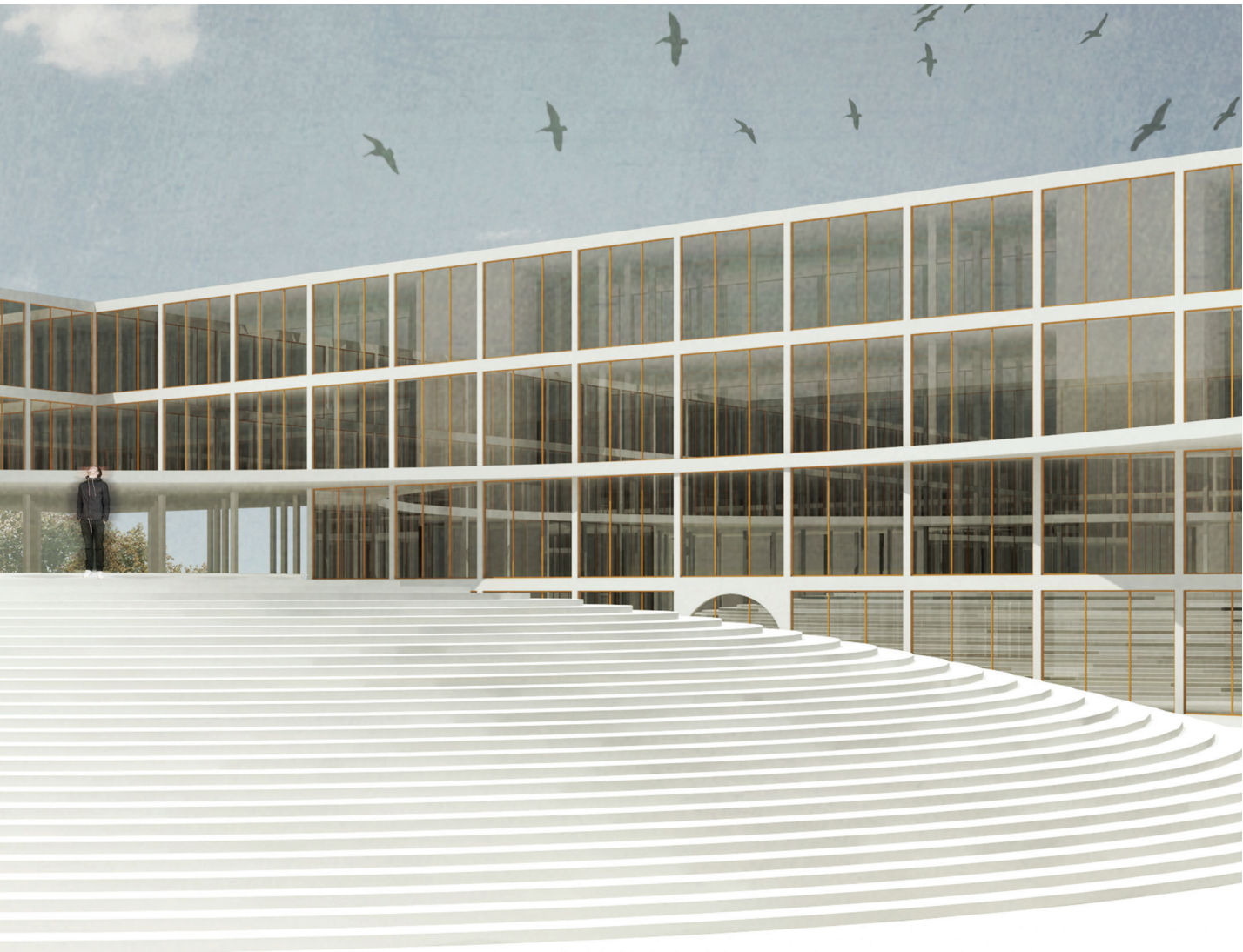




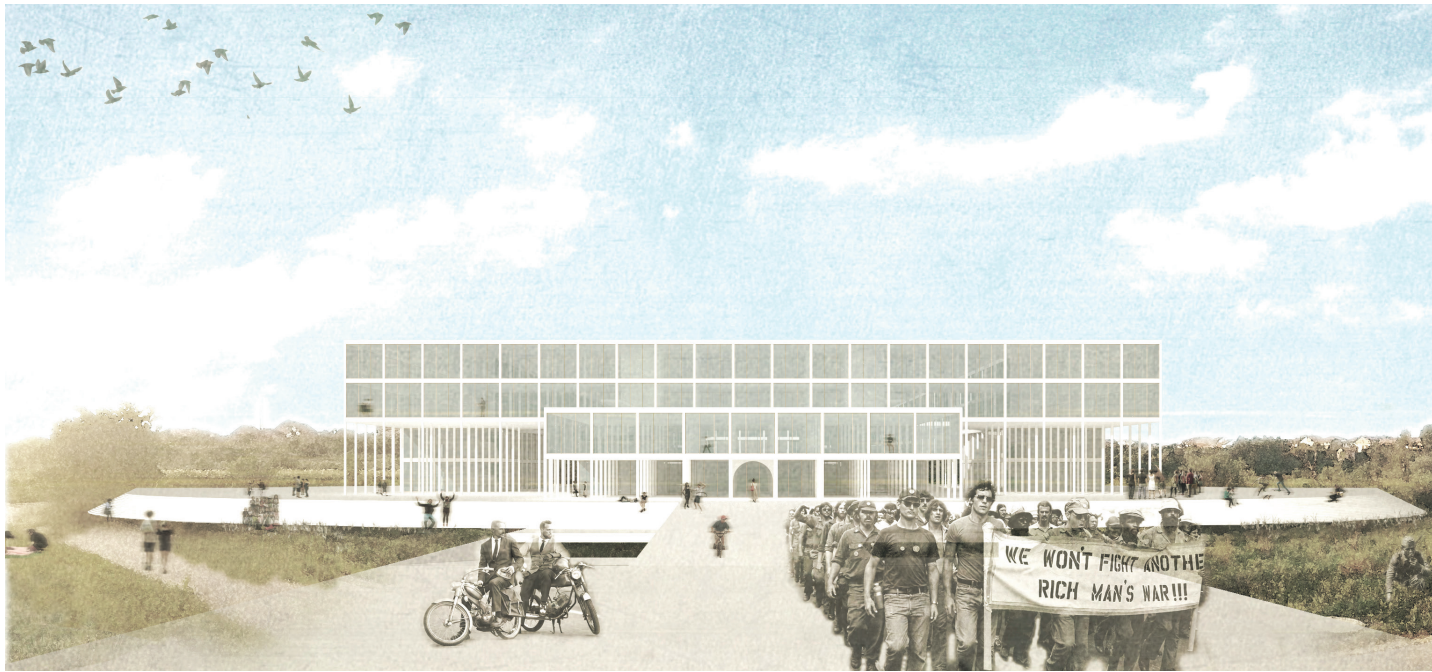


















## Fußnoten

### Projekt

1. Kühn | Trapp 2014, 34.
2. Vgl. Noll 2014, 74.
3. Vgl. Heinze-Greenberg 2014, 126.
4. Vgl. Sommerbauer 2013





## 6.1 Quellenverzeichnis

### Selbstständige Publikationen

Buden, Boris: Zone des Übergangs. Vom Ende des Postkommunismus, Frankfurt 2009

Calic, Marie - Janine: Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert, München 2010

Bolz, Norbert: Die Sinnesgesellschaft, Düsseldorf 2012

Heinze-Greenberg, Ita: Nation und Stil. Zur Formfindung parlamentarischer Repräsentation im 19. Jahrhundert, in: UmBau 27, Plenum. Orte der Macht. Sonderausgabe Biennale Venedig, (2014), H.27, 124-14

Hennig, Mirjana: Identitätsabgrenzungen in Bosnien und Herzegowina. Unter besonderer Berücksichtigung der nationalen Identitätsbildung der Bosniaken, Norderstedt 2013

Kühn, Christian | Trapp, Harald: Müde Monumente. Anmerkungen zu einem Ausstellungskonzept, in: UmBau 27, Plenum. Orte der Macht. Sonderausgabe Biennale Venedig, (2014), H.27, 34-43

Noll, Alfred J.: Repräsentation der Repräsentation?, in: UmBau 27, Plenum. Orte der Macht. Sonderausgabe Biennale Venedig, (2014), H.27, 74-89

Malcom, Noel: Die Geschichte Bosniens, Frankfurt 1996

Wieland, Carsten: Nationalstaat wider Willen. Politisierung von Ethnien und Ethnisierung der Politik: Bosnien, Indien, Pakistan. Campus Forschung, Frankfurt 2000

## Unselbstständige Publikationen

D'Hooghe, Alexander: Ideologiebewusstsein und Innovation. Generische Monumente für alle, in: ARCH+, POLITIK VERSUS FORM (2014), H.215, 124-27

D'Hooghe, Alexander: Ideologiebewusstsein und Innovation. Generische Monumente für alle, in: ARCH+, POLITIK VERSUS FORM (2014), H.215, 124-27

Džihic, Vedran: ETHNONATIONALISMUS UND ETHNO- POLITIK ALS BOSNISCHES SCHICKSAL? Den geschichtlichen und aktuellen Widersprüchen Bosnien und Herzegowinas auf der Spur, Online unter: <http://www.kakanien.ac.at/beitr/fallstudie/VDzihic1.pdf> (Stand: 08.01.2015)

Hettling, Manfred: Bürgerlichkeit als kulturelles System, in: archithese, Vormoderne Nachmoderne 19th Century (2013), H.4, 84-89

Becker, Stephan | Kuhnert, Nikolaus | Koolhaas, Rem | Ngo, Anh-Linh: Rem Koolhaas im Gespräch Teil 2, in ARCH+, AMO: Pro-jektionen (2005), H.175, 16-17

Kuhnert, Nikolaus | Ngo, Anh-Linh: HARDCORE - ARCHITEKTUR, in: ARCH+, Das nicht gehaltene Versprechen (2014), H.214, 12-13

Rathfelder, Erich: Arbeiterproteste gegen Pleitefirmen, in: <http://diepresse.com/home/panorama/welt/1559400/Arbeiterproteste-gegen-Pleitefirmen> (Stand: 07.02.2014)

Rathfelder, Erich: Bosnien: Demonstranten stürmen Regierungsgebäude, in: [http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1559797/Bosnien\\_Demonstranten-sturmen-Regierungsgebäude-](http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1559797/Bosnien_Demonstranten-sturmen-Regierungsgebäude-) (Stand: 07.02.2014)

Rathfelder, Erich: Proteststurm fegt über Bosnien, in: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/1559896/Proteststurm-fegt-uber-Bosnien> (Stand: 07.02.2014)

Sommerbauer, Jutta: „Schwierig einzugestehen, dass es auch auf der Gegenseite Opfer gab“, in: <http://diepresse.com/home/panorama/donautour/1376782/Schwierig-einzugestehen-dass-es-auch-auf-der-Gegenseite-Opfer-gab> (Stand: 14.02.2015)





## 6.2 Abbildungsverzeichnis

Alle Bilder, Pläne sowie Grafiken, sofern nicht anderes angeführt, wurden von dem Autor angefertigt.

- 1 Demonstrant in Sarajevo von Reuters, in : [http://diepresse.com/home/politik/aussen/politik/1559797/Bosnien\\_Demonstranten-sturmen-Regierungsgebaeude-#](http://diepresse.com/home/politik/aussen/politik/1559797/Bosnien_Demonstranten-sturmen-Regierungsgebaeude-#)  
(12.10.2014)
- 2 Srebrenica Massacre: Anniversary of 1995 Genocide Carried Out by Serb Forces During Bosnian War von Reuters, in <http://www.ibtimes.co.uk/srebrenica-massacre-anniversary-1995-genocide-carried-out-by-serb-forces-during-bosnian-war-1456177>  
(08.09.2014)
- 3 - 14 Bing Maps Karten als Screenshots gespeichert, anschließend bearbeitet,  
in: <https://www.bing.com/maps/>  
(20.01.2015)
- 15 The Construction of Brasilia von Marcel Gautherot, in: <http://www.archdaily.com/303639/the-construction-of-brasilia-photos-by-marcel-gautherot/>  
(20.08.2014)
- 16 Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände von Traveling Igloo, in: <http://www.travelingigloo.com/expat-in-germany-blog/2014/1/in-photos-my-year-in-review>  
(19.02.2015)
- 17 Oscar Niemeyer Works von Pixshark, in: <https://s-media-cache-ak0.pinimg.com/originals/a3/3b/55/a33b5503c3b65f90d5f8e21095bc6255.jpg>  
(01.02.2015)
- 18 City of Chandigarh von Wikimedia, in: [http://architectuul.com/architecture/view\\_image/city-of-chandigarh/1123](http://architectuul.com/architecture/view_image/city-of-chandigarh/1123)  
(18.11.2014)



## Danksagung

Ich möchte mich an dieser Stelle vor allem bei meiner Mutter Edith bedanken, für die aufopferungsvolle Hingabe und bedingungslose Liebe seit der ersten Minute meines Lebens, für die sanfte Wegweisung während meines Heranwachsens, für die inspirierende Leidenschaft, die offene Einstellung zur Welt und für all die anderen guten Dinge, die ich ihrem Wesen entnehemen durfte.

Des weiteren gilt mein besonderer Dank meinem Großvater Otto und meinem Bruder Rainer, zwei der herzenswärmsten Menschen, die ich kenne, die mich immer unterstützt, an mich geglaubt und an meiner Seite gestanden haben und mein Großvater, der mir mit gut gemeinter Fürsorglichkeit nur eine Sache jemals verboten hat, nämlich „Politiker zu werden“.

Mein unerlässlicher Dank gilt, nicht nur in Verbindung mit ihrer großartigen Unterstützung für diese Arbeit, meiner Freundin Neira, dem Lieblingsmenschen in meiner besseren Welt, für die einzigartige und wunderbare Person, die sie ist.

Danken möchte ich auch ihren Eltern Almir und Amira, für die Einblicke in eine nicht immer schöne Vergangenheit, an denen sie mich teilhaben ließen, und natürlich für ihre Tochter.

Ich bedanke mich bei meinem langjährigen Weggefährten Christopher Anton, Ganghüptling und Quasibär, dem besten Freund dem man sich wünschen kann und schicke gleichzeitig dankende Grüße in die Ferne, an all euch, meine liebsten Freunde, die ihr auf dem Erdball verteilt seid.

Ich bedanke mich für die Blicke über den Tellerrand, für „stimmt ja oder?“, Südamerikareisen, bei den Wänden ohne Fenster und bei „gen Himmel“, Attergaunern und Fischteich, bei „des zoit ma ja koana“ und „host scho richtig g'hert“, bei „Menschenkatapulten“, Puttanesca, Wendejacken, bei Stadtpark-„Fuaßboi“, der Gang und dem Dienstags-Stammtisch(?), Annenstraße, Andrägasse und all den übrigen unvergesslichen Ereignissen der letzten Jahre, die Freundschaften fürs Leben geformt haben.

Zuletzt möchte ich mich bei meinem Betreuer Andreas Lechner bedanken für die ergiebigen Gespräche und dessen intensive Hingabe zur Architektur im Allgemeinen, die in Gegenwart und Zukunft Inspiration und Ansporn sein soll, den Beruf als Berufung zu verstehen.